D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 39
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

1. Oktober 1982
Preis 1,80 DM

„Solidarität" richtet sich auf langfristigen Widerstand ein

In einem programmatischen Vorschlag hat die Landeskommission der polnischen Gewerkschaft ein Konzept des Widerstands entworfen .... S. 8



Bekämpfen der Kranken – statt der Krankheiten

Die bürgerlichen Methoden des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit werden auf das Gesundheitswesen übertragen: schuld sind die Kranken .... S. 6

Die größte Technologie-Ruine der BRD

Bürgerinitiativen rufen zur Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar auf. Auch technologisch ist das Milliardengrab ein Irrweg ...... S. 10

Linke Hoffnungen und Realpolitik in der Palästinafrage

Auf der Suche nach neuen Perspektiven für die Palästinenser stößt die Linke auf die israelische Opposition. Ob das nicht ein Stohhalm ist? ..... S. 15

„Neue Mehrheiten" noch ohne Mehrheit

ges. Nach den Probeabstimmungen in den Fraktionen ist wohl sicher, daß die Republik ab Freitag einen neuen Kanzler haben wird. Was da im Bundestag als „neue Mehrheit" antreten will, hat in den hessischen Landtagswahlen eine verheerende politische Niederlage einstecken müssen. Aber die Spekulation in Bonn war eingeleitet und wie in entsprechenden Unternehmen sonst auch wird sie von den Spekulanten jetzt durchzuziehen versucht. Die Einsätze sind schließlich gemacht und können nicht einfach zurückgezogen werden. Bis zum März nächsten Jahres müssen sie die Lage im Griff und die Wähler unter Kontrolle haben, wenn es bei den bisherigen Plänen für Neuwahlen bleibt. Jetzt geht es erstmal um das Vorspiel, das eine langandauernde Regierungsperiode der rechten Koalition erst vorbereiten soll.

Die Lage ist für die neue Koalition überhaupt nicht leicht, und Anlaß für wachsendes „Vertrauen der Wirtschaft" gibt es nach den Hessenwahlen auch noch kaum. Die Aktienkurse sind wieder kräftig gesunken, nachdem sie

auch noch kaum. Die Aktienkurse sind wieder kräftig gesunken, nachdem sie nach den Bonner Ereignissen erstmal in die Höhe gehüpft waren. Eine absolute Mehrheit der CDU/CSU scheint unwahrscheinlich, so daß diese auch nach Neuwahlen auf Unterstützung der FDP im Bundestag angewiesen bleiben wird. Aber daß sich die FDP bis zum März wieder gefangen haben wird – damit ist kaum zu rechnen. Jedenfalls haben die Hessenwahlen gezeigt, daß die Verluste der Sozialdemokratie in den letzten Landtagswahlen nicht einfach als Rechtsruck unter den Wählern interpretiert werden können. Zwar hatte die Sozialdemokratie ihre Wähler entmutigt, aber daß diese noch weiter nach rechts wollten als die Sozialdemokratie in der Regierung bereits schon gegangen ist – davon kann jedenfalls nach den Hessenwahlen keine Rede sein. Viel eher ist es so, daß ein großer Teil der SPD-Wähler nach dem Koalitionsbruch in Bonn und dem Übergang der FDP zur CDU/CSU eine Mehrheitsbildung für möglich und erstrebenswert halten, die links von der bisherigen Regierungspolitik stattfindet. Die SPD braucht nur an ihrem bisherigen Kurs festzuhalten, um diese Wähler erneut zu enttäuschen und damit der Reaktion das Feld zu bereiten.

Worauf dies hinauslaufen wird, zeigen die bis jetzt bekanntgewordenen Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU, CSU und FDP. Gemessen an den Lambsdorffplänen handelt es sich freilich erst um einen vergleichsweise vorsichtigen Einstieg. Im wesentlichen werden in der bisherigen Regierung bereits gehegte Vorhaben verschärft in die Tat umgesetzt, soweit sich diese gegen die Ärmsten und Schwächsten richteten. Soweit die Sozialdemokratie eine Ergänzungsabgabe für die Wohlhabenden plante, wird dieses Vorhaben entschärft. Ins Visier genommen sind erst einmal die Rentner, die Schüler und Studenten, die Arbeitslosen, deren Rentenversicherungsansprüche geschmälert werden, und die Kranken, die jetzt zwei statt einer Woche lang 5 Mark zahlen müssen, wenn sie ins Krankenhaus kommen. Die Beamten sollen, wie schon in diesem Jahr, Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst erst mit Verzögerung angerechnet bekommen und diese Lohnerhöhungen selber sollen per Regierungsentscheid und Aushöhlung der Tarifautonomie auf höchstens zwei Prozent festgeschrieben werden.

Man erkennt die Methode, die ja nicht neu ist: der Angriff wird zunächst auf einzelne Abteilungen der lohnabhängigen Bevölkerung konzentriert. Dort, wo wie bei der Mehrwertsteuererhöhung alle getroffen werden, wird darauf gesetzt, daß sich die Folgen nur bei den ärmeren Schichten der Lohnabhängigen drastisch bemerkbar machen und Widerstand ausbleibt. Aus der Ergänzungsabgabe für besser Verdienende ist eine Zwangsanleihe bei steuerpflichtigem Einkommen über 50000/100000 DM (Ledige/Verheiratete) geworden, die später zurückgezahlt werden soll und auf die Investitionen verrechnet werden kann.

Für die Kapitalisten sind verschiedene Steuererleichterungen ins Auge gefaßt, die aus obigem finanziert werden sollen. Die FDP-Abgeordnete Matthäus-Maier soll geäußert haben, daß diese zusätzlichen Maßnahmen auch von der SPD zu haben gewesen wären. Das ist leider nicht ausgeschlossen. Wenn die Sozialdemokratie bei ihrem

Das ist leider nicht ausgeschlossen. Wenn die Sozialdemokratie bei ihrem bisherigen Kurs in der Regierung bleibt, wird ihr vielleicht in der Opposition nicht viel mehr einfallen, als weiter über den Verrat zu jammern, der keine sachliche Grundlage hätte. Dann allerdings werden sich die Ergebnisse der Hessenwahl kaum wiederholen. Obwohl nämlich der Stimmenzuwachs der SPD gegenüber den vorausgesagten Ergebnissen formell Schmidt zugute geschrieben werden kann, können sie nicht als Unterstützung des bisherigen Kurses der SPD gewertet werden. Woher sonst die Verluste in den vorhergehenden Landtagswahlen und in den Voraussagen?

Ob die neue Koalition bis zum März in den Sattel kommt oder nicht, wird also nicht unmittelbar von den Wählern abhängen, sondern von drei organisierten Kräften: der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialdemokratie und den Grünen. Die Wähler als Wähler können im Parlamentarismus nur in Ausnahmesituationen direkt auf die Politik Einfluß nehmen. Im großen und ganzen ist man als Wähler schlicht davon abhängig, was die organisierten Kräfte überhaupt als Entscheidung vorbereiten und noch zulassen. Am wenigsten Initiative ist von der Sozialdemokratie zu erwarten. Als Musterbeispiel kann dafür Börner gelten, der tut, als hätte er nichts gespannt. Es sieht so aus, als ob ein Teil der Sozialdemokratie mal wieder vom Zweiparteiensystem träumt und als Übergang eine große Koalition ins Auge faßt. Mit dem Mehrheitswahlrecht wäre das zu schaffen.

Also wird das meiste von der Gewerkschaftsbewegung abhängen und von den Bewegungen, deren parlamentarischer Ausdruck die Grünen geworden sind. Die Kräfteverhältnisse in der Sozialdemokratie werden davon beeinflußt. Für manchen Gewerkschafter wäre es sicher wünschenswert, weiter zu machen wie bisher. Aber es wird nicht gehen. Auch fallen einige Ausreden weg. Für die Grünen wäre es vielleicht günstiger, eine Zeitlang in parlamentarischer Fundamentalopposition machen zu können, ohne für ein mehrheitsfähiges Bündnis eintreten zu müssen. Aber man kann es sich nicht raussuchen. Wer in Zeiten einer neuen Polarisierung in Parlamente kommt, kann nicht abwarten, wie es dort ausgeht.



Israelischer Protest gegen Begin und Scharon am vergangenen Donnerstag

Was bewegt die israelische Oppositionsbewegung?

Nach dem Massaker in Westbeirut ist eine tiefgehende Werte-Krise endgültig aufgebrochen

thm. Vergangenen Samstag kam es anläßlich des Massakers in Westbeirut zur bisher größten Demonstration in Israel. 400000 folgten einem Aufruf der Peace-Now-Bewegung und der israelischen Arbeitspartei. Hauptforderungen der Demonstration waren der sofortige Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon und der Rücktritt der Regierung Begin. Der Likud-Block befindet sich in einer tiefgehenden Regierungskrise. Beim Streit darüber, ob eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt werden soll oder nicht, trat der Energieminister zurück, gleichfalls ein General, ein Pressesprecher und der Chef der isarelischen Zivilverwaltung in der Westbank. An der Verantwortung der Begin-Regierung an dem Massaker gibt es überhaupt keinen Zweifel, eine Untersuchungskommission, die jetzt eingerichtet wurde, könnte aber die Details ans Licht bringen und die dürften peinlich sein.

Die Demonstration kann aber nicht nur als spontane Reaktion auf die Vorgänge in Westbeirut gewertet werden. Seit einigen Jahren entwickelt sich in Israel eine Krise der zionistischen Ideale, eine Unterhöhlung des auf diesen Idealen beruhenden nationalen Konsenses. Eine Krise, die mit dem Krieg im Libanon und jetzt mit dem Massaker endgültig aufgebrochen ist.

Oppositionsführer Peres sagte auf der Kundgebung: „Wir wollen andere Völker nicht kontrollieren, wir wollen kein Südafrika sein." Daß er damit nicht die Palästinenser meinte, die zugunsten der Errichtung eines israelischen Staates vertrieben und ermordet wurden, sei einmal beseite gelassen. Peres sprach aber Entwicklungen nach dem 6-Tage-Krieg von 1967 an.

Einen exklusiven jüdischen Staat wollte die zionistische Bewegung errichten. Die Besatzungs- und Siedlungspolitik Begins hat Israel inzwischen aber nahe an die Integration von einer Million zusätzlichen Palästinensern durch Annexion der besetzten Gebiete gebracht mit der Gefahr, daß vielleicht bald der palästinensische Bevölkerungsteil die Mehrheit ausmachen wird.

Die Existenz in diesem jüdischen Staat wollte die zionistische Bewegung durch rein jüdische Arbeit gewährleistet sehen, um hierdurch die Juden von einer historisch entstandenen „ungesunden Berufsstruktur" zu befreien, in der sie eine der Grundlagen für den Antisemitismus sah. Nach 14 Jahren Besatzungszeit arbeitet ein Großteil der palästinensischen Arbeiter aus der Westbank in Israel und erledigt dort die schwere Drecksarbeit. „Südafrikanismus" entwickelt sich aus den kolonialen Beziehungen zu den besetzten Gebieten.

Die zionistische Bewegung verstand sich immer mehr als Vorreiter des Kampfes gegen Rassismus. Der Zionismus ist ja gerade entstanden aus dem Bemühen, auf den Antisemitismus zu reagieren, erst recht nach dem Holocaust der Nazis. Die jüdischen Israelis hatten denn auch keine rassistische Einstellung zu den Arabern. Die Vertreibungen waren nie durch Rassismus geleitet, wenn man darunter eine irgendwie geartete Ideologie des Untermenschen versteht. Mit der langen Besatzungspolitik seit 1967 und mit den entstandenen kolonialen Strukturen wie mit der Etablierung von palästinensischen Arbeitern für die dreckigsten Arbeiten, die in Israel anfallen, entwickelt sich aber ein Rassismus gegenüber den Palästinensern.

Die zionistische Bewegung, die Juden in Israel nahmen für sich als Nachkommen der Opfer des bisher größten Massenmords der Geschichte in Anspruch, von jedem Verdacht frei zu sein, selber einmal etwas ähnliches zu begehen. Unangreifbar, was die moralischen Werte betrifft, so war das Selbstbewußtsein der jüdischen Israelis. Die israelische Geschichtsschreibung machte für Massaker wie Deir Yassin jeweils Gruppierungen wie die von Begin angeführte Irgun verantwortlich und sprach die israelische Nation von jeder Schuld frei. Jetzt aber hat ein Massaker stattgefunden, für das direkt die Regierung Israels verantwortlich zeichnet, womit sie die ganze Nation zum ungewollten Komplizen gemacht hat.

Weitere Elemente des Selbstbewußtseins sind zusammengebrochen. War Israel vorher international noch breit als David angesehen worden, so ist jetzt jedem klar, daß Israel eine imperialistische regionale Macht ist. Konnten die israelischen Regierungen bisher zumindest in Israel die Nahostkriege aus einem Verteidigungsakt her darstellen, so ist jetzt auch in Israel klar, daß es sich hier um einen Aggressionskrieg handelt, zudem noch einer, aus dem Israel nicht mehr recht herauskommen kann.

All diese Entwicklungen haben zu einer tiefgehenden Wertekrise in Israel geführt. Der nationale Konsens soll wiederhergestellt werden. Die reformistische Antwort der Arbeitspartei darauf ist folgende. Möglichst bald heraus aus den Verstrickungen im Libanon. Sodann Entledigung der besetzten Gebiete, indem die ländlichen, weniger bevölkerten Gebiete aus „Sicherheitsinteressen" in israelisches Territorium überführt werden, der Rest mit der Masse der arabischen Bevölkerung an Jordanien verscherbelt. Darüber Wiederherstellung von jüdischer Exklusivität, von rein jüdischer Arbeit. Aufpolierung des angeschlagenen internationalen Images. Immerhin hat Ägypten nach dem Massaker den Botschafter zurückgezogen, womit der bisher einzige Friede mit einem, zudem dem wichtigsten, arabischen Land in Gefahr ist. Die Stimmung in den USA, der alleinigen Garantiemacht, ist inzwischen fast bei 50:50 Sympathien für die Araber und Israelis umgeschlagen. Die Massenbewegung unterstützt diese Richtung der Arbeitspartei.

Linke SPD auf der Suche nach Mehrheiten

Seitdem die Sozialdemokraten eine schier unaufhaltsame Abwanderung ihrer Wähler nach links wie nach rechts beobachten, sinnen sie auf Abhilfe. Eine der Antworten waren die Löwenthal-Thesen. Seit dem Bruch der Bonner Koalition nun hat der mehr oder minder linke Flügel einigen Auftrieb bekommen, seinerseits nach einer neuen Mehrheit ,,diesseits der CDU" (Brandt) zu suchen. Wir dokumentieren hier auszugsweise Stellungnahmen von Peter von Oertzen (Spiegel Nr. 39), dem ehemaligen Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder (Die Zeit Nr. 39) und von Karsten Voigt (Plasterstrand-Interview) – alle vor der Hessenwahl entstanden.

Gerhard Schröder

Natürlich geht es darum, Ökonomie und Ökologie auf qualitativ neuer Stufe miteinander zu versöhnen. Dies ist ein außerordentlich komplexes Problem, auf das es in der Theorie schon gute Antworten gibt. Gelöst werden kann es indessen nur praktisch. Und dann geht es um Interessen von Menschen. Es geht Beispiel darum, einer Arbeitnehmerschaft, die sich in der alten Wachstumsgesellschaft einen beachtlichen Lebensstandard erkämpft hat, die Notwendigkeit des Bruchs mit eben dieser Wachstumsgesellschaft zu vermitteln.

Dies zielt auf eine Änderung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Programmatik. Daß dabei gewaltige Ängste freigesetzt werden, liegt auf der Hand. Und ist denn der Verdacht vieler Arbeitnehmer so ganz von der Hand zu weisen, daß jener Bruch mit der alten Wachtumsgesellschaft am nachhaltigsten von Leuten gefordert wird, die sicher sein können, auch bei Änderungen politischer Prioritäten auf Grund ihres Bildungsstandes einen angemessenen Arbeitsplatz behaupten zu können?

Wenn nicht aus der wechselseitigen Angst Vertrauen wird, wenn es an Stelle dessen zu einem organisierten Gegeneinander der neuen Gruppierungen und der klassischen Arbeitnehmerorganisation kommt, kann das Ziel der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie nicht erreicht werden. Es fehlt dann an der gesellschaftlichen Macht, um mit der alten Wachstumsgesellschaft zu brechen. Sie wird dann bis zum Untergang verteidigt werden – von einer Koalition aus um ihre Existenz besorgter Menschen und solchen, die diese Besorgnisse schon heute in einem Akt des politischen Zynismus nutzen.

Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß die SPD versuchen muß, den Wandel zu organisieren. Sie kann das nur, wenn es ihr gelingt, den größten Teil der Aktiven und die Wähler der Grünen und Alternativen wiederzugewinnen oder neu zu gewinnen.

Zukünftige Politik für Arbeitnehmer ist danach eine Politik, die die grünen und alternativen Ziele weitgehend aufnimmt. Sie muß in jeder Phase der Umsetzung die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer genau beachten und ausschließen, daß sie vor allem eben diese Arbeitnehmer trifft. Die soziale Frage in diesem Zusammenhang zu beantworten, ist die zentrale Forderung an die Grünen und Alternativen, die für die SPD unter keinen Umständen kompromißfähig ist ...

Die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit Grünen und Alternativen ist der erste – leider notwendig gewordene – Schritt einer tatsächlichen Integration dieser Gruppen in die SPD. Er beweist den Anhängern dieser



Gruppe, daß die SPD sie und ihre Sorgen wieder ernst nimmt und sich nicht an der Ausgrenzung der Menschen und der Sorgen durch Ausgrenzung „ihrer" Partei beteiligt. (...) Heilsam dürfte hingegen der Druck sein, der auf die Grünen und Alternativen ausgeübt wird, wenn auch sie für das Funktionieren eines Systems verantwortlich werden, an dem schließlich menschliche Existenzen hängen.

Peter von Oertzen

Eine kurze Musterung der Fakten zeigt, daß eine ,,rot-grüne'' Zusammenarbeit keinen größeren Schwierigkeiten begegnen würde als eine Zusammenarbeit zwischen SPD und einer demokratisch links-sozialistischen Partei, freilich auch keinen geringeren. Am ehesten läßt sich das am Beispiel der konkreten Politikfelder verdeutlichen (ohne daß hier auch nur im Ansatz ein ,,Koalitionsprogramm'' zusammenphantasiert werden soll). Die Probleme zeigen sich bei den politisch-strategischen Erwartungen und Verhaltensweisen.

Ökonomie – Ökologie – Gesellschaftspolitik: Das so zentrale Wachstumsproblem ist durch die kapitalistische Stagnation selbst relativiert worden. Die Stichworte: ,,welches Wachstum?'' und ,,humanes Wachstum'' sind durch die SPD selbst gegeben worden.

Der ideologisch besonders stark herausgearbeitete Streit um die Kernenergie verdeckt, daß die auf den SPD-Parteitagen 1977 und 1979 beschlossenen energiepolitischen Richtlinien keineswegs auf einen unbegrenzten Ausbau von AKWs hinauslaufen, sondern eine Abkehr von der bisherigen Energiepolitik zum Ziel haben ...

Karsten Voigt

Auf die Frage ,,An welchen Inhalten könnte sich eine Reformkoalition entwickeln?'':

Mit Sicherheit im Kampf gegen den Abbau der Sozialpolitik, nicht aber bei der Frage, mit welchen Mitteln wirtschaftliche Probleme gelöst werden. Mit Sicherheit, was die Frage der Demokratisierung der Gesellschaft betrifft, wohl auch in Fragen der Friedenspolitik, denn der NATO-Doppelbeschluß, wo die Meinungsgegensätze klar sind, ist nicht das einzige, was auf uns zukommt. Aufgrund einer pessimistischen Erwartung, was die zukünftige Politik der neuen Regierung angeht, bin ich optimistisch, was zukünftige Gemeinsamkeit angeht. Zu erwartende Fehlentwicklungen in der Außen- und Sicherheitspolitik werden heute noch bestehende Gegensätze als irrelevant erscheinen lassen.

Zum anderen halte ich im Gegensatz zu vielen Alternativen die Klassenfrage in dieser Gesellschaft für keinesfalls gelöst. Das muß durch staatliche Maßnahmen mitverändert werden, durch Regierungsmacht, was nicht identisch ist mit gesellschaftlicher Macht, mit zentraler Gesetzgebung statt dezentraler Selbstbestimmung. Dies stellt ein Spannungsfeld dar, umsomehr, da die Alternativen große Probleme mit dem Umgang mit zentralen Entscheidungen haben. Ist ja auch klar, denn es widerspricht ja ihren Prinzipien, Verhaltensweisen und Auffassungen von Spontaneität.

Wenn nicht aus der wechselseitigen Angst Vertrauen wird, wenn es an Stelle dessen zu einem organisierten Gegeneinander der neuen Gruppierungen und der klassischen Arbeitnehmerorganisation kommt, kann das Ziel der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie nicht erreicht werden. Es fehlt dann an der gesellschaftlichen Macht, um mit der alten Wachstumsgesellschaft zu brechen. Sie wird dann bis zum Untergang verteidigt werden – von einer Koalition aus um ihre Existenz besorgter Menschen und solchen, die diese Besorgnisse schon heute in einem Akt des politischen Zynismus nutzen.

Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß die SPD versuchen muß, den

Gruppe, daß die SPD sie und ihre Sorgen wieder ernst nimmt und sich nicht an der Ausgrenzung der Menschen und der Sorgen durch Ausgrenzung „ihrer" Partei beteiligt. (...) Heilsam dürfte hingegen der Druck sein, der auf die Grünen und Alternativen ausgeübt wird, wenn auch sie für das Funktionieren eines Systems verantwortlich werden, an dem schließlich menschliche Existenzen hängen.

Peter von Oertzen

Eine kurze Musterung der Fakten zeigt, daß eine ,,rot-grüne'' Zusammenarbeit keinen größeren Schwierigkeiten begegnen würde als eine Zusam-

Sicherheitspolitik werden heute noch bestehende Gegensätze als irrelevant erscheinen lassen.

Zum anderen halte ich im Gegensatz zu vielen Alternativen die Klassenfrage in dieser Gesellschaft für keinesfalls gelöst. Das muß durch staatliche Maßnahmen mitverändert werden, durch Regierungsmacht, was nicht identisch ist mit gesellschaftlicher Macht, mit zentraler Gesetzgebung statt dezentraler Selbstbestimmung. Dies stellt ein Spannungsfeld dar, umsomehr, da die Alternativen große Probleme mit dem Umgang mit zentralen Entscheidungen haben. Ist ja auch klar, denn es widerspricht ja ihren Prinzipien, Verhaltensweisen und Auffassungen von Spontaneität.



Hamm. Rund 150 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung für einen Baustopp und baldmöglichsten Abriß des Thorium-Hochtemperaturreaktors Hamm/Schmehausen am 25.9.1982 in Hamm. Die Kundgebung wurde im Anschluß an den Aktionstag der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm gegen den THTR durchgeführt. Am Aktionstag nahmen mit Informationsständen, Theater- und Videofilmvorführungen u.a. neben der BI, die GRÜNEN aus Hamm und Umgebung, die Atompfenniggruppe, der Arbeitskreis Umwelt aus Münster, die Falken, die DFG/VK, DS und die Naturfreunde teil, insgesamt über 200 Menschen. Zu einem gewaltfreien Marsch im Anschluß an die Kundgebung, an der gut 100 teilnahmen, hatten nur die GRÜNEN aufgerufen.

Polizeischikanen beim Brokdorf-Prozeß

kvz.Hamburg. Nachdem am vergangenen zweiten Prozeßtag ein erneuter Einstellungsantrag der Verteidigung im Verfahren gegen die beiden Hamburger Gewerkschafter Kai Seligmann (IG Druck und Papier) und Uwe Zabel (IGM) von dem Staatsanwalt wegen seiner ,,Weisungsgebundenheit an das Justizministerium in Schleswig-Holstein'' abgelehnt wurde, scheint der Prozeß gegen die beiden Gewerkschafter zu einem Mammutverfahren auszuarten. Den beiden wird Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, begangen während der Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf am 28.2.81, vorgeworfen. Sie waren nach einem Überfall der Polizei auf den Lautsprecherwagen des ,,Aktionskreis Leben", der den Block Hamburger Gewerkschafter anführte, festgenommen worden. In der bisherigen Beweisaufnahme widersprachen sich die diversen Polizeizeugen. Ein Beispiel für viele: Bei dem Versuch, den Wagen zu stoppen, haben mindestens zwei der bisher neun vernommenen Polizisten im ,,Einsatz für den Staat'' gleichzeitig am Außenspiegel des Wagens gehangen, bevor sie sich tollkühn in den Graben retten konnten, um nicht angefahren zu werden. Am vergangenen Dienstag, dem dritten Prozeßtag, kam es zu erneuten Auseinandersetzungen um die Sicherheitsmaßnahmen. Nachdem auf Anordnung des Gerichtspräsidenten die

worfen. Sie waren nach einem Überfall der Polizei auf den Lautsprecherwagen des ,,Aktionskreis Leben", der den Block Hamburger Gewerkschafter anführte, festgenommen worden. In der bisherigen Beweisaufnahme widersprachen sich die diversen Polizeizeugen. Ein Beispiel für viele: Bei dem Versuch, den Wagen zu stoppen, haben mindestens zwei der bisher neun vernommenen Polizisten im ,,Einsatz für den Staat'' gleichzeitig am Außenspiegel des Wagens gehangen, bevor sie sich tollkühn in den Graben retten konnten, um nicht angefahren zu werden. Am vergangenen Dienstag, dem dritten Prozeßtag, kam es zu erneuten Auseinandersetzungen um die Sicherheitsmaßnahmen. Nachdem auf Anordnung des Gerichtspräsidenten die
Sicherheitsmaßnahmen ohne Grund verschärft wurden und nun auch die Angeklagten und Pressevertreter im Gegensatz zu den ersten beiden Prozeßtagen durchsucht werden sollten, weigerten sich die Angeklagten und ein Journalist der Tageszeitung, sich dieser Prozedur zu unterziehen. Die Verteidigung hat gegen diese Maßnahme eine einstweilige Verfügung beim Oberlandesgericht beantragt. Die Tageszeitung wird ebenfalls gegen diese Einschränkung der Pressefreiheit gerichtliche Schritte einleiten. Der Prozeß wird am Freitag, den 8. Oktober, vor dem Itzehoer Amtsgericht fortgesetzt.

Neue Berufsverbote in Hamburg

M.H.Hamburg. Unter Berufung auf das Bundesverwaltungsgerichtsurteil gegen den Postbeamten auf Lebenszeit Hans Peter, der wegen Kandidatur für die DKP entlassen wurde, hat die Schulbehörde letzte Woche Anhörungen gegen fünf DKP-Lehrer durchgeführt. Drei Betroffene sind Beamte auf Lebenszeit, einer davon seit 1955 und kurz vor der Pensionierung. Senator Grolle teilte in einer Presseerklärung mit, daß er auch Kritik am BVerwG-Urteil habe, aber zu den Ermittlungen gezwungen sei. Sie würden nach den liberalen Hamburger Grundsätzen ohne „Ergebnis-Automatik" durchgeführt. – Mit dem ersten Berufsverbot 1971 spielte Hamburg eine Vorreiterrolle in Sachen Berufsverbote. Unter dem gestürzten Bürgermeister Klose kam es dann 1979 zur sog. Liberalisierung, die seitdem die Einstellung von ca. 45 Betroffenen zur Folge hatte. In anderen Fällen wurden die Entlassungen bestätigt. Einige Lehrer sollten sich vor ihrer endgültigen Einstellung erstmal im Dienst bewähren. Diese „liberalisierte" Einzelfallprüfung ermöglichte Willkür und jederzeitige Verschärfung bei den einzelnen Entscheidungen. So befinden sich unter den jetzt angehörten Kollegen auch zwei, deren mehrjähriges Berufsverbot erst 1981 aufgehoben worden war. An den Schulen der Betroffenen haben Lehrer, Elternvertreter und Schüler in Briefen an die Berhörden die Verfahren kritisiert und meist ihre sofortige Einstellung gefordert. Die GEW führte eine Protestversammlung mit ca. 300 Teilnehmern durch. GAL-Bürgerschaftsabgeordneter Udo Hergenröder erklärte, daß bei neuen Berufsverboten eine Tolerierung des SPD-Minderheitssenats durch die GAL sofort gestorben sei.

Vorschläge für alternatives Wahlbündnis

kvz. Zielsetzung und Fahrplan für eine bundesweite „Wahlpartei" hat die „Revier"-Gruppe im Rahmen der Initiative Demokratische Sozialisten vorgelegt, „um die IDS in der Wahlfrage nach außen handlungsfähig zu machen". Der Vorschlag: Die IDS soll die Initiative zur Gründung einer Wahlpartei aus Grünen, Alternativen und Sozialisten ergreifen. „Diese Wahlpartei wird direkt nach der Bundestagswahl ... wieder aufgelöst". Im Namen soll zum Ausdruck kommen, daß die Partei DS nicht als Anhängsel der Grünen zu Wahlen antritt. Die Beteiligung von Kommunisten müsse sichergestellt, die Berücksichtigung der DKP als Organi-

Vorschläge für alternatives Wahlbündnis

kvz. Zielsetzung und Fahrplan für eine bundesweite „Wahlpartei" hat die „Revier"-Gruppe im Rahmen der Initiative Demokratische Sozialisten vorgelegt, „um die IDS in der Wahlfrage nach außen handlungsfähig zu machen". Der Vorschlag: Die IDS soll die Initiative zur Gründung einer Wahlpartei aus Grünen, Alternativen und Sozialisten ergreifen. „Diese Wahlpartei wird direkt nach der Bundestagswahl ... wieder aufgelöst". Im Namen soll zum Ausdruck kommen, daß die Partei DS nicht als Anhängsel der Grünen zu Wahlen antritt. Die Beteiligung von Kommunisten müsse sichergestellt, die Berücksichtigung der DKP als Organi-
sation soll offengelassen werden. Dem erwarteten massiven Widerstand von Teilen der Grünen soll durch die Gewinnung der Hamburger und möglichst auch der Grünen in NRW und Schleswig-Holstein begegnet werden. „In den Industrieregionen NRWs benötigen sie für die (dort anstehenden Wahlen) eher die Untrstützung der Sozialisten als umgekehrt." Mittels Veranstaltungen auf kommunaler Ebene von allen interessierten Kräften und einer Unterschriftensammlung in der „systemoppositionellen Bewegung" soll der Monopolanspruch der Grünen widerlegt werden. – Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) hat in einem offenen Brief mitgeteilt, daß sie diesen Vorschlag in der generellen Linie für richtig hält und ihn unterstützt. Es müsse alles getan werden, „damit es zu einer breiten, alternativen Liste kommt, die das *ganze* Spektrum des alternativen, grünen, sozialistischen und gewerkschftlichen Protestpotentials gegen Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, Sozialdemontage und Atomprogramm zum Ausdruck bringt". In drei Punkten werden allerdings Präzisierungen bzw. Erweiterungen vorgeschlagen: 1. Eine klare Haltung zur SPD soll das Interesse an Bündnispartnern dort ausdrücken. 2. Die Perspektive der Auflösung nach der Wahl wird für unernsthaft gegenüber den Wählern verstanden. Auch eine Parlamentsfraktion müsse von einer gemeinsamen Politik ausgehen. 3. wird eine knappe programmatische Aussage in Stichworten umrissen. Erster Ansatzpunkt gesellschaftlicher Mobilisierung müsse die Unterstützung der DGB-Aktionen im Herbst sein. Vorgeschlagen wird ein baldmöglichst einzuberufendes Treffen aller ernsthaft in Frage kommenden Gruppen für ein solche Liste.

Mit Neuwahlen würde Notstand der Regierungsfähigkeit riskiert

Wie soll sich die parlamentarische Demokratie für den Bourgeois bewähren?

Da fallen einem doch glatt die von manchem ins Antiquariat geschleppten Klassiker wieder ein, das Wort vom Zertreten statt dem Vertreten der Interessen der Massen im Parlament oder solches wie: Alle Gewalt geht vom Volkes aus ... aber wo geht sie hin? Die hessischen Staatsbürger (die 350000 Ausländer über 18 sind ja bekanntlich keine) haben in der Mehrheit links gewählt, nicht Börner und nicht Schmidt und nicht deren Politik. Demokratische Gefühle und demokratisches Bewußtsein waren verletzt durch die „Machenschaften", und das von der CDU so liebevoll gepflegte Szenario von der Gefährdung des NATO-Bündnisses bis zu den angeblich sozialistischen Staatseingriffen ins gesellschaftliche Leben konnte eine Mehrheit nicht überzeugen. Wäre den Wählern an einer großen Koalition oder einer Kohl-Strauß-Regierung gelegen, dann hätten sie nicht in so unerwarteter Zahl SPD angekreuzt, sondern gleich CDU – darunter viele, die oft seit Jahren dem Wahlritual keine Beachtung mehr schenkten, weil sie von den Parteien eh nur Schlechtes erwarteten.

Doch das solls dann mal wieder gewesen sein. In Bonn wird ein solches Testergebnis via Geschäftsordnung kassiert, und Börner fällt bis jetzt auch nichts Besseres ein, obwohl auch er *keine* Mehrheit hat und als ob er nicht wüßte, wie er zu seinen Stimmen gekommen ist. Das Börsenbarometer ist da sensibler und ebenso die berufenen Berater der Bourgeoisie vom „Handelsblatt", die das Menetekel (Warnzeichen) an der Wand sehen. Doch der Gefahr einer „anderen Republik" – wer hätte Herrn Dr. Kohl je solchen Scharfsinn zugetraut – zu begegnen, dafür gedenkt die herrschende Minderheit fürs erste die parlamentarische Verfassung dieses Landes auszuschöpfen, wobei sie sich insbesondere der Gewissensfreiheit des Abgeordneten zu bedienen hofft. *cof.*

Das Menetekel

Von Klaus Bernhardt

Gleichwohl: Keine Kritik an der Entscheidung der hessischen Wähler! Im Gegenteil, man muß ihnen letztlich sogar dankbar dafür sein, daß sie so drastisch demonstiert haben, in welchen Zustand der Zerrissenheit und Unregierbarkeit unsere Republik gestürzt würde, wenn sich jene auf der Bonner Szene – von Schmidt bis Strauß – durchsetzen würden, die aus noch so unterschiedlichen Gründen lieber morgen als übermorgen Neuwahlen zum Bundestag ausrufen möchten. Nein, im wohlabgewogenen Interesse unseres Landes darf „Schmidts Falle" nicht noch einmal zuschnappen. Die Existenzgrundlagen unserer immer noch jungen und noch zu unerfahrenen Demokratie dürfen nicht in Frage gestellt werden, weil es bestimmten Parteien und Politikern nach wie vor opportun erscheint, unsere bewährte Ordnung der parlamentarischen Demokratie in plebiszitäre Formen umzubiegen.

Wenn es jemals einsichtig war, warum die Väter unseres Grundgesetzes aus bitterer geschichtlicher Erfahrung vor außerordentliche Neuwahlen zum Bundestag sehr hohe Hürden gestellt haben, dann doch jetzt angesichts der Ergebnisse der Hessenwahl. Wer jetzt in Bonn der plebiszitären Versuchung mit dem Abgleiten ins imperative Mandat widersteht, der ist wahrlich nicht der schlechtere, sondern der verantwortungsbewußtere Demokrat! Man kann es leider nicht oft genug wiederholen.

Getreu unserer Verfassung bleibt es deshalb in Bonn das Gebot, aus dem Parlament heraus wieder eine regierungsfähige Mehrheit mit einer handlungsfähigen Regierung zu bilden. Die CDU/CSU muß u.n ein schnelles konstruktives Mißtrauensvotum gegen den noch amtierenden und nur noch als Tarnung für Brandts neue Linke mißbrauchten Bundeskanzler bemüht bleiben, solange eine Chance besteht, mit einer noch gemarterten FDP eine ausreichende Mehrheit zu bekommen. Und gegebenenfalls wäre es schlimm, wenn sich eine neue Mehrheit unter neuer Hektik und Streß an eine zu kurzatmige Festlegung auf Neuwahltermine unabdingbar gebunden fühlen würde. Neuwahlen im Verlauf von Legislaturperioden will unsere Verfassung nur dann, wenn eine Unregierbarkeit feststeht. Davon müßte selbst dann noch nicht unbedingt die Rede sein, wenn eine Minderheitsregierung Schmidt gezwungen wäre, die Suppe selbst auszulöffeln, welche die sozialliberale Koalition diesem Land eingebrockt hat. Das wäre allemal noch erträglicher als einen Notstand Bonner Regierungsfähigkeit nach Hamburger oder hessischem Muster zu riskieren.

(aus: Handelsblatt, 28.9.1982)

„SPD und CDU müssen sich damit auseinandersetzen, ob sie mit uns sprechen wollen oder eine große Koalition anstreben“

Interview mit Frank Schwalba-Hoth und Jochen Vielhauer von den GRÜNEN-HESSEN, die auf dem achten bzw. vierzehnten Platz der Landesliste für den Landtag kandidierten. Frank Schwalba-Hoth wird am 1. Dezember in Wiesbaden vertreten sein, Jochen Vielhauer gehört zur Gruppe der Kandidaten, die zunächst gleichberechtigt in der Landtagsgruppe arbeiten und die ersten neun in zwei Jahren – nach dem Rotationsprinzip – ablösen sollen.

Ihr habt die 5%-Hürde gut geschafft. Gleichwohl entspricht das Ergebnis nicht den Erwartungen, die sich im zweistelligen Bereich zwischen 10 und 15% bewegt haben. Wie erklärt Ihr Euch das?

F.: Die Erwartungen waren die Erwartungen der Demoskopen. Für uns zählt, daß wir in 50 von 55 Wahlkreisen über 5% gekommen sind, also das flächendeckende Ergebnis. Und das ist absolut befriedigend.

Seht Ihr Zusammenhänge zwischen den Bonner Ereignissen und Eurem Stimmenanteil hier in Hessen?

J.: Klar ist, daß wir da ein bißchen Abschlag hinnehmen mußten. Nur, man muß ja allem was Positives abgewinnen, und ich glaube, das ist was ehrlich Positives. Wir sagen, damit haben wir im Grunde genommen das „Stammwählerpotential“ – wenn wir dieses Wort mal überhaupt nehmen wollen – der GRÜNEN herausgefunden. Alles, was letztlich darüber läge, wären quasi die Protestwähler, die sich jetzt nochmal durch diese Bonner Geschichten haben zur SPD rüberziehen lassen. Von daher ist das so ehrlicher.

Nun fangen aber wohl die Schwierigkeiten erst richtig an, denn – was kaum einer gedacht hat – das Wahlziel bzw. die drei Wahlziele sind erreicht worden: FDP raus, und zwar deutlich, Dregger einigermaßen entfernt von der absoluten Mehrheit, und die GRÜNEN sind drin mit landesweit 8%. Wie geht's jetzt weiter? Alle Spekulationen über eine „saubere“ Rolle in der Opposition neben der SPD gegenüber einer Dregger-Regierung sind ja nun erst mal vom Tisch.

F.: Es ist so, wir sind zu Gesprächen mit allen Parteien bereit, und zwar über Inhalte, die wir vorgegeben haben in unserem Landesprogramm. Und wir erwarten, daß sich in diesen Gesprächen die Parteien, die mit uns sprechen wollen, darauf beziehen. Bevor es zu diesen Gesprächen kommt, gibt es zwei Nadelöhre: erstens, daß es eine Behandlung der GRÜNEN entsprechend dem Wahlergebnis – also keine Behinderung in Sachen Besetzung der Ausschüsse bzw. in sonstigen Fragen in bezug auf die Arbeit in Wiesbaden – gibt. Und zweites Nadelöhr: Öffentlichkeit der Gespräche.

J.: Zum Punkt der „sauberen Lösung“, wovon ich irgendwo mal geschrieben habe: bezogen auf die GRÜNEN selber ist natürlich ein politisches Handeln, ein politisches Agieren einfacher aus einer reinen Opposition heraus, das heißt, gar keine Möglichkeit zu haben, Einfluß auf machtpolitische Entscheidungen zu nehmen. Das wäre die „saubere“ Lösung nach innen, weil klar ist, daß natürlich diese Situation, wie sie jetzt ist, die GRÜNEN vor eine ziemlich schwierige Aufgabe stellt.



Und es ist ja nun nichts Unbekanntes, daß es auch unterschiedliche Interessen gibt. Auch bezüglich einer Zusammenarbeit mit der SPD. Und das wird zu einer, nehme ich an, lebhaften Diskussion auf der nächsten Landesversammlung führen, weil sich da diese Vorstellungen nicht mehr auf der Ebene: was wäre wenn? bewegen, sondern auf der Ebene: was machen wir denn jetzt?

Ihr kennt ja die Umfragen unter Wählern beider Parteien, wonach sich in den letzten Tagen 79% der grünen Basis und mehr als die Hälfte der SPD-Wähler für eine Zusammenarbeit zwischen beiden ausgesprochen haben, mehr noch als einige Wochen vorher, und das bezüglich beider Parteien. Mit welchen Vorgaben oder Vorschlägen geht Ihr jetzt in diese Landesversammlung, und gibt es inhaltliche Vorgaben über das Landeswahlprogramm von 165 Seiten hinaus, die Basis solcher Gespräche mit der SPD sein könnten?

J.: Das sind ja nicht einfach 165 Seiten Papier, sondern das ist Resultat von eineinhalb Jahren inhaltlicher Diskussion bei den GRÜNEN. Das sollte als inhaltliche Grundlage erstmal ausreichen, um in ganz bestimmte politische Diskussionen und Gespräche reinzugehen. Es wäre vollkommen verrückt, darüberhinaus zu sagen, jetzt machen wir mal einen verkürzten oder wie auch immer darüber hinausgehenden Katalog oder einen Bedingungskatalog, mit dem wir in Gespräche oder auch in interne Diskussionen hineingehen. Also, die Inhalte stehen.

Die Frage ist jetzt nur, was die 79%, die eine Zusammenarbeit mit der SPD wünschen, betrifft (wobei man ja gesehen hat, wie's mit der Demoskopie aussieht), daß die erstmal die GRÜNEN gewählt haben aufgrund der Inhalte der GRÜNEN. Das sind die Vorgaben gewesen. Und irgendwo träumen da sicher sehr viele von, diese Inhalte auch in die anderen Parteien hineinzutransportieren, sprich: sie gesellschaftlich mehrheitsfähig zu machen. Gut, das ist letztlich ein Ziel. Wie man das aber konkret umsetzt, das läßt sich nicht mehr über demoskopische Umfragen herausfinden, sondern in ganz knallharten Diskussionen mit Leuten aus anderen Parteien. Und dazu müssen die überhaupt erstmal ihr Maul auftun. Ich habe weder aus CDU noch SPD irgendwann mal etwas gehört, was den Anschein erweckt, daß sie das Programm überhaupt gelesen haben.

F.: Nochmal zu den Vorgaben: Wir sind nicht nur gegen Startbahn West und Atomtechnologie, sondern wir sind auch für eine andere Willensbildung in diesem politischen Zusammenhang DIE GRÜNEN. Wir nennen das Basisdemokratie, und das heißt für uns, das „Verwerflichste“ wäre, wenn irgendein Gremium der Partei – ob nun Landesvorstand oder Landtagsgruppe – Vorgaben machen würde, also etwas präjudizieren würde für die Landesmitgliederversammlung. Das ist unser höchstes beschlußfähiges Gremium, und das entscheidet in voller Autonomie. Darum werden wir natürlich in Kreis- und Ortsverbänden darüber sprechen, aber es wird nicht so etwas wie einen „Leitantrag“ des Vorstandes oder der Landtagsgruppe geben. Und es ist ja nun ein Unterschied, ob das ein Kreisverband oder ein – im traditionellen Verständnis – übergeordnetes Gremium macht, wie Vorstand oder Landtagsgruppe.

Und der Landeshauptausschuß, der am kommenden Wochenende tagt, wird da nichts vorlegen?

F.: Das fällt in die Autonomie des Landeshauptausschusses. Bisher hat er es noch nicht getan.

Was heißt es nun, wie Frank in der „Frankfurter Rundschau“ zitiert wird, seine Partei warte jetzt auf eine Stellungnahme der SPD zu ihren *Vorschlägen zu den politischen Vorstellungen der GRÜNEN? Wartet Ihr jetzt ab, bis die SPD Euch mitteilt, wir würden gerne über diese und jene Punkte sprechen, oder unternehmt Ihr irgendwelche Schritte in diese Richtung?*

F.: In dieser jetzt kommenden Zeit nach der Landtagswahl werden wir gegenüber den Parteien und der Presse deutlich machen, daß wir zu Gesprächen bereit sind auf der Grundlage unseres Landesprogrammes. Und wir glauben, daß sich jetzt SPD und CDU damit auseinandersetzen müssen, ob sie mit uns Gespräche haben wollen oder ob sie – die andere Möglichkeit – eine große Koalition anstreben.



Was heißt es, wenn Ihr sagt, Börner als Gesprächsführer sei eine Provokation? Bedeutet das, daß Gespräche oder Verhandlungen in diesem Fall ausgeschlossen sind?

F.: Dazu zweierlei: Erstens, die Landesversammlung hat diese Frage gerade offen gelassen, ob wir mit Börner sprechen. Aber grundsätzlich ist es bei uns so, daß wir bereit sind, mit *allen* – außer Faschisten – zu sprechen. Und zum zweiten ist es so, daß es auch ein Zeichen der Glaubwürdigkeit, der Ernsthaftigkeit des Bemühens, mit uns ins Gespräch zu kommen, ist, *wen* die SPD als Gesprächsführer dann auswählt. Und es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit ... **J.:** des politischen Stils – **F.:** ob eine Partei sich durch einen Repräsentanten vertreten läßt , der uns in der übelsten Weise beschimpft hat. Ich glaube nicht, daß Holger Börner, der bisher für die lebenszerstörende Politik in Hessen verantwortlich war, in der Lage ist, die neuen ökologischen Akzente für die SPD aufzuarbeiten.

Wäre es aber nicht vielleicht angemessener, bestimmte Signale auszusenden, damit sich eben die Teile der SPD, die sich mehr oder minder ausdrücklich für die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN ausgesprochen haben, darauf beziehen können? Denn Börner wird nicht zurückgezogen oder ausgewechselt werden, wenn sich nicht in der SPD einiges verändert.

F.: Nun, unser ganzes Landesprogramm besteht aus Signalen für eine andere Politik, und so blind dürfte keiner sein, nicht zu erkennen, daß für uns – und das haben wir ja auch deutlich gemacht – in Lebensfragen keine Kompromisse möglich sind, und darunter zählt für uns die gesamte Atomtechnologie und der Komplex Startbahn West.

Börner hat nun vom Haushalt '83 gesprochen, den er an der Spitze einer Minderheitsregierung vorlegen will. Welche Vorschläge habt Ihr in diesem Bereich?

F.: Zu unserem grundsätzlichen Verfahren. Das ist eine der Fragen, die wir morgen auf einem Treffen aller Landtagskandidaten, der Landtagsgruppe also, besprechen werden. Es hieße jetzt etwas präjudizieren, wenn wir dazu jetzt im Augenblick unsere private Meinung hinaustragen würden.

J.: Eine Zusatzbemerkung. Du bist nicht die erste, die das fragt, das fragen sie heute alle. Mit kommt das vor wie einer der blödesten und simpelsten Taschenspielertricks von Börner. Der hat sich gestern festgelegt: keine Gespräche. Dann kommt Brandt in der Bonner Runde und erzählt, ja nun, jetzt müssen wir aber mit der Friedens- und Ökologiebewegung usw. Und jetzt sagten die GRÜNEN, und das waren schon Signale, sehr deutliche Signale: wir sind gesprächsbereit, mit jedem. Dadurch ist Börner ins Hintertreffen gekommen, ein ganzes Stück. Er stand also ganz schön an der Wand trotz seines scheinbar glänzenden Wahlsieges. Und dann macht er diesen Trick, indem er sagt, gut, bevor ich jetzt auf deren Programmatik eingehe, leg ich mal einen Haushalt vor. Den hat er ja noch gar nicht. Daß alle Journalisten uns diese Frage stellen und gar nicht merken, was für ein blödsinniger Taschenspielertrick das ist. Das wäre dasselbe, wenn wir jetzt – mal fiktiv – sagen würden, wir würden einen alternativen Haushaltsplan vorlegen und daran die Kompromißfähigkeit der anderen Parteien messen.

In der Pressekonferenz heute mittag war nun aber gerade von letzterem die Rede: Es existieren bereits Vorschläge für ein alternatives Investitionsprogramm.

J.: Ja gut, für alternative Energien beispielsweise gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, auch zur Finanzierung. Was jetzt natürlich überhaupt noch nicht geleistet ist, ist, dies in eine Haushaltssprache zu bringen. Das wird eine Aufgabe der nächsten zwei Monate sein, womit sich diese Landtagsgruppe zu befassen hat und womit sich auch eine Landesversammlung zu befassen hat. Klar ist, daß wir nicht mit leeren Händen in eine Haushaltsberatung reingehen.

Ein anderer Punkt. Eure Stimmenanteile sind ja nun, zum Beispiel in Frankfurt, ganz unterschiedlich verteilt. Nordend 19,5%, Gallus und Höchst 8,6% bzw. 8,1%. Nun hängt das sicher mit den Basisinitiativen zusammen, aber sicher auch mit der sozialen Struktur. Wie schätzt Ihr das selber ein, wieweit Ihr Stimmen traditioneller Wählerschichten, also von Arbeitern, bekommen, also hier Einbrüche erreicht habt? Umgekehrt, wie wird sich Euer Verhältnis zu den Gewerkschaften, beispielsweise zu den gewerkschaftlichen Demonstrationen Ende Oktober, gestalten?

J.: Also als selbst Betroffener (J. war Direktkandidat im Gallusviertel, einem der ältesten Arbeiterbezirke Frankfurts, Red.) meine ich, da hat schon ein Einbruch stattgefunden. Verglichen mit dem Nordend, das ja eh „befreites Gebiet“ ist, sind die 8,6% oder die 8,1% in Höchst von der Steigerung her fast genauso zu bewerten wie das Ergebnis im Nordend. Nur, wir haben bisher ja nicht einen Einbruch in eine traditionelle Arbeitnehmerschaft vorgehabt, sondern einen Einbruch in die Wählerschaft erreicht, die sich nicht über unsere Positionen zur traditionellen Arbeiterbewegung bzw. ihren Organisationen definiert, sondern zu den Fragen, wie wir sie formuliert haben, also zu ökologischen und Lebensfragen, eine Meinung hat.

Und da sind die Arbeiter nicht „dümmer“ als die Bürger, und deswegen ist da auch genauso ein Einbruch geschaffen worden wie in anderen Bezirken. Rüsselsheim als Beispiel, 14%, und das ist ja nun wirklich die traditionelle Opel-Stadt. Die Leute dort sind aber nicht motiviert als die Opel-Arbeiter, sondern als die dort Lebenden, Startbahn-Betroffenen und wie auch immer. Und zum zweiten, da brauchen wir uns ja auch nicht groß drum zu streiten, der großartige Widerspruch zwischen gewerkschaftlichen Forderungen und den Forderungen, die die GRÜNEN in ihrem Wirtschaftsprogramm haben, ist ja gar nicht so groß.

Wie stellt Ihr Euch ein Herankommen an diese Schichten aber weiter vor, auch um vom Zustand der „Lehrerpartei“ wegzukommen?

F.: Das ist falsch rum gefragt. Wir sind ja nicht auf dem Trip, Volkspartei zu werden und uns damit der Bevölkerung anzunähern. Sondern der Punkt ist, wie wir über unsere Inhalte Bewußtsein schaffen können, und die Frage ist, wie sich Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung ergibt. Und da hängen, und das ist ja eine Uralterfahrung, solche Bewußtseinsänderungen, ganz bestimmte Erkenntnisprozesse, schon ein Stück weit von der Schicht- oder Klassenzugehörigkeit ab. Daß da zuerst unter Lehrern oder ähnlichen sowas wächst, bevor es weitergetragen wird, ist klar. Aber von dieser „Lehrerpartei“ sind wir schon ein ganzes Stück weg. Den Eindruck habe ich, was nicht darüber hinwegtäuschen soll, daß immer noch ein Stück weit die Mittelklassen der Hauptträger der GRÜNEN sind. Wir wollen auch keine proletarische Partei sein, sondern wir sind eine ökologische Partei.

F.: Zurück nochmal zum Wahlergebnis. Wir haben das Ganze mal durchgerechnet: Flächendeckend stehen wir relativ gut da. Wir haben nicht nur in 50 von 55 Wahlkreisen über 5%, sondern in 43 von 55 sogar über 6%, so daß wir frei sind von der Existenzangst vor den 5%. Auf der anderen Seite haben wir in 17 Wahlkreisen über 10%. Insofern ist es für uns eben wichtig, daß wir nicht nur eine Partei sind, die von den Stimmen lebt, die sich gegen ökologische Großprojekte richten, sondern daß wir auch in der Breite – hessenweit – als politische Alternative verstanden werden, auch dort, wo keine ökologischen Großprojekte vor der Tür liegen. Und es geht uns nicht um Einbruch in irgendwelche Wählerschichten – das ist auch ein vollkommen falsches Politikverständnis – sondern es geht darum, das Bewußtsein so zu verändern, daß mehr Leute ökologischer Politik zustimmen. Wobei dann natürlich klar ist, daß wir ein enges Verhältnis auch zu Gewerkschaften, Bürger- und Basisinitiativen suchen.

Leserbriefe

Was machen mit der Wehrpflicht?

Zum Artikel über „Frauen und Bundeswehr" in KVZ 37/1982

Ausgehend von der Frage, ob Dienst von Frauen in der Bundeswehr abgelehnt werden muß oder nicht, haben die Autorinnen Margarete Kochanski und Anette Mönich in KVZ 37/82 einige meines Erachtens bedenkliche Thesen zu den Fragen der Wehrpflicht und des „neuen Pazifismus" aufgestellt.

Richtig finde ich, wie sich der Artikel mit einigen „frauenspezifischen" Gründen für die Ablehnung von Wehrdienst von Frauen auseinandersetzt. Dann kommen die Autorinnen zu dem Schluß, daß Frauenwehrdienst abzulehnen ist, weil NATO und Bundeswehr durch die Frauen gestärkt würden. Davon ausgehend wird die Frage gestellt, ob nicht auch der Dienst von Männern in der Bundeswehr abgelehnt werden muß und die Frage wird bejaht. Die Präsenz der Unterdrückten in den Armeen der Unterdrücker habe sich historisch nicht ausgezahlt; einzig in Niederlagensituationen hätten die Unterdrückten mal die Initiative ergreifen können.

M.E. ist hierbei bereits die Fragestellung unpräzis: Es geht nicht um ein ja oder nein zum Soldat-sein, zum in-der-Armee-dienen, sondern es muß davon ausgegangen werden, daß es in der Klassengesellschaft auf jeden Fall Soldaten gibt, die in den betreffenden Armeen dienen. Die Frage ist nur wie, in welchem Status! Die Position der Revolutionäre und der demokratischen Bewegung zur allgemeinen Wehrpflicht muß gegenüber den bekannten, konkreten Alternativen zur allgemeinen Wehrpflicht diskutiert werden. Diese Alternativen liegen auf der Hand: Berufsarmee oder gar Privatarmee. Und so betrachtet ist es überhaupt keine Frage, daß ein Wehrpflichtigenheer ungleich besser neutralisiert oder gespalten werden kann als Privat- oder Berufsarmeen, auf die Einflußnahme praktisch unmöglich ist. „Zwischen dem Prinzip und dem, was konkret lief, war aber schon immer ein Riesenabgrund" – wenden die Autorinnen ein. Sicher, aber warum ist der Abgrund so groß, daß die politische Beeinflussung des Wehrpflichtigenheeres sinnlos erscheint? Ich würde behaupten, daß dem so ist, weil die politische Nutzung der Wehrpflicht bisher bestenfalls eine exklusive Beschäftigung von (zumindest in dieser Frage) Sekten war und nie breit angelegt von der demokratischen Bewegung betrieben wurde.

So gesehen glaube ich, daß die demokra- ben wurde.

So gesehen glaube ich, daß die demokratische Bewegung gegenüber der Bundeswehr schon einiges verschenkt hat. Ich schätze, daß ca. 30% der Männer im wehrpflichtigen Alter entweder grün wählen oder SPD mit Juso-Illusionen, also ein Drittel jedes Rekrutenjahrgangs hat mehr oder weniger Verbindungen zur Arbeiter- oder demokratischen Bewegung gehabt vor der Wehrdienstzeit bzw. verweigert.

Wenn dieses ganze Potential in den Streitkräften wäre und Verbindungen nach draußen hätte und nicht nur Parteiverbindungen à la SRK, sondern Verbindungen zur Gewerkschaftsjugend, Arbeitsloseninitiativen, Initiativen der Friedens- und Ökologiebewegung usw., dann wäre die Wirkung auf die Bundeswehr unabsehbar. Wenn dann z.B. die Friedensbewegung in den Wald geht, um ein NATO-Herbstmanöver umzufunktionieren, könnte sie sich mit ca. einem Drittel der Soldaten verbinden. Spontan haben sich ja bereits Reservisteninitiativen u.ä. gebildet und hat es Aktionen gegen Manöver gegeben. Es wird für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, daß es nicht zu einer Konfrontation zwischen rein „ziviler" Bewegung und einheitlichem militärischem Apparat kommt. Die Bewegung muß vielmehr auf beiden Seiten wirken. „Wehrpflicht kann offensichtlich nur als positives Recht wahrgenommen werden, wenn sich der Auftrag der Armee mit den Interessen des Volkes deckt", heißt es in dem Artikel. Mit der Pflicht als einem Recht ist es natürlich so eine Sache. Die Wehrpflicht eröffnet einem nicht einmal das Recht auf politische Arbeit in der Armee, sondern diese ist vielmehr ausdrücklich illegal; wohl aber eröffnet Wehrpflicht der Bewegung die *Möglichkeit* zur Beeinflussung der Armee, und darauf kommt es an!

Warum wird diese Möglichkeit nicht genutzt? Daran sind sicher die Unterdrückungsverhältnisse in der Armee schuld, die die Arbeit dort alles andere als attraktiv machen. Daran ist aber auch der Einfluß von Pazifismus in den Bewegungen schuld. Dazu äußern sich auch die Autorinnen: Gewaltlosigkeit sei „eine Strategie, mit der man eine rasche Eskalation der Repression vermeiden kann, um die Fähigkeit der Bewegung, Veränderungen zu erzwingen, schneller zu steigern, als die andere Seite ihre Fähigkeit zur Repression steigern kann", wird in dem Artikel zustimmend zitiert aus „Nicht friedlich und nicht still". Als wenn Repressionen eine Antwort auf die Gewalt von Bewegung wäre, als wenn durch Gewaltlosigkeit eine Art Einladung für die Repression verzögert werden könnte! Eher würde ich sagen, daß Gewaltlosigkeit eine Art Einladung für die Repression ist; jedenfalls dann, wenn es auf staatlicher Seite die prinzipielle, inhaltlich motivierte, Bereitschaft zur Repression gibt. Sicher gibt es konkrete Situationen, wo es unklug ist, einen Stein zu werfen, wo der Stein ausschließlich die Bereitschaft zu Repression steigert (oder auch steigern soll). Aus solchen Erfahrungen speist sich auch die Auffassung, daß Gewaltlosigkeit Repression verzögere. Normalerweise aber sind es zunächst inhaltliche Fragen (also ob gegen ein Gesetz verstoßen wird oder nicht), die darüber entscheiden, ob Repression stattfindet oder nicht. Sodann mag die Frage der Gewaltlosigkeit bei der Bewegung Einfluß auf die Entscheidungsfindung des betreffenden Polizeihirns haben, dann allerdings umgekehrt, wie sich das die Anhänger der Gewaltfreiheit denken: Dann erwischt es die Wehrlosen am härtesten.

Indirekt bieten die Autorinnen gegenüber den bürgerlichen Armeen „Wehrunlust und Desertation" als Strategie an. Das Rezept stammt aus dem Vietnamkrieg. Damals konnte sich die Zersetzung der Armee nicht anders ausdrücken, weil der Krieg weit weg von zu Hause stattfand und die wehrpflichtigen GIs sich praktisch nicht mit der betroffenen Bevölkerung verbinden konnten. Außerdem war der Anteil der gut geschmierten Berufsoffiziere und -soldaten relativ groß, so daß linke GIs auch wohl sofort aufgespürt worden wären, wenn sie ein größeres Ding vorbereitet hätten. Unter etwas günstigeren Bedingungen ist allerdings schon mal ein Kolonialimperium zusammengebrochen durch eine Meuterei in der Armee: in Portugal. Dort richtete sich die Wehrunlust politisch und bewaffnet gegen das Regime.

Die Konsequenz aus diesen Überlegungen sollte sein, sich zusammen mit anderen einige praktische Gedanken zur Organisierung der Militärarbeit der Bewegungen zu machen. Auf eine personelle Austrocknung der Streitkräfte durch Verweigerung zu setzen, halte ich angesichts der Entwicklung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit für aussichtslos. Sogar in Polen finden sich genügend Milizangehörige, obwohl dort die gesellschaftliche Gegnerschaft zum Regime so entwickelt ist, wie es hier wohl dort die gesellschaftliche Gegnerschaft zum Regime so entwickelt ist, wie es hier wohl nie der Fall sein wird. Gleichzeitig bewies die polnische Entwicklung, daß allein die Sympathie der einfachen Soldaten zur gesellschaftlichen Bewegung nicht ausreicht, vielmehr braucht es organisierte Verbindungen der Soldaten zur Gesellschaft, um sie im entscheidenden Augenblick unterstützen zu können und nicht überrumpelt zu werden. Nach diesen Überlegungen ist die Haltung zur Frauenwehrpflicht auch klar abzuleiten: Es gibt keinen Grund, gegen den Dienst von Frauen in der Armee zu sein. Wenn der Dienst auf freiwilliger Grundlage gestattet wird (angeblich gibts zigtausend Bewerberinnen), muß sogar geprüft werden, ob nicht gefordert werden muß, Frauen ebenso wie Männer einzuziehen. Verweigerung muß natürlich jederzeit möglich sein, sollte aber von der Bewegung als Ausnahmefall betrachtet werden.

T.H., Westberlin

Beamtendemonstration

Zum Artikel „Zwei Beamtendemonstrationen gegen die Haushaltspolitik der Bundesregierung", KVZ 37, S. 12

Einige Anmerkungen zum Artikel über die beiden Beamtendemonstrationen scheinen mir angebracht.

1. Falsch ist, daß der DBB (Deutscher Beamten-Bund) am Samstag mehr Mitglieder mobilisieren konnte als der DGB. Der DGB brachte nahezu 50000 auf die Straße. Allein 39000 Zugkarten waren vergeben; da dies nicht ausreichte, wurden noch zahlreiche Busse gechartert (so z.B. in Bremen von der GdP). Teilweise war in der Presse von nur 25000 Demonstranten die Rede. Hinter diesen Falschmeldungen steckt das Motiv, den Widerstand im öffentlichen Dienst gegen die Angriffe der Bundesregierung als klein und unbedeutend herunterzuspielen. Daß get. in der KVZ dies mitmacht, ist traurig und beruht wohl auf Unkenntnis.

2. Der Bundesausschuß der Beamten der Gewerkschaft ÖTV hat am 8. Juni 1982 beschlossen, die Beamten zu Protesten gegen die sog. „Sparmaßnahmen" aufzurufen. Am 20. Juli 1982 hat der Bundesbeamtenausschuß des DGB dann den Beschluß über die zentrale Demonstration in Bonn gefaßt. Die Kritik an den DGB, er hätte überhastet gehandelt und erst, nachdem der DBB zur Demonstration aufgerufen habe, ist falsch. Teilweise richtig an der Kritik ist, daß schlecht mobilisiert wurde. Dies war aber nicht überall der Fall. Es gab bereits vorher z.T. recht große regionale Demonstrationen. Zum anderen war die Beteiligung an der zentralen Demonstration trotzdem ziemlich groß. Das, obwohl an einem Arbeitstag demonstriert wurde, der bewußt gewählt wurde, um zu zeigen, daß man auch gewillt ist, Belastungen und Ärger (Urlaub oder rechtliche Belangungen wegen Blaumachens) auf sich zu nehmen, um seinen Protest während der Arbeitszeit zu zeigen und nicht nur am Wochenende oder in seiner Freizeit. Die Kritik ist auch hier falsch.

3. get. schreibt, daß die „Gewerkschaften alles tun (sollten), daß bei den nächsten Streiks im öffentlichen Dienst die Beamten dabei sind. Dies als feste Absicht zu bekunden und danach zu handeln, ist dringend geboten." Von mir aus schon, nur ist die Lage bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst – vor allem den Beamten – nicht Lage bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst – vor allem den Beamten – nicht so. Die DGB-Führer so von ‚links' zu kritisieren, bringt überhaupt nichts. Meines Erachtens war die breite Beteiligung der Beamten an den Demonstrationen Ausdruck davon, daß die Bewußtseinsentwicklung in die geforderte Richtung geht. Nur kann man das nicht übers Knie brechen. Ein großer Erfolg wäre m.E. schon, wenn man die Beamten in ihrer Mehrheit dazu bekäme, sich nicht als Streikbrecher bei künftigen Auseinandersetzungen einsetzen zu lassen. Zeugnis hierfür sind die breiten Debatten und die verschiedensten Anträge zum Einsatz der Beamten als Streikbrecher auf dem letzten 8. DGB-Bundeskongreß (siehe hierzu das ÖTV-Magazin 6/82). Deswegen trifft auch unter 2. die Kritik von get. nicht. Er fragt sich: „Warum eine Extra-Beamten-Demo?" Daß die Beamten (endlich) demonstrieren, ist Ausdruck davon, daß sich in deren Bewußtsein zunehmend durchsetzt, daß sie nicht mehr als Trittbrettfahrer mitfahren können und sich Jahr für Jahr durch die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes die Kohlen aus dem Feuer holen lassen können, sondern daß sie vielmehr solidarisch mit Arbeitern und Angestellten handeln und kämpfen müssen. Richtig war deswegen diese Beamten-Demo, auf der keineswegs nur Beamte waren. Aber daß die Gründe für diese Demonstration in den Aufrufen einseitig aus den Angriffen auf die Beamten hergeleitet wurden, muß kritisiert werden. So kann man den einheitlichen Kampf der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und die Solidarität aller Arbeiter und der ausgebeuteten Volksmassen nicht herstellen. Daß diese Kritik in den Gewerkschaften z.T. auch geteilt wird, machte z.B. die Rede des HBV-Vorsitzenden Volkmar deutlich.

4. Die in der Klammer geführte Polemik gegen den „DGB-offiziellen Sprachgebrauch um das Wörtchen ‚Streikrecht'" liegt m.A. nach auch ‚links' daneben. Wozu braucht man denn das Streikrecht, wenn nicht, um im Rahmen der Tarifautonomie und Verhandlungsrechte Positionen und Interessen, sprich Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, durchzusetzen. So wie get. den Kampf um das Streikrecht für die Beamten in dem Artikel behandelt, verkommt es zur leeren Hülle. Zumindest in der ÖTV ist seit dem Streit von 1974 im öffentlichen Dienst das Streikrecht für Beamte breit debattiert. Auch Heinz Kluncker unterstützt es (siehe ÖTV-Magazin 7/1982).

Kritik an der Gewerkschaftsführung ist wahrlich notwendig; wir haben sie auch lange Zeit nicht mehr geführt. Dieser Artikel aber ist insgesamt Ausdruck von Unkenntnis der Lage der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, speziell der im öffentlichen Dienst. Wir sollten uns auch an den eigenen Kopf fassen und fragen: was haben denn wir zur Unterstützung dieser Demonstrationen gemacht? Ich meine: wenig bis gar nichts.

Rainer Wallentin, Bremen

... und eine Antwort des Autors

Zunächst: Über die Teilnehmerzahl der beiden Demonstrationen möchte ich mich am wenigsten streiten, weil das bei Demos in dieser Größenordnung weder aufgrund von Schätzungen noch aufgrund von Veranstalterangaben so exakt geht (auch nicht aufgrund von verkauften Karten, weil ein Teil terangaben so exakt geht (auch nicht auf-grund von verkauften Karten, weil ein Teil als Kontingent an Einzelgewerkschaften geht und deren Weiterverkauf nicht bekannt ist). Mir geht es ja auch überhaupt nicht darum, die Bedeutung der DGB-Demonstration runterzuspielen, im Gegenteil, ich stimme R.W. völlig zu, daß es sich dabei um einen erfreulichen Ausdruck von Widerstandswillen der Beamten handelt. Die Ursachen der konkreten Terminsetzung sehe ich nach wie vor anders. In der GEW, deren Mitglieder besondere Schwierigkeiten bei Urlaubnehmen oder Blaumachen hatten, gab es zahlreiche Proteste gegen den Termin, der vom Landesverband Hessen z.B. so beantwortet wurde: „Am Samstag, dem 11. September, demonstriert der Beamtenbund in Bonn. Dieser Termin war vor der DGB-Kundgebung bereits festgelegt. Somit fiel dieser Termin aus." Im weiteren wird dann begründet, warum auch der Samstag davor und danach unpassend wäre!

Aber seis drum. Der eigentliche Differenzpunkt scheint mir die Frage der Streikrechtsauseinandersetzung zu sein und von welchen Maßstäben her die Politik der Gewerkschaftsführung kritisierbar ist. Klar ist, daß gegenwärtig die Beamten nicht so ohne weiteres streiken können und werden, auch daß die Beschlüsse gegen Streikbrechertätigkeit ein unübersehbarer Fortschritt sind. Aber auch wenn man natürlich nichts übers Knie brechen sollte, ist es m.E. berechtigt und notwendig, die Führung der Gewerkschaften wegen ihrer objektiv verunsichernden Politik in der Frage des Beamtenstreikrechts zu kritisieren. Man kann die Gewerkschaftsführung (genauer: wesentliche Teile derselben) doch nicht von politischer Verantwortung freisprechen, indem man darauf verweist, daß bestimmte Teile der Beamtenschaft bewußtseinsmäßig noch nicht „so weit" seien. Man muß vielmehr von einer Gewerkschaftsführung verlangen, daß sie für die Gewerkschaftsbewegung auch strategische Perspektiven entwirft, vorwärtstreibende Politik macht.

D.h. natürlich nicht von ihr zu verlangen, daß sie die Mitglieder zum Streik aufruft, wenn die große Mehrheit das nicht realisieren kann. Aber man muß von ihr nach dem bisherigen Stand der Bewußtseinsbildung verlangen, daß sie anstrebt, das Streikrecht für die Beamten durchzusetzen und daß dabei klargestellt wird, daß das nur geht, indem die Beamten tatsächlich streiken, daß sie ferner alles tut, daß das möglich wird. Mehr hatte ich auch in dem Artikel nicht verlangt. Das aber ist heute durchaus nicht durchgängige Gewerkschaftspolitik, faktisch wird häufig eine Verunsicherungspolitik betrieben.

Erinnert sei an den letzten Poststreik, wo die Gewerkschaftsführung nicht sonderlich gut darauf vorbereitet war, wie sie die unterschiedliche Haltung der Beamten (eine kleine Minderheit, die sich dem Druck zum Streikbruch beugen wollte, eine große Mehrheit, die teils „nur" gegen Streikbruch, teils für die Teilnahme am Streik war) für ein effektives Vorgehen nutzen solle. Oder z.B. die GEW, die sogar seit 11 Jahren schon klipp und klar Streikrichtlinien für ihre beamteten Mitglieder in der Satzung stehen hat: Dort hat die Gewerkschaftsführung beim ersten größeren Versuch, für eine Arbeitszeitverkürzung zu streiken, in ziemlich übler Weise eine demobilisierende Verwirrung angestiftet, als sie auf einmal von angeblich legalen Demonstrationsstreiks und angeblich illegalen Er- auf einmal von angeblich legalen Demonstrationsstreiks und angeblich illegalen Erzwingungsstreiks redete. Deswegen liegt m.E. die Kritik am DGB-Eiertanz um das Wörtchen ‚Streikrecht' überhaupt nicht links daneben, sondern es ist dringend notwendig und möglich, hier größere Klarheit und Einheit zu erreichen, die man sicher noch gegen Teile der Gewerkschaftsführung durchsetzen muß. Für eine eindeutige Satzungsregelung würden sich aber nach meiner Einschätzung in fast allen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – die GdP ausgenommen – heute schon deutliche Mehrheiten finden, wenn die Diskussion darüber wieder aufgenommen würde. Und eine solche Satzungsregelung wäre schon besser als Zitate von Gewerkschaftsvorsitzenden.

Zur „Extra-Beamten-Demo": Mir scheint, hier sind die Differenzen gar nicht so groß. Meine Frage nach deren Nützlichkeit bezog sich auf die gleichen Umstände, die auch R.W. in Punkt 3 anspricht: daß nämlich die Aufrufe so außerordentlich eng auf die Beamtenbesoldung ausgerichtet waren. Wäre die Demo breiter gegen die Haushaltspolitik insgesamt ausgerichtet worden, wäre mir die Frage überhaupt nicht gekommen. Andererseits muß hier offen bleiben, ob auf einer solchen – richtigeren – Grundlage überhaupt eine Beamtendemo stattgefunden hätte und nicht von vornherein für die regionalen DGB-Demos mobilisiert worden wäre; das hätte aber keinen bedeutenden Unterschied gemacht und ist auch nicht so wichtig.

Weiter diskutieren muß man sicher noch über die Fragen der an diesem Beispiel auftauchenden Differenz über die angemessene Weise der Kritik der Gewerkschaftspolitik und natürlich auch über die konkrete Frage des Wegs zur Abschaffung des besonderen Dienstrechts. Zum ersteren scheint mir dabei nicht besonders weiterführend, das Haupt zu senken und sich zu fragen, was man denn selbst getan habe: Erstens haben m.W. viele Genossen einiges in ihren Gewerkschaften dafür getan, zweitens wird man ja schon noch die Gewerkschaften wegen politischer Fehler kritisieren dürfen, ohne in jedem Fall vorher richtungsweisende Artikel verfaßt zu haben. Vor allem hoffe ich jedoch, daß man sich auch in dieser Frage darauf einigen kann, Auseinandersetzungen über unterschiedliche Standpunkte nicht mit Anwürfen über angebliche „Unkenntnis der Lage der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung" totzuschlagen.

get., Frankfurt

Im Frankfurter Nordend fast zwanzig Prozent für die Grünen

Ein Beispiel für den Zusammenhang von Stadtteil- und Parlamentsarbeit

wip.Frankfurt. Am Tag nach der Hessenwahl tönte der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende Brück bereits wieder vorlaut, 92% der Wähler hätten deutlich gemacht, daß sie nicht für die Grünen seien. Über die eigene Niederlage ließ sich so nicht hinwegtäuschen. Statt dessen hat die Wahl ganz anderes ans Licht gebracht: die absolute Mehrheit hat links von der CDU gewählt. In Frankfurt hat die CDU gegenüber den Kommunalwahlen vor eineinhalb Jahren fast zehn Prozent der Stimmen verloren. Sie konnte zwar in sieben von acht Frankfurter Wahlkreisen die Direktkandidaten durchbringen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur in einem Wahlbezirk zusammen mit der FDP die absolute Mehrheit erhielt. Die SPD gewann gegenüber dem miserablen Kommunalwahlergebnis sechs Prozent dazu, kam aber, wie die CDU, im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen auf weniger Stimmen. Die Grünen erzielten in allen acht Frankfurter Wahlkreisen erhebliche Stimmengewinne. Gegenüber den Kommunalwahlen von 1981 konnten sie ziemlich gleichmäßig die Anzahl der Stimmen jeweils verdoppeln und gegenüber den Landtagswahlen von 1978 fast verdreifachen. Die Bandbreite reicht von 8,1 bis 19,5%, das Frankfurter Gesamtergebnis liegt bei 11,3%. Trotz Schmidt-Bonus, der natürlich nicht nur FDP und CDU Stimmen kostete.

Stadtteilstruktur des Nordends

Überraschend scheint, daß die Grünen ihr bestes Ergebnis nicht in den Wahlkreisen der Startbahn-Region erzielten, sondern im Frankfurter Nordend. Sie sind hier seit den letzten Kommunalwahlen im Ortsbeirat vertreten, einer Art Stadtteilparlament ohne Befugnisse. Im Nordend hatten sie schon bei den Kommunalwahlen über 10% der Stimmen (gegenüber 6,4% in Frankfurt gesamt). Das Nordend hat alle Merkmale eines typischen Sanierungsgebietes, ist aber als solches nicht ausgewiesen. Die soziale Struktur des Stadtteils ist noch ungefähr erhalten, auch wenn die Bevölkerung ziemlich umgewälzt wurde: Viele kleine Geschäfte, Handwerksbetriebe und zahlreiche Kneipen prägen das Bild. Die meisten Häuser sind an die hundert Jahre alt, in der Gründerzeit gebaut, und befinden sich in der Hand kleiner Privateigentümer. Die unmittelbare Angrenzung an die Innenstadt, die günstige Verkehrserschließung zog Spekulanten in Scharen, aber auch vielfältige Sektoren des Dienstleistungsgewerbes an. Wohnraumzerstörung und -zweckentfremdung lief zwar nicht flächendeckend, aber kaum weniger einschneidend.

In den letzten zehn Jahren hat die Bevölkerung um ca. zwanzig Prozent abgenommen. Heute leben noch knapp 60000 im Nordend. Der Anteil ausländischer Bewohner liegt bei rund 30%. Der Anteil zugezogener Studenten, Uni- und Fachschulabsolventen, Sozialberufler und ähnlicher Leute dürfte ähnlich hoch sein. Das Nordend, wie einige andere Stadtteile, ist ein Tip in der Szene. Es gibt sowas wie kommunikative Nachbarschaft. Die Mieten waren und sind zum Teil heute noch verhältnismäßig niedrig.

Tausende leben in Wohngemeinschaften, was die kommunikative Struktur des Stadtteils noch verstärkt.

Grüne Parlamentsarbeit

Soviel zum Verständnis für den hohen Stimmenanteil der Grünen. Im Nordend-Ortsbeirat sind es die Grünen, die die brennenden Themen des Stadtteils aufgreifen. Die SPD trottet, wenn es gut geht, irgendwie hinterher. Da ist der Alleentunnel, der ab 1983 für mehrere hundert Millionen Mark unter dem Stadtteil gegraben werden soll: Die Frankfurter SPD hat dieses Autobahnprojekt unter den Oberbürgermeistern Möller und Arndt geplant, als Leitlinie des Generalverkehrsplanes noch die autogerechte Stadt war, später dann diesem Projekt abgeschworen (was ihr von den Massen nicht so recht abgenommen wird, weil die sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Pläne bis zum bevorstehenden Baubeginn munter weiterbetrieb). Die CDU will den Tunnel nach wie vor bauen. Die Bevölkerungsmehrheit, insbesondere im Nordend, scheint dagegen zu sein. Die Grünen Ortsbeiräte bringen entsprechende Anträge im Ortsbeirat ein, arbeiten in der Bürgervereinigung gegen den Alleentunnel mit, beantragen Sondersitzungen des Ortsbeirats zur Verkehrsentwicklung im Stadtteil, wo es um den Tunnel geht. Sie kümmern sich um Experten und verschaffen sich selber ausreichend Sachkenntnis. Solche Sondersitzungen, zu verschiedenen Themen von den Grünen beantragt, verschaffen den Stadtteilbewohnern gute Möglichkeiten, die verantwortlichen Politiker und Sachverständigen aus der Verwaltung zur Rede zu stellen und sich untereinander über ihre Interessen zu verständigen. Der Ortsbeirat tagte früher zwar öffentlich, aber außerhalb des öffentlichen Interesses. Seitdem die Grünen im Nordend-Ortsbeirat vertreten sind, werden die Sitzungen von einer relativ großen Öffentlichkeit verfolgt. Die im Stadtteil arbeitenden Bürgerinitiativen haben ohne Umstände die Möglichkeit, Anträge an den Magistrat und an die Stadtverordnetenversammlung über die Fraktionen der Grünen im Ortsbeirat oder in der Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Sie werden von den Grünen als Anträge der jeweiligen Initiativen auch gekennzeichnet.

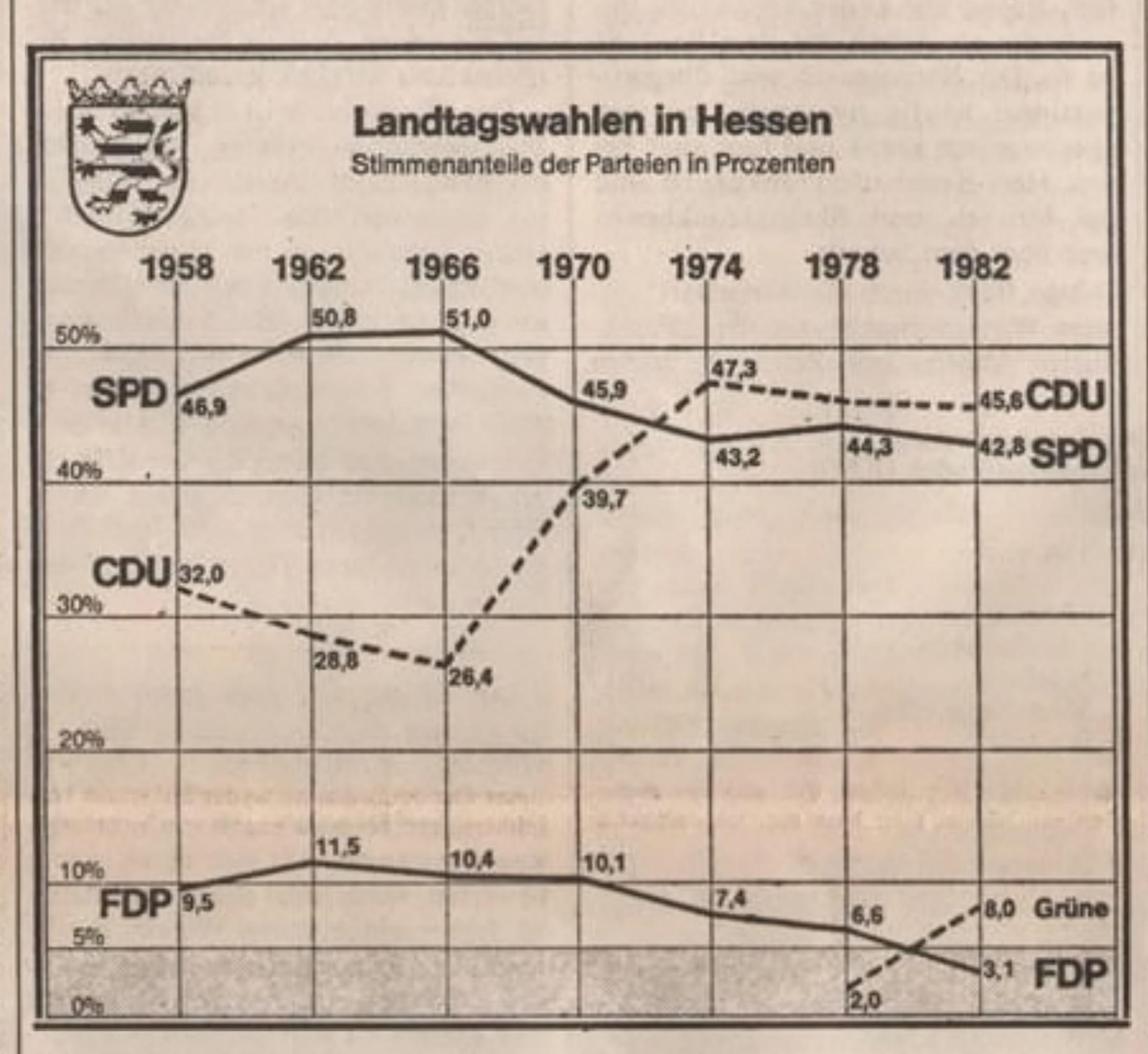
Stadtteilprobleme

Zum Beispiel ist im Nordend die *Versorgung mit Kindergartenplätzen* katastrophal. Für 1500 Kinder im Alter von einem bis zu unter drei Jahren gibt es buchstäblich nichts an öffentlichen Einrichtungen, wenn man von den Krabbelstuben absieht, die von Eltern unter hohen Kosten selbst initiiert wurden – für vielleicht hundert Kinder. Im Kindergartenalter, also von drei bis unter sechs Jahren, steht gerade für jedes zweite Kind ein Platz zur Verfügung. Die Zahl der Kinder in diesem Alter hat in den letzten Jahren ständig zugenommen – die Zahl der Kindergartenplätze hat dagegen abgenommen. Gleichzeitig hat der CDU-Magistrat die Gruppen vergrößert und im Zuge der Sparmaßnahmen die Anzahl der Erzieher verringert. Im Nordend, wo über die Hälfte der Kinder unter sechs Jahren Ausländerkinder sind, deren Aufnahme im Kindergarten doppelt wichtig wäre, verschärft sich die Situation zunehmend. Der Ortsbeirat hat mittlerweile auf Antrag der Grünen eine Sondersitzung zur Kindergartensituation im Stadtteil beschlossen, wobei der Magistrat auf eine entsprechende Anfrage der Grünen bereits feststellte, kurzfristige Lösungen zur Schaffung zusätzlicher Plätze seien nicht möglich.

Im Kampf gegen *Zweckentfremdung von Wohnraum* hat sich in den beiden letzten Jahren eine Mieterinitiative gebildet, die schon mehrere öffentlich angekündigte Stadtteilbegehungen organisierte, um die Zweckentfremdung von Wohnraum aufzuspüren und öffentlich zu machen. Die Initiative führt seit Bestehen Buch über jeden einzelnen Zweckentfremdungsverdacht und zwingt so den Magistrat, zu den einzelnen Fällen Stellung zu nehmen. Die jahrelange Deckung dieser Vernichtung von Mietwohnraum durch die städtische Verwaltung wird so erschwert. Die Ortsbeiräte der Grünen arbeiten in der Mieterinitiative mit. Sie haben auf der letzten Sitzung des Ortsbeirats beantragt, die Stadt solle eine Mieterbefragung im Nordend (Wohnraumuntersuchung) durchführen und mit der Auswertung ein unabhängiges Institut beauftragen. Einen entsprechenden Fragebogen hatte die Mieterinitiative vorbereitet. Diese Arbeit ermutigt viele Mieter in Häusern, die an Spekulanten verkauft sind, sich zusammenzuschließen und die Absichten der Spekulanten zu verhindern oder auch zu erschweren. Es vergeht kaum eine Sitzung des Ortsbeirats, ohne daß in der Bürgerfragestunde nicht ganze Hausgemeinschaften auftreten und ihren Fall von Zweckentfremdung, Mietwucher oder sonstiger Schikane vortragen.

Bei all dem wird deutlich: die Grünen Parlamentarier können die außerparlamentarischen Initiativen darin unterstützen, ihre Interessen in der Öffentlichkeit besser vertreten zu können. Sie können die Verwaltung in einem begrenzten Umfang zur Stellungnahme auffordern. *Durchsetzen* können sie dagegen nichts, auch nicht gemeinsam mit der SPD. Schließlich verfügt die CDU sowohl im Ortsbeirat wie auch in der Stadtverordnetenversammlung über die absolute Mehrheit. Wirklich interessant werden die parlamentarischen Mätzchen dagegen erst, wenn bei einer Konstellation wie jetzt im Wiesbadener Landtag die SPD Farbe bekennen muß, wie sie es mit den konkreten Interessen der Massen hält, ob sie bereit ist, gemeinsam mit den Grünen entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Dennoch ist gegenüber den hausgemachten Wahl-Einschätzungen der Grünen Zurückhaltung angebracht: das hohe Nordend-Wahlergebnis erklären sie kurzerhand aus ihrer vorzüglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Stadtteilarbeit. Die offensichtliche und einfache Tatsache, daß es viel mit der Bevölkerungsstruktur zusammenhängt, wird dagegen aus Opportunitätsgründen ziemlich verwischt. Ähnlich geschwätzig sind „Analysen", die aus den Wählern der Grünen gleich „Stammwähler" machen, wo doch die Grünen zum allerersten Mal flächendeckend erfolgreich waren. Derlei Verrenkungen sind wirklich überflüssig.



Seminar zur Studentenbewegung

30./31. Oktober in Düsseldorf

Wenn wir uns jetzt erneut mit Texten der Studentenbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre beschäftigen wollen, dann nicht allein aus historischem Interesse, gewiß auch nicht aus nostalgischer Schwärmerei für vermeintlich bessere Zeiten, sondern vor allem wegen ihrer nach wie vor aktuellen Fragestellung und ihres theoretischen Niveaus, das bis heute in der Studentenbewegung nicht mehr erreicht worden ist. Aus der antiautoritären Bewegung heraus und in dieser Bewegung selbst sind all jene Strömungen der politischen Linken enstanden, die sich heute noch antreffen lassen: die theoretische Strömung, zu der auch der KBW gehörte; schließlich bis hin zu dem Spektrum der sich selbst so nennenden undogmatischen Linken, die in Rudi Dutschke so etwas wie ihren Ziehvater hatte, heute an den Hochschulen als Basisgruppen-Strömung bezeichnet wird oder gesamtgesellschaftlich als grün-alternative Bewegung. Heute stellt sich der Linken – und vielleicht noch weit drängender als vor 15 Jahren – die Aufgabe, eine gesellschaftliche Alternative (um es modern auszudrücken) zum Kapitalismus aufzuweisen, oder (wenn dies auch etwas altmodisch klingen mag) einen revolutionären Ausweg. Erneut geht es dabei um die Rolle des Intellektuellen, des sozialistischen Kritikers, die Marx einst so formulierte: „Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole zuschreien. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will." Mit diesem Interesse wollen wir uns erneut mit Texten und Theoretikern der Studentenbewegung befassen.

Folgende Texte wollen wir dabei lesen (oder in einem Referat zusammenfassen) und diskutieren, wobei abzusehen ist, daß sie an einem Wochenende nicht alle bewältigt werden können:

- Rudi Dutschke: Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt (in: Bergmann, Deutschke, Lefèvre, Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968)
- Wolfgang Levèvre: Reichtum und Knappheit (in: ebenda)
- Bernd Rabehl: Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition (in: ebenda)
- J. Schmierer: Zur Analyse der Studentenbewegung (in: Rotes Forum 5/69) ders.: Die kritische Theorie und die Studentenbewegung – die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie bekämpfen (in: Rotes Forum 1/70)
- K.H. Roth: Joscha Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse (in: Rotes Forum 1/70)
- H.J. Krahl: Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein, in: Krahl, Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt 1971.

Diese Texte werden auch in einem Reader für dieses Seminar zusammengestellt, das erhältlich ist über: KBW Köln (z.Hd. J. Frank), Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 / 720876.

Anmeldungen bitte über die gleiche Adresse, möglichst bis 14 Tage vor Beginn des Seminars. Das Seminar findet im AStA der Universität Düsseldorf, Universitätsstraße 1, 4000 Düsseldorf, statt.

Beginn: Samstag, den 30.10., um 14 Uhr · Ende: Sonntag, den 31.10. gegen 16 Uhr.

Bei rechtzeitiger Anmeldung wird für Übernachtungsmöglichkeiten gesorgt. Das Seminar ist selbstverständlich offen für alle Interessierten.

Veranstaltungen

Bremen
Wirtschaftspolitik in Bremen: a) der neue Bremen-Plan der SPD, b) Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Werftkrise. Diskussionsveranstaltung des KBW. Haus des Sports, Eduard-Grunow-Str. 30, Zi. 45
Freitag, 1.10.1982, 20.00 Uhr

Wiesbaden
Auch das palästinensische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung. Diskussionsveranstaltung, Tattersaal.
Donnerstag, 7.10.1982, 19.00 Uhr

Frankfurt
Zur Geschichte der Philosophie: Kant, Fichte, Hegel. Vortragsreihe der Marx-Engels-Gesellschaft Rhein-Main. Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
Freitag, 8.10.1982, 20.00 Uhr (Kant)

Mainz
Landesweites Treffen der Friedensgruppen und -initiativen in Rheinland-Pfalz. Veranstalter DGB-Jugend. Schloß in Mainz
Samstag, 16.10.1982, abends

Aktionen, Kongresse gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau
Zukunft der Arbeit – Wege aus der Massenarbeitslosigkeit. Kongreß in Bielefeld von BBU, JDS, den GRÜNEN, AL Westberlin, GAL Hamburg, Judos und Jusos.
8. bis 10. Oktober

Solidaritätskonzerte mit dem libanesischen Volkssänger Marcel Khalife und seinem Ensemble Al – Mayadin zugunsten der libanesischen Volkshilfe
1.10. Westberlin, 2.10. Köln, 3.10. Wuppertal, 5.10. Aachen, 6.10. Bielefeld, 7.10. Frankfurt, 8.10. Stuttgart, 11.10. München, 12.10. Hamburg oder Bremen.

Arbeitsgruppen:

Imperialismus
Programm siehe KVZ 37
Beginn: Samstag, 9.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 10.10., gegen 13.00 Uhr

Seminar zur Inflation
16./17. Oktober

Gewerkschaftsseminar des KBW: Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche
Programm und Reader siehe KVZ 37 u. 38 jeweils Seite 12
6./7. November

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Reaktionäre Weisheit:

Bekämpfung der Kranken – nicht der Krankheiten

Strategien und Argumente gegen Ausfallzeiten infolge von Arbeitsunfähigkeit

hev. Das Muster ist bekannt. Wir kennen es von der Behandlung der Arbeitslosen. Ihre Zahl steigt von Tag zu Tag – ein unaufhaltsam scheinender Prozeß. Statt an den Ursachen dieser Entwicklung anzusetzen, werden die Arbeitslosen selbst als arbeitsunwillige Masse behandelt, mit Senkung der Arbeitslosengelder, ihrem Entzug und späterer Kleinstrente bestraft.

Ähnliches wird von FDP und CDU nun auch für die Kranken anvisiert. Graf Lambsdorff hat in seinem berüchtigten Papier gezeigt, wo's langgehen soll: bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen Prämien und Überstundenzuschläge nicht angerechnet, bei Nebentätigkeiten überhaupt keine Lohnfortzahlung geleistet werden, Teilarbeitsunfähigkeit eingeführt, die Kranken durch verstärkte Vorladung beim Vertrauensarzt schikaniert werden („Bekämpfung unbegründeter Krankschreibungen"). An die Wiedereinführung von Karenztagen, d.h. unbezahlter Tage bei Krankheit, scheinen sich z.Zt. noch nicht einmal CDU und FDP mit ihrem Lambsdorff zu wagen.

Beim Versuch, ein solches Vorgehen zu rechtfertigen, wird mit statistischem Zahlenmaterial gearbeitet, das beweisen soll, daß durch Lohnfortzahlung die Eigenverantwortung der Arbeiter gelähmt und sie sich auf Kosten ihrer Arbeitgeber mehrmals im Jahr ungestraft mit Hilfe ihrer viel zu laschen Ärzte einen faulen Lenz bescheinigen lassen können. Aber die Zahlen, mit denen gearbeitet wird, sind interessenbereinigt und beweisen nur die längst feststehenden Absichten.

Ein Ausflug in die langfristige Entwicklung des Krankenstandes ist deshalb unumgänglich. Dabei lassen sich auch die Stationen streifen, über die der heutige Stand der Lohnfortzahlung erreicht worden ist.

Lohnfortzahlung und Krankenstand

Als die Arbeiterbewegung 1957 das „Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter in Krankheitsfall" durchgesetzt hatte, war der Krankenstand schon vorher deutlich gestiegen. Das Gesetz selbst hatte eine nur geringe Auswirkung auf den Krankenstand. Ein enger Zusammenhang bestand aber zur Abnahme der Arbeitslosen, deren Quote 1950 noch 11% betragen hatte und bis 1960 auf 1,3% abgefallen war. Das Standardargument der Kapitalisten, die eine geringe Arbeitslosigkeit immer als ungesund für die Arbeitsmoral ansehen, war, daß die wirtschaftliche Entwicklung den Arbeitern das Krankfeiern erleichtert habe, weil sie ihren Arbeitsplatz „sicher" hatten.

Der Zusammenhang war aber ein ganz anderer: Mit dem Wirtschaftsaufschwung wurden auch Arbeiter, deren Gesundheitszustand durch Krieg und Nachkriegszeit zerrüttet war, wieder in den Produktionsprozeß integriert, auch gefördert durch das Schwerbehindertengesetz von 1953. Gleichzeitig führte der erbarmungslose (Korea-) Boom zu erheblichen Überlastungen bei den Arbeitern durch die Ausweitung von Überstunden und Schichtarbeit, was Anfang der 60er Jahre mit einem relativ hohen Krankenstand bezahlt werden mußte. Möglicherweise spielte hier die Absicherung des Nettolohnes – die Krankengeldzahlung wurde von 90% auf 100% angehoben – eine Rolle. Dagegen spricht, daß der Krankenstand in den folgenden Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist.

1970 fiel der noch bestehende Karenztag weg. Daraufhin fiel der Krankenstand von 6% 1959 auf 5,4% 1971. Haben die Kapitalisten unrecht? Diesmal lagen die Ursachen anderswo, in der Statistik selbst. Bis 1969 wurden durch die Statistik der Krankenkassen überwiegend die Arbeiter erfaßt. Diese hatten Anspruch auf Krankengeld der Kassen. Die Angestellten bekamen damals schon Gehaltsfortzahlung für 6 Wochen, erfaßt wurden durch die Statistik also lediglich diejenigen, die länger krank waren oder ins Krankenhaus eingewiesen wurden. 1970 bekamen auch die Arbeiter im Falle von Krankheit Lohnfortzahlung vom Arbeitgeber wie die Angestellten. Zur Grundlage der Statistik wurde jetzt nicht mehr die Krankengeldzahlung, die ja bei allen erst nach 6 Wochen einsetzte, sondern die Lohnfortzahlung gemacht. Zum erstenmal waren nun Arbeiter und Angestellte gleichermaßen und entsprechend ihrem tatsächlichen Gewicht erfaßt, und genau das führte zur Senkung des Krankenstandes, der bei den Angestellten insgesamt niedriger liegt als bei den Arbeitern. Unbedingt also muß man festhalten: die Krankenstandsdaten von vor und nach 1970 sind nicht vergleichbar!

Aufstellung der Ortskrankenkassen mit hohen und niedrigen Krankenständen (KMI)
1980
Krankenstand [1]) in v. H.

über 7,0:		Lübeck	7,20
Frankfurt/Main	8,59	Oberhausen	7,19
Berlin	7,92	Mülheim	7,19
Offenbach	7,90	Mönchengladbach	7,15
Hamburg	7,88	Bochum	7,14
Remscheid	7,83	Heidelberg	7,13
Neuss/Stadt	7,81	Kaiserslautern	7,09
Kempen	7,65	Gummersbach	7,08
Krefeld	7,59	Bottrop	7,01
München	7,58		
Wuppertal	7,52	**unter 4,0:**	
Gelsenkirchen	7,43	Borkum	2,55
Duisburg	7,43	Wittmund Esens	2,68
Flensburg	7,43	Garmisch Patenk.	3,16
Essen	7,39	Koblenz	3,21
Mannheim	7,37	Bremervörde	3,57
Bonn	7,35	Aurich	3,57
Rheinberg	7,25	Neuhaus/Oste	3,70
Dortmund	7,24	Leer	3,79
Düren	7,23	Helgoland	3,99
Mainz	7,21		

[1]) Arbeitsunfähig kranke Pflichtmitglieder ohne Rentner, Studenten, Jugendliche, Behinderte, landwirtschaftliche Unternehmer sowie Wehr-, Zivil- und Grenzschutzpflichtdienstleistende in v. H. der genannten Pflichtmitglieder insgesamt. Jahresdurchschnitt ermittelt aus den Stichtagsergebnissen des Jahres und dem Januarstichtagsergebnis des Folgejahres.

Das grobe Raster des Krankenstandes sagt sowieso recht wenig aus. Mit ihm läßt sich in etwa sagen, daß von 1954 bis 1980 eine sehr leichte durchschnittliche jährliche Zunahme von nur 0,35% eingetreten ist. Klammert man die Jahre des schnellen Anstiegs von 1954 bis 1960 aus, so ergibt sich gar eine leichte Abnahme um 0,31% jährlich. Kurzum: Der Krankenstand ist im wesentlichen gleich geblieben.

Erst die Detailbetrachtung gibt Erkenntnisse her, die dann allerdings nicht mehr für platte politische Polemiken taugen. Ziemlich aufschlußreich ist z.B. die hier wiedergegebene Aufstellung der Ortskrankenkassen mit hohen und niedrigen Krankenständen aus dem Jahre 1980. Westdeutschlands Großstädte scheinen nicht besonders gesundheitsfördernd zu sein, das viel verlachte und von der Wirtschaft vernachlässigte Ostfriesland weist nur ein Drittel der arbeitsunfähig Kranken Frankfurts auf. In der Länderstatistik überragen die Stadtstaaten Hamburg, Berlin, etwas weniger Bremen zusammen mit dem hochindustrialisierten Bundesland Nordrhein-Westfalen bei weitem Niedersachsen und Bayern. Oder sind die Arbeiter Hamburgs fauler als die in Bayern?

Krankenstand nach Wirtschaftsgruppen

Aus den Zahlen, die bei den Betriebskrankenkassen geführt werden, lassen sich die für die Gesundheit risikoreichen Branchen herausfiltern (s. Tabelle Krankenstand nach Wirtschaftsgruppen). Am niedrigsten liegt er in der Branche Energie/Wasser und bei Handel/Kredit. Am höchsten in der Verwaltung (!), bei den Verkehrsbetrieben und im Hüttenwesen. Das ist erstaunlich. Büroarbeit in der Verwaltung ungesünder als Arbeit auf dem Bau? Es ist so. Der Büromensch wird überproportional häufig psychisch und psychosomatisch krank und liegt auch bei den Herz-Kreislauferkrankungen und bei Muskel- und Skelettkrankheiten weit über dem Schnitt.

Im „Blick durch die Wirtschaft", einem Wirtschaftsmagazin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", stellen die Autoren in einer Serie zu Fehlzeiten in Unternehmen und Verwaltung die Frage, ob die Büros eine Brutstätte für Neurosen seien. Und sie zitieren die dümmlichen „Argumente" von Führungskräften, die sie berufsmäßig ausbilden müssen: „Die Menschen sind eben dünnhäutiger geworden."

Fast auf Knien flehen sie diese Führungskräfte an, sich eines kooperativen Arbeitsstils zu befleißigen und den Ursachen der Fehlzeiten auf den Grund zu gehen. Diese seien meistens hausgemacht und hingen vom äußeren und inneren Klima im Betrieb ab. Es gäbe Abteilungen, die in ihrem Charakter unbedingt gleich seien, und trotzdem wiesen sie weit auseinanderklaffende Fehlzeiten auf. Es gibt Untersuchungen über den Einfluß des Führungsstils auf die Arbeitslust und das subjektive Gefühl krank oder gesund, die alle darauf hinweisen, daß ein bestimmtes Betriebsklima wirklich krank macht.

Das Klima alleine ist es jedoch nicht. Je nachdem, in welcher Position sich der Arbeiter oder Angestellte befindet, in „verantwortlicher Tätigkeit" oder in einer „Tätigkeit, die mit keiner Verantwortung verbunden war", ist er gesünder oder kränker. Bei Metallschmelzern betrug dieser Unterschied, in Fehlzeiten ausgedrückt, immerhin 12 Tage im Jahr (15 gegen 27). Alle diese Ergebnisse sind bezüglich der Klassenverhältnisse im Betrieb wenig trennscharf, sie zeigen aber doch, daß diese Verhältnisse ihren Tribut an Krankheiten fordern.

Der Wandel bei den Krankheitsarten

Die längerfristige Entwicklung des Krankenstandes läßt sich nicht richtig bewerten, wenn nicht der in den letzten 30 Jahren eingetretene Wandel in den Krankheitsarten berücksichtigt wird. Die Krankheiten haben sich im großen und ganzen zu den chronisch-degenerativen hin verschoben. Allein von 1975 bis 1979, in nur 5 Jahren, ist der Anteil der Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes an den Arbeitsunfähigkeitsfällen bei den Ortskrankenkassen von 15,9% auf 18,7% gestiegen. Diese Erkrankungen führen zu längeren Zeiten von Arbeitsunfähigkeit als der Durchschnitt (21 gegen 17 Tage).

Die chronischen Herz-Kreislaufkrankheiten nehmen immer noch zu, der Herzinfarkt ist nur der dramatische Endpunkt eines chronischen Prozesses, in dem der Streß jeglicher Ursache eine wichtige Rolle spielt. Hier sind die Arbeitsbedingungen im wesentlichen verantwortlich zu machen. Dafür spricht z.B. der überdurchschnittlich hohe Anteil dieser Erkrankungen bei Straßenbahn- und Busfahrern und bei den Arbeitern in den Hüttenbetrieben der Metallindustrie. Der etwas höhere Krankenstand bei den Ausländern findet seine Erklärung auch nicht in der Mentalität angeblich fauler Kanaken, die das soziale Netz als Hängematte sehen, sondern darin, daß von den ausländischen Arbeitern die risikoreichsten Arbeitern verrichtet werden, die sie zwangsläufig fertigmachen.

Das gleiche gilt für die Arbeitsunfähigkeiten der Frauen, die häufig die ödesten Arbeiten verrichten müssen. Im übrigen ist es ein weit verbreitetes Vorurteil, daß Frauen häufiger krank sind als Männer. Ihr um 0,5% höherer statistischer Krankenstand lediglich in der Altersgruppe der 25- bis 35jährigen resultiert aus Fehlzeiten wegen Schwangerschaft, die ja bekanntlich keine Krankheit ist, aber auch Geld kostet.

Wie bei einer falsch verstandenen Verbrechensbekämpfung nicht die Ursache für die Zunahme der Verbrechen ergründet und beseitigt wird, sondern mehr Polizei engmaschiger und brutaler zupacken soll, schlägt nun Lambsdorff in echt liberalem Geist eine Verschärfung der vertrauensärztlichen Kontrolle der Kranken vor. Jeder weiß, daß davon niemand gesund wird. Darum geht es auch nicht, sondern darum, die Fehlzeiten zu verringern. Die Frage ist nur, ob selbst das durch eine verschärfte vertrauensärztliche Kontrolle zu erreichen ist. Die Erfahrungen mit den Massenvorladungen der 50er und 60er Jahre dürften eigentlich noch nicht vergessen sein. Damals wurden zwischen 25 und 45% aller Kranken zum Vertrauensarzt vorgeladen, ohne daß irgendein Effekt auf die Quote des Krankenstandes erreicht worden wäre. Als nach dem Lohnfortzahlungsgesetz 1970 nur noch rund 5% der Kranken dort erscheinen mußten, änderte sich der Krankenstand nicht – weil die Leute halt wirklich krank waren. Die paar eingefleischten Faulenzer, die es auch gibt, sind so geschickt, daß sie auch durch eine Kontrolle beim Vertrauensarzt, der heute vornehmer „Sozialärztlicher Dienst" heißt, durchschlüpfen.

Weil gegen die Kranken auch immer mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit argumentiert wird, zum Schluß noch einige Vergleichszahlen aus anderen Industrieländern. 1979 betrugen die Fehlzeiten aufgrund von Krankheit, Kur, Mutterschaft und Unfall in der Bundesrepublik 7,3%, in Frankreich (1975) 7,1%, in den Niederlanden (1979) 10%, in Italien (1978) 8,9% und in Schweden (1978) 10,7%. Niedriger lagen sie in den USA (1978) mit 2,3%, wo Kranke ohne große Umschweife gekündigt werden können.

Die niedrigen Fehlzeiten in Japan (1977) mit 1,2% gelten den hiesigen Unternehmerkreisen als vorbildlich, sie sind, wie die Autoren der o.g. Serie betonen, „nach wie vor ein Rätsel", weil sie die Untersuchungen der deutschen Gewerkschaften über die himmelschreienden sozialen Bedingungen, unter denen die Mehrzahl der japanischen Arbeiter und Angestellten leben muß, nicht kennen.

Wer in die Lage versetzt wird, im Betrieb oder sonstwo Argumentationshilfen gegen die Drangsalierung erkrankter Arbeiter und Angestellter oder Beamter zu benötigen, dem seien die hier zitierten statistischen Arbeiten im Bundesarbeitsblatt vom September 1982 und in „Die Ortskrankenkasse" Nr. 15/82 zur Lektüre empfohlen. Nützlich ist auch die Serie im „Blick durch die Wirtschaft", die zwischen 15. April und 28. Juni 1982 in unregelmäßiger Folge erschienen ist.

Krankenstand [1]) nach Wirtschaftsgruppen (nur BKK'n)

Wirtschaftsgruppe	Krankenstand in v. H. der Pflichtmitglieder [2]) im Jahresdurchschnitt [3])					
	1981			1980		
	Männer	Frauen	Insges.	Männer	Frauen	Insges.
Hüttenwesen	6,82	5,67	6,75	7,84	6,23	7,73
Metallindustrie	6,37	6,82	6,47	6,86	7,74	7,05
Chemie/Mineralöl	6,40	6,72	6,47	6,95	7,36	7,04
Leder/Textil	5,60	6,08	5,82	6,17	6,98	6,54
Steine/Erden	6,29	5,75	6,14	7,04	6,36	6,86
Baugewerbe	6,44	3,57	6,28	6,86	4,16	6,72
Holz/Papier/Druck	6,21	6,27	6,23	6,70	7,37	6,85
Nahrung/Genuß	5,38	6,34	5,77	5,77	7,34	6,40
Energie/Wasser	4,74	4,58	4,71	4,92	5,18	4,97
Verkehrsbetriebe	6,77	6,88	6,79	7,08	7,17	7,09
Handel/Kredit	4,35	4,84	4,69	4,62	5,43	5,18
Verwaltung	7,94	7,48	7,72	8,03	7,78	7,91
Insgesamt	6,77	6,93	6,82	7,29	7,59	7,38

[1]) Arbeitsunfähigkranke Pflichtmitglieder in v. H. der Pflichtmitglieder
[2]) Pflichtmitglieder ohne Rentner, Studenten, Jugendliche, Behinderte, landwirtschaftliche Unternehmer sowie Wehr-, Zivil- und Grenzschutzpflichtdienstleistende
[3]) Jahresdurchschnittswerte, ermittelt aus den Stichtagsergebnissen des Jahres und den Januarstichtagsergebnissen des Folgejahres

Schwedens Wähler wollen Sozialversicherung verteidigen

coi.Stockholm. „Die Stockholmer Aktienbörse reagierte kaum auf den sozialdemokratischen Wahlsieg", berichtete die schwedische Presse am Dienstag nach der Wahl, der Wahlausgang sei erwartet gewesen. Die gelassene Reaktion dieses so empfindlichen Indikators der Einschätzungen und Erwartungen des Kapitals steht scheinbar im krassem Gegensatz zur heftigen, angeblich 100 Mio. skr teuren Kampagne der Unternehmensverbände vor den Wahlen gegen die Sozialdemokratie und die von ihr propagierten Einführung der „Arbeitnehmerfonds"*. Mit diesen Fonds würde die freie Marktwirtschaft beseitigt und der Sozialismus eingeführt, und Kapitalvertreter drohten öffentlich mit Betriebsschließungen und Auslagerung ins Ausland.

Daß die Sozialdemokratie trotz dieser wilden Propaganda wiedergewählt wurde, ist wenig verwunderlich in einem Land, wo das Produktivvermögen in so wenigen Händen konzentriert ist. Allein die Familie des kürzlich dahingegangenen Marcus Wallenberg verfügt über ca. die Hälfte des schwedischen Industriekapitals. Erstaunlicher ist, daß laut Meinungsumfrage vor der Wahl eine große Mehrheit der Bevölkerung gegen die oder zumindest skeptisch gegenüber der Einführung von „Arbeitnehmerfonds" ist, einem zentralen Programmpunkt der SAP. Warum also wurde die SAP jetzt wiedergewählt, nachdem sie in der Wahl 1976 ihre 44 Jahre währende Regierungsstellung an den bürgerlichen Block aus Konservativen, Bauernzentrum und Liberalen verloren hatte, und auch die Wahlen 1979 nicht hatte gewinnen können. Olaf Palme, Vorsitzender der SAP und künftiger Ministerpräsident, beantwortete die Frage noch in der Wahlnacht mit dem Hinweis auf den Wunsch der Bevölkerung auf eine politische Veränderung nach den 6 Jahren „bürgerlicher Herrschaft". Letztere steht stark fühlbar für die arbeitende Bevölkerung, für die „Entfaltung der Kräfte des Marktes" und für eine „Schmachtriemenpolitik": Steuererleichterungen fürs Kapital, Verschlechterung des Kündigungsschutzgesetzes, Einfrieren des Arbeitslosengeldes, teilweise Abkoppelung der Rentenerhöhung von der Inflationsrate, Einführung von Karenztagen in der Krankenversicherung, Kürzung der staatlichen Zuschüsse für die Sozialausgaben der Kommunen usw. Und in krassem Gegensatz zu den beschworten Absichten dieser Politik steht Schweden heute mit der seit Jahrzehnten höchsten Arbeitslosenziffer (3,7% offen arbeitslos und doppelt soviele in Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsprogrammen) und mit dem höchsten Staatshaushaltsdefizit da. Weitere Sparmaßnahmen in Höhe von 12 Mrd. skr zur Sanierung der Staatsfinanzen hatte die Regierung Fäldin bereits angekündigt.

Die Sozialdemokratie hat diese Sparpolitik als sozial ungerecht und wirtschaftlich defensiv angegriffen. Sie propagiert dagegen die Verteidigung des Sozialversicherungssystems und eine expansive staatliche Investitions- und Beschäftigungspolitik à la Keynes. Sie gab vier konkrete Versprechen ab, den Karenztagebeschluß aufzuheben, die volle Inflationsanpassung der Renten wieder herzustellen, das Arbeitslosengeld von 230 auf 280 skr pro Tag zu erhöhen und die staatlichen Zuschüsse für die kommunale Kinderbetreuung zu erhöhen. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Punkte auf 24% Prozent, wobei die Erhöhung des Kindergeldes kinderreiche Familien entlasten soll, und durch eine 0,5%ige Erhöhung der Zahlung der Kapitalisten an die Arbeitslosenkassen, die jedoch von der kommenden Lohnerhöhung abzuziehen ist. Unmißverständlich ist auch die Ankündigung der SAP im Rahmen der Festlegung des kommenden Staatsbudgets nach Sparmöglichkeiten zu suchen und ihr Apell an die Lohnabhängigen, Lohnmäßigung zu üben und dafür mittels „Arbeitnehmerfonds" Einfluß auf Investitionen zu gewinnen.

Zwar ist die Absicht der SAP unverkennbar, die schlimmsten Auswirkungen der Krise auf die Massen zu mildern, doch ist auch den Wählern der SAP nicht entgangen , daß hier an die Lohnabhängigen mit der Linken insgesamt nur höchstens soviel verteilt werden soll, wie ihnen mit der Rechten abgenommen wird. Der Wahlerfolg der SAP gründet sich auch auf die Hoffnung, mit Hilfe der klassischen Politik der Sozialdemokratie, der „Solidarität" unter den Lohnabhängigen, des „Einvernehmens" zwischen Kapital und Arbeiterbewegung und einer aktiven Wirtschaftspolitik des Staates die Krise zu überwinden und an vergangene bessere Zeiten wieder anzuknüpfen, für die Sozialdemokratie immer noch steht. Palme hat bereits in der Wahlnacht die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg angeboten und die „Arbeitnehmerfonds" zur Diskussion gestellt nach dem Motto es werde nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Es ist da verständlich, wenn die schwedischen Kapitalisten den sozialdemokratischen Wahlsieg nicht als Bedrohung ansehen, sondern als unter gegebenen Umständen zweitbeste Lösung.

Der bürgerliche Block ist insgesamt zwar geschwächt aus den Wahlen herausgegangen, doch die Konservativen, die einen offenen Kurs gegen das soziale Netz steuern, haben viele Stimmen hinzugewonnen. Bauernzentrum und vor allem die Liberalen sind zwischen Konservativen und SAP heftig zerrieben worden. Die eurokommunistische VPK, auf deren Stimmen die SAP im Parlament angewiesen ist, widersetzt sich jeglicher Mehrwertsteuererhöhung. Die neugegründete Umweltschutzpartei hat die 4%-Hürde ins Parlament nicht überschreiten können, da viele ihrer potentiellen Wähler VPK oder SAP gewählt haben, um eine erneute Regierung des bürgerlichen Blocks zu verhindern.

* Arbeitnehmerfonds: regionale Aktienfonds, die durch Arbeitgeberabgaben, die bei den Lohnverhandlungen verrechnet werden, und durch Abschöpfung von „Übergewinnen" finanziert werden, und von allen Lohnabhängigen gewählten Vertretern geleitet werden. Der Aktienbesitz der Fonds wird mit den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen geteilt. Letztere dürfen jedoch über nicht mehr als 20% des betrieblichen Aktienkapitals verfügen.



Angesichts der Weltwirtschaftskrise wächst die Massenbewegung in Lateinamerika und setzt vor allem die auf monetaristische Systeme bauenden Junten unter Druck. *Foto:* Demonstration in Argentinien. In Bolivien mußte die Junta aufgrund einer breiten Demonstrations- und Streikbewegung das gewählte aber durch den Putsch bisher nicht zusammengetretene Parlament wieder in seine Rechte setzen.

Positionen zum Nahost-Konflikt

Die hier von mir vorgelegten Positionen sollen die Diskussion im KBW konzentrieren und als Vorlage für eine evtl. Beschlußfassung durch die Bundesleitung des KBW dienen. Zu einigen Gegenargumenten nehme ich auf Seite 15 dieser Ausgabe Stellung.

1. Mit der Aggression Israels im Libanon hat die PLO eine schwere militärische Niederlage erlitten. Israel führte und führt den Krieg, um im Libanon eine ihm genehme Regierung zu installieren, die politischen und militärischen Strukturen der PLO zu vernichten, hierdurch weitere politische Initiativen der PLO zu verhindern und die Westbank annexionsreif zu machen. Die Israelis haben einen militärischen Sieg errungen, haben dabei aber ihre Maximalziele, Liquidierung der PLO-Streitkräfte bzw. bedingungslose Kapitulation, Vernichtung der PLO im gesamten, nicht erreicht. Die Etablierung einer Marionettenregierung scheint ihnen nicht zu gelingen.

2. In der militärischen Niederlage gab es Elemente, durch die die Palästinenser erhobenen Hauptes die Stadt verlassen konnten. Vor allem, daß sie nicht bedingungslos kapitulieren mußten und daß sie lange Zeit, wie keine arabische Armee zuvor, der israelischen Armee standgehalten hatten.

3. Trotz der militärischen Niederlage hat der Krieg Umwälzungen gefördert, aufgrund derer die Lage der Palästinenser nicht unbedingt hoffnungslos ist.

4. In Israel ist eine breitere Opposition entstanden. Die Stimmung in der Bevölkerung hat begonnen, für eine friedliche Vereinbarung mit den Palästinensern und den arabischen Staaten umzuschlagen.

5. Die arabischen Staaten sind mehr denn je gezwungen, sowohl aus inneren wie aus äußeren Gründen eine gemeinsame realistische Initiative für die Rechte des palästinensischen Volkes zu initiieren. Der Krieg hat endgültig das Scheitern der Konfrontationsfront zu Tage gebracht, die nie über eine solche Strategie verfügte. Der jetzigen Initiative haben sich nur noch Libyen und Südjemen entzogen. Ägypten wird trotz der negativen Folgen des Camp-David Separatfriedens reintegriert, was das arabische Lager nur stärken kann.

6. Die PLO hat international an Ansehen gewonnen. Andererseits ist die internationale Kritik an Israel gewachsen. Eine besondere Bedeutung haben hier die westeuropäischen Staaten, die mehr als die USA dem arabischen Lager entgegenkommen müssen, wenn sie ihre Kapitalinteressen im Nahen Osten wahren und eine Konfrontation der Supermächte verhindern wollen. In diesem Zusammenhang muß das Pochen auf der Nazi-Vergangenheit und einer angeblich daraus folgenden Verantwortung gegenüber Israel als direkt reaktionär angesehen werden. Die Gefahren einer möglichen Verfälschung der deutschen Geschichte durch interessierte Kräfte müssen an anderer Stelle bekämpft werden als durch eine Zurückhaltung in der Kritik an Israel.

7. Die USA sind aufgrund des Krieges gezwungen, positiver gegenüber den arabischen Staaten aufzutreten. Auch ihnen ist endgültig klargemacht worden, daß sich der Kampf des palästinensischen Volkes nicht gewaltsam zerschlagen läßt. Daher müssen die USA auch zu einer Regelung dieses Konfliktes schreiten, um ihre Interessen im Nahen Osten zu wahren.

8. Die Interessen des US-Imperialismus sind Sicherung der Ölquellen, Aufrechterhaltung der internationalen Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Nahoststaaten, Aufrechterhaltung der Interessen des amerikanischen Kapitals in der Region, Eindämmung der islamischen Revolution, Eindämmung des sowjetischen Vordringens im Mittleren Osten, Hegemonie über den gesamten Raum. Zu diesem Zweck strategische Allianz mit Israel und den arabischen Staaten.

9. Die Sowjetunion hat strategisch an Einfluß im Nahen Osten verloren. Das begann mit dem Hinauswurf aus Ägypten. Die Grundlage für das Schwinden des sowjetischen Einflusses ist das Scheitern des sowjetischen Entwicklungsmodells in der Dritten Welt und die mangelnden ökonomischen Potenzen der SU, die sie für die meisten arabischen Länder uninteressant macht, es sei denn, die Beziehungen basieren auf Waffenlieferungen. Das Versagen der sowjetischen Waffen hat aber auch diese Beziehungen untergraben.

10. Das Ziel der Erringung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes kann heute nur über einen Teilstaat im Westjordanland und Gaza erreicht werden. Für die Errichtung eines solchen Teilstaates bleibt den Palästinensern nicht mehr viel Zeit. Die forcierte Siedlungspolitik Israels kann ab einem bestimmten Zeitpunkt eine Einverleibung dieser Gebiete in den israelischen Staat unumkehrbar machen.

11. Es gibt nun zwei Friedenspläne. Der arabische Plan von Fes bildet das zur Zeit weitgehendste realistische Programm. Gefordert wird ein palästinensischer Teilstaat unter Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung der Palästinenser. Dagegen wird implizit eine Anerkennung Israels angeboten.

12. Die Anerkennung Israels ist keine prinzipielle Frage. Sie folgt letztlich unausweichlich. Sie muß von den arabischen Staaten als Verhandlungsobjekt eingesetzt werden, um Israel zu Zugeständnissen zu bewegen. Es gibt eine jüdisch-israelische Nation. Ihre Grenzen und die Staatsbürgerschaft müssen festgelegt werden. Gerade das fürchtet aber der Zionismus, weil somit international anerkannt festgelegt ist, daß dieser Staat nicht mehr für das Weltjudentum agiert und daß jegliche Gebietserweiterung illegal ist. Aus diesem Grund und weil die USA eine Anerkennung Israels durch die PLO für eine Anerkennung der PLO durch die USA fordern, ist nicht auszuschließen, daß sich eine Mehrheit in der PLO schließlich zu einer einseitigen Anerkennung Israels entschließt. Je nach den politischen Bedingungen in Israel und je nach Stand von Verhandlungen könnte ein solcher Schritt positive Folgen haben.

13. Gegenüber dem arabischen Friedensplan ist der amerikanische Plan vor allem darin zu kritisieren, daß er einen palästinensischen Staat ablehnt und die PLO wie auch den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes nicht einmal erwähnt. Stattdessen wird eine Autonomie in Konföderation mit Jordanien gefordert. Dabei soll auch der eine oder andere territoriale Kompromiß geschlossen werden.

14. Der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes war und ist die Grundlage dafür, daß die Forderungen des palästinensischen Volkes auf der Tagesordnung gehalten werden. Der bisherige Verlauf dieses Kampfes zeigt aber, daß er militärisch nicht zu gewinnen ist. Hoffnungen auf einen oppositionellen Prozeß in Israel selber sollten nicht überbewertet werden. Daß das israelische Volk selber diesen unabhängigen Staat zugesteht, ist erst auf längere Sicht zu erwarten. Die Politik der geschaffenen Tatsachen muß aber jetzt sofort gestoppt werden.

15. Ein palästinensischer Staat ist ohne internationale Garantien nicht durchzusetzen. Das heißt praktisch, er wäre ohne die USA nicht durchzusetzen, denn nur sie verfügen über Mittel, Israel hierzu zu zwingen.

16. Der Reagan Plan enthält positive Ansätze und kann zum Ausgangspunkt für eine letztendliche Durchsetzung der Forderungen von Fes werden. Sollte es wirklich zu einer Autonomie in Assoziation mit Jordanien kommen, so wäre eine israelische Annexion wie auch weitere israelische Besiedlung verhindert. Die PLO erhielte eine territoriale Basis. Hiervon ausgehend wäre ein palästinensischer Staat auch keine Utopie mehr, wenn erst einmal eine gewisse Zeit der internationalen Überwachung verstrichen ist. Das palästinensische Volk und die arabischen Staaten sind stark genug, um dann ab einem bestimmten Zeitpunkt Jordanien zu einer Entlassung des autonomen Gebietes in die Eigenstaatlichkeit zu bewegen. Der Zeitpunkt würde auch von dem Stand der politischen fortschrittlichen Bewegung in Israel abhängen.

17. Der Reagan Plan ist nur ohne Likud Regierung durchzusetzen. Verhandlungen sind nur möglich mit einer sozialdemokratischen Regierung. Die Entwicklungen im israelischen Volk lassen einen solchen frühzeitigen Regierungswechsel möglich erscheinen. Aber auch eine sozialdemokratische Regierung müßte von den USA zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen werden, da deren Version einer „jordanischen Option" für die Palästinenser und die arabischen Staaten nicht annehmbar ist. Aufgrund der imperialistischen Interessen der USA ist davon auszugehen, daß die USA auch versuchen werden, diesen Druck auszuüben.

18. Eine Reihe von Fragen sind natürlich im voraus schwer einzuschätzen. Dazu gehört die weitere Entwicklung im Libanon. Allgemein ist aber sicher, daß eine endgültige Durchsetzung der Interessen der libanesischen Nation auf Selbstbestimmung nur im Rahmen einer Gesamtlösung für den Nahen Osten erreicht werden kann, deren Kern die Frage des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes ist.

19. Die hiesige Solidaritätsbewegung kann nicht mit Massenbewegungen der Straße in dieser Frage rechnen. Für die Komitees und Gesprächskreise, die sich z.T. erst wieder aufgrund der israelischen Aggression gebildet haben, stellt sich vor allem die Aufgabe einer Aufklärungsarbeit über die Zusammenhänge im Nahen Osten und über die Beziehungen von regionalen Konflikten und einem drohenden Weltkrieg. Eine solche Aufklärungsarbeit wird sich positiv auswirken auf die Aktionen der Friedensbewegung. Vor allem müssen dabei Positionen über die Aufgaben einer demokratischen Außenpolitik erarbeitet werden, die von hier aus dem Kampf des palästinensischen Volkes nützen. Mit einem zu erwartenden Einzug der Grünen ins Bundesparlament wird die Solidaritätsbewegung ein Konzept gegenüber der bürgerlichen Nahost-Politik vertreten müssen. *thm.*

Die Gesellschaft im Untergrund

Prinzipien einer Programmerklärung der Untergrundleitung von „Solidarität“

Die Provisorische Koordinierungskommission unterbreitet hiermit für die öffentliche Diskussion die vorläufigen Prinzipien einer Programmerklärung über „Die Gesellschaft im Untergrund“.

1. Die Erfahrung der acht Monate Kriegsrecht lehrt uns, daß der Kampf für unsere Ziele die Teilnahme der ganzen Gesellschaft erfordert – einer Gesellschaft, die sich ihrer unveräußerlichen Rechte bewußt ist und sich für Aktivitäten mit langem Atem organisiert. Der Krieg der Staatsmacht gegen die Gesellschaft dauert noch immer an; nur die Taktik wechselt. Heute kämpfen die staatlichen Behörden nach aussen hin gegen die Gewerkschaft „Solidarität“, tatsächlich aber greifen sie, indem sie die Abkommen vom August 1980 in Frage stellen, die grundlegenden Interessen der ganzen Gesellschaft an. Unter dem Deckmantel des Kriegsrechts wird die Koalitionsfreiheit, die wir im August 1980 errungen haben, überhaupt liquidiert, und das Parlament hat (unter dem Stiefel der Machthaber) Gesetzen zugestimmt, die alles zurücknehmen, was wir vor dem Dezember (1981) erreicht haben. Die Gesellschaft ist jeglicher Möglichkeiten zu einer unabhängigen Aktivität und einer aktiven Teilnahme am politischen Leben beraubt worden. Die Behörden beabsichtigen, eine politische und rechtliche Ordnung zu schaffen, die jede gesellschaftliche Aktivität untersagt. Alle Entscheidungen und alle Versprechen der Machthaber zielen nur darauf ab, Zeit zu gewinnen. Sie hoffen, daß eine Gesellschaft, die vom Kampf um ihren Lebensunterhalt erschöpft ist und jeder Perspektive beraubt ist, sich mit dem Verlust ihrer Identität abfinden wird.

Die Provisorische Koordinierungskommission geht von dem Prinzip aus, daß nur eine gesellschaftliche Verständigung es Polen erlauben wird, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu finden. Die Vorschläge für diese Verständigung sind durch die Gewerkschaft, durch die Kirche und durch verschiedene gesellschaftliche Gruppen klar niedergelegt worden. Als Antwort stehen wir vor einer Mauer des Schweigens. Die Staatsmacht will ausschließlich einen sozialen Frieden, der auf Gehorsam und Arbeit beruht. Arbeit unter den Bedingungen von Vergeudung und Ausbeutung.

2. Unser Ziel ist die Errichtung einer selbstverwalteten Gesellschaft, entsprechend dem Programm, das der Erste Kongreß der „Solidarität“ verabschiedet hat. In der gegenwärtigen Situation können wir dieses Ziel nur durch eine Bewegung zur Schaffung einer Untergrundgesellschaft erreichen.

Die Provisorische Koordinierungskommission ruft auf, eine Bewegung zum allgemeinen Widerstand und zur Schaffung einer Untergrundgesellschaft ins Leben zu rufen. Diese Bewegung wird sich mit den verschiedenen Formen gesellschaftlichen Lebens und gesellschaftlicher Aktivitäten zu befassen haben, sie wird alle gesellschaftlichen Gruppen und Kreise erreichen müssen, in der Stadt ebenso wie auf dem Lande. Das wird die entscheidende Bedingung ihrer Stärke sein, da nur dies die Staatsmacht daran hindern kann, Spaltungen und soziale Gegensätze zu schaffen und zu verstärken. Die geheime Widerstandsbewegung soll das Gefühl der Verlassenheit der Individuen überwinden. Sie soll Menschen für gemeinsame Aktionen heranbilden, und das Bewußtsein stärken, daß nur durch Selbstverwaltung und eigene Initiative unsere Ziele erreicht werden können. Wir müssen der Gesellschaft die Kraft bewußt machen, die in ihr steckt.

3. Die Untergrundgesellschaft wird vor allem folgendes tun müssen:
a) sich den Aktivitäten der Machthaber widersetzen, die auf die Desintegration der Gesellschaft zielen;
b) die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstverteidigung heranbilden;
c) das Niveau der politischen Kultur heben und die Gesellschaft darauf vorbereiten, in einem demokratischen Polen zu leben.

4. Die Bewegung für eine Untergrundgesellschaft ist aus Gruppen zusammengesetzt, die sich im Rahmen der Betriebs- und Berufsstrukturen, in den Wohnvierteln oder aber in Freundeskreisen organisieren. Der Charakter, das Aktionsfeld und die Formen der Aktivität jeder Gruppe müssen selbständig entsprechend ihren Bedingungen festgelegt werden.

5. Ganz besondere Aufmerksamkeit muß der Jugend gewidmet werden. Auf ihr ruht jetzt und in Zukunft die Hauptlast der Organisierung der verschiedenen Widerstandsformen, da sie am hingebungsvollsten und am kompromißlosesten ist. Die massive Beteiligung der Jugend an der Bewegung zur Schaffung einer Untergrundgesellschaft ist die Garantie unseres Sieges.

6. Jedes Mitglied einer Gruppe muß im Rahmen der Untergrundgesellschaft eine ihm gemäße Aktionsmöglichkeit finden. Alle, die unser Programm akzeptieren, müssen darin einen Platz finden können. In der Bewegung für eine Untergrundgesellschaft gibt es keine Dinge von großer oder kleiner Bedeutung, sondern was zählt, das ist die Summe der Haltungen und der Tätigkeiten, die von unabhängigem Denken, von der Fähigkeit zur Organisation, vom Willen, Hilfsbedürftigen zu helfen, zeugen. Wichtig ist, daß wir Festigkeit, Hartnäckigkeit und Mut zeigen, denn das werden wir brauchen.

7. Hier die wichtigsten Richtungen der Tätigkeit, die wir der Bewegung für eine Untergrundgesellschaft vorschlagen:
a) Organisierung von Hilfsaktionen für die Personen, die Opfer von Repressalien wurden, von Entlassungen betroffen sind, sonstwie bedürftig, krank oder in einer materiellen bzw. moralischen Notlage sind;
b) Organisierung eines Kreislaufes unabhängiger Informationen: durch Verlage, Druckereien, Zeitschriften, Verteilung von Flugblättern, und andere Aktivitäten, die geeignet sind, die Propaganda der Machthaber zu durchkreuzen;
c) Organisierung von autodidaktischem Unterricht und Erziehung: durch unabhängigen Unterricht und unabhängige wissenschaftliche Tätigkeiten, bildende Kurse, Arbeiter- und Volkshochschulen, Diskussionsklubs, Veröffentlichungen, die der Ausbildung und Erziehungen dienen, Ausbildung von Organisatoren und Aktivisten der Bewegung, durch Bibliotheken, Stipendien und Unterhaltsbeihilfen für Studenten, Lehrer und Künstler, Schaffung gesellschaftlicher Stiftungen;
d) Organisierung von Aktivitäten, die die Existenz einer gesellschaftlichen Widerstandsbewegung bezeugen: Gedenkfeiern, Maueranschläge, Flugblätter, Teilnahme an Demonstrationen, die von den Regionalverbänden oder der Provisorischen Koordinierungskommission der Gewerkschaft organisiert werden;
e) Organisierung von Wirtschaftsaktivitäten (Genossenschaften, handwerkliche Ateliers), Teilnahme am gesamten Wirtschaftsprozeß.

8. Die Untergrundgesellschaft bekämpft die vom Regime geschaffenen Organisationen, die ihm als Aushängeschild dienen, sie organisiert den Boykott der Medien und offiziellen Propaganda, der Versammlungen, Diskussionen und anderen Aktivitäten, die einen propagandistischen Charakter haben, sie widersetzt sich allen Haltungen des Kollaborantentums. Die Untergrundgesellschaft selbst wird für das Beste der nationalen Kultur eintreten und sich allen Bemühungen des Regimes widersetzen, diese einseitig und instrumentell für sich zu vereinnahmen. Eine besondere Verantwortung kommt in diesem Zusammenhang den literarischen Kreisen, den Journalisten und Wissenschaftlern zu. Die Grenze, jenseits derer die Kollaboration und eine Form der Aktivität beginnt, die dem nationalen Interesse entgegengesetzt ist, muß durch den Moralkodex in jedem Bereich selbst gefunden werden.



Auf dem Weg zur Demonstration in Warschau

9. Die Untergrundgesellschaft muß durch Ausübung von Druck auf die Staatsmacht Bedingungen schaffen, die eine gesellschaftliche Verständigung ermöglichen; gleichzeitig muß die Untergrundgesellschaft Schritt um Schritt Positionen erobern, die ihr erlauben, ihre sozialen und politischen Rechte weiter auszudehnen.

10. Die Bewegung für eine Untergrundgeselschaft wird dezentral organisiert sein müssen. Alle Instanzen der Gewerkschaft müssen durch ihre Aktivitäten die geheime Gesellschaft inspirieren und organisieren. Diese Organe leiten die Tätigkeiten, sichern die Veröffentlichung der Direktiven, Erklärungen und Instruktionen (der Landes-Koordinierungskommission) in den Untergrundpublikationen. Die Koordinierung auf Landesebene wird weiter durch die Provisorische Koordinierungskommission wahrgenommen.

11. Unserer Meinung nach wird die Herausbildung einer Untergrundgesellschaft einen zusätzlichen Faktor bilden, der die Entwicklung der internationalen Situation entsprechend den Interessen Polens beeinflussen wird.

12. Die Aktivitäten, die wir vorschlagen, werden eine Bewegung der nationalen Einheit herausbilden, die geeint ist durch das Ideal der „Solidarität“. Die Untergrundgesellschaft wird die Basis politischer Aktivitäten auch für den Fall bilden, daß die Gewerkschaft vollends illegalisiert wird. Sie muß einem gesellschaftlichen Zusammenbruch zuvorkommen. Sie muß einen ständigen Druck auf die Staatsmacht ausüben, sie mit totaler Isolierung bedrohen und sie zwingen anzuerkennen, daß der einzige Weg zur Lösung der Probleme, denen Polen gegenübersteht, heute ein gesellschaftliches Abkommen sein kann. Die Bewegung für eine Untergrundgesellschaft wird zugleich die Bedingungen für einen Kampf um die dringendst zu lösenden Probleme schaffen: die Befreiung der politischen Gefangenen und der Internierten, die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederzulassung der unabhängigen gewerkschaftlichen Bewegung. Die gesellschaftliche Untergrundbewegung wird damit zugleich für ihr langfristiges Ziel kämpfen: die Errichtung einer selbstverwalteten Republik.

Die Provisorische Landes-Koordinierungskommission der SOLIDARNOŚĆ

„Solidarität“ richtet sich auf langfristigen Widerstand ein

Die beiden Dokumente, die wir nebenstehend abdrucken, markieren die vielleicht wichtigsten Seiten der künftigen Entwicklung in Polen.

Der programmatische Vorschlag der Provisorischen Landeskommission von Solidarność *„Die Gesellschaft im Untergrund“* ist gleichzeitig mit dem Aufruf für Demonstrationen am 31. August verbreitet worden. Er richtet die Gewerkschaft und die gesellschaftliche Bewegung darauf aus, sich entsprechend den Traditionen, aus denen die „Solidarität“ selbst hervorging, als Bewegung zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung wieder zu konstituieren. Es ist ein Konzept für einen langanhaltenden Widerstand.

Die Demonstrationen am 31. August waren der, realistisch gesehen, zunächst letzte Versuch, durch Massendemonstrationen das Regime doch noch zu einer akzeptablen Verhandlungslösung zu zwingen. Die offizielle Bilanz und erst recht die verschiedenen Augenzeugenberichte, die wir bekommen haben, zeigen doch ein anderes Bild, als die anfänglichen Nachrichten glauben machen wollten. Demnach ist es in 66 Städten des Landes und so gut wie in allen Landesteilen zu Demonstrationen gekommen, an denen Hunderttausende aktiv teilgenommen haben. Es waren vielleicht die größten Demonstrationen in Polen überhaupt. In einzelnen Fällen erreichten die Auseinandersetzungen fast bürgerkriegsähnliche Härte. Es hat wenigstens 5 Tote in drei Städten gegeben, wahrscheinlich mehr. Über 5000 Demonstranten sind festgenommen, in Internierungslager überführt oder Schnellgerichten vorgeführt worden.

Die unmittelbare Reaktion des Regimes auf die Demonstrationen war die Inhaftierung von vier führenden Mitgliedern des früheren KOR aus dem Internierungslager heraus – absurderweise unter der Anklage, als Inspiratoren der Aktionen am 31. August den „Versuch zum bewaffneten Umsturz“ unternommen zu haben. Im Extremfall steht auf diese Anklagen die Todesstrafe, im Minimalfall langjährige Haftstrafen.

Es ist jedermann klar, daß die Prozesse gegen Jacek Kurón, Adam Michnik, Jan Lityński und Henryk Wujec sowie gegen Jań Jozef Lipski (als fünfter angeklagt und inzwischen aus England freiwillig nach Polen zurückgekehrt) sowie Zbigniew Romaszewski (Organisator von „Radio Solidarność“ und kurz vor dem 31. August von der Polizei gefaßt) nur die Einleitung für weitere Prozesse gegen die führenden Mitglieder der „Solidarität“ selbst sein werden. Der *„Aufruf von Adam Michnik“* richtet sich an die Weltöffentlichkeit, zumindest dazu beizutragen, daß die bevorstehenden Schauprozesse keine Geheimprozesse werden und die minimalen rechtlichen Prozeduren gewährleistet sind.

Mit der Einleitung dieser Prozesse folgt Jaruzelski dem Diktat der Sowjetunion und der übrigen Verbündeten, die das seit langem gefordert haben. Damit begibt sich der General selbst aller Möglichkeiten zu einer inneren Lösung à la Kádár, wie er sie ursprünglich sicher im Auge hatte. Selbst wenn statt eines formellen Verbots der „Solidarität“ (bisher ist sie ebenso wie die anderen Gewerkschaften erst „suspendiert“) der elegantere Weg versucht würde, nämlich auf neuer gesetzlicher Grundlage alle Gewerkschaften neu zu gründen, mit etwas mehr Unabhängigkeit als die alten, aber eben strikter der Partei- und Staatsraison unterworfen als die „Solidarität“ selbst dann wäre die „Solidarität“ eben in Wirklichkeit doch illegalisiert, wenn ein Teil ihrer früheren Führer als Staatsverbrecher abgeurteilt würden. Und darauf können selbst die kompromißbereitesten unter ihnen unmöglich eingehen.

An der Frage der Freilassung der Gefangenen sind schon vor einigen Wochen einmal Gespräche der Regierung mit einer Gruppe von Solidarność-Mitgliedern von der Danziger Lenin-Werft gescheitert. Die waren zu etlichen Zugeständnissen bereit, nicht aber dazu, ihre legale Existenz dadurch zu erkaufen, daß ihre Kollegen in den Lagern und Gefängnissen sitzen. Nach Lage der Dinge können deshalb auch die neuen Sondierungen zwischen Vertretern des Regimes und sieben ehemals führenden Mitgliedern der „Solidarität“ bzw. der „Autonomen Gewerkschaften“ (bekanntester Teilnehmer daran ist Kazimirz Switon aus Oberschlesien) nach allem Ermessen kaum zum Erfolg führen.

Auf dem Gegenpol hat die Führung der Gewerkschaft im Untergrund alle Hände voll zu tun, so zu operieren, daß sie weder die Fühlung zu den müden, zermürbten Menschen der Kriegsgeneration verliert (und erst der nächste Winter in Polen verspricht, ein wirklicher Hungerwinter zu werden!), andererseits aber den jungen Arbeitern unter 30 Jahren, den Schülern und Studenten reelle Kampfaufgaben zu stellen, für die sie sich einzusetzen bereit sind. Hier scheint die Tendenz noch immer stärker zu werden, notfalls den Kampf auch „mit anderen Mitteln“ auszutragen, falls das Regime in seiner starr-reaktionären Bewegungslosigkeit verharrt. Eine Geheimanalyse des Regimes soll besagen, daß sich unter den Barrikadenkämpfern des 31. August in großer Zahl soeben aus der Armee entlassene Soldaten befunden hätten („Neue Zürcher Zeitung“, 19./20.9.). Das wären also jene Soldaten des letzten Winters, die wegen der Putschvorbereitungen über ihre Wehrpflichtdauer hinaus einbehalten worden waren und so etwas wie die Statisten dieses Gewaltstreichs waren. Sie, die in endlosen Patrouillengängen so gut wie alle Straßenecken Polens frierend abgelaufen haben, jetzt in den Reihen der Untergrund-„Solidarität“, das wäre ein entschieden neues Element.

Eine allgemeine Erhebung aber kann nach den Vorstellungen der Führung der Gewerkschaft im Untergrund allenfalls am Ende eines langfristigen Prozesses stehen, in deren Verlauf sich zuerst einmal die „Untergrund-Gesellschaft“ noch sehr viel fester, solidarischer, vielseitiger zu organisieren hätte. Gerade vor allem von Zbigniew Bujak frühzeitig verfochtenen Vorstellungen hat sich die provisorische Landeskommission nun offiziell verständigt und hat sie den Mitgliedern der Gewerkschaft zur Diskussion vorgelegt. Eine vorzeitige, nur von einer aktiven Minderheit getragene Erhebung würde nach ihrer Meinung nicht nur nichts bringen, sondern könnte im Gegenteil sogar vom Regime provoziert werden, um sich für eine Zeitlang blutig Ruhe zu verschaffen.

Allerdings soll der Druck auf das Regime auf jeden Fall aufrechterhalten werden, um den relativen Erfolg des 31. August weiter auszubauen. So soll am 30. September in ganz Polen sichtbar der Opfer des Kriegsrechts gedacht weden. Und am 21. Oktober, dem Jahrestag der Registrierung der „Solidarität“ vor zwei Jahren, soll es zur Verteidigung der Gewerkschaftsfreiheit in ganz Polen wieder auf die Straße gehen.

Gerd Koenen

Polen vor dem zweiten Winter

Ein Reisebericht

Die polnische Gesellschaft befindet sich in einem merkwürdigen Zustand. Einerseits sind sich alle einig: Die Regierung, die Partei, die Miliz, die Sowjetunion sind unsere Feinde, von ihnen haben wir nichts Gutes zu erwarten. Andererseits hat niemand ein Programm dafür, wie man mit der Sowjetunion fertig werden kann, und erst recht niemand weiß, wie im Falle politischer Umwälzungen die polnische Wirtschaft gerettet werden kann. Gegenwärtig arbeitet sie mit einer Auslastung von z.T. nur 36%, so etwa im Baugewerbe. Die Wohnungssituation z.B. wird also auf Jahrzehnte hinaus katastrophal bleiben, das bedeutet 10 – 15 Jahre warten auf eine bezahlbare Genossenschaftswohnung.

Kein Wunder also, daß bei unseren Gesprächen mit Studenten immer wieder Neuseeland oder Australien genannt werden, wenn wir nach ihren Zukunftsplänen fragen. Wir unterhalten uns mit einem Universitätsprofessor. Wir erzählen ihm von den politischen Kämpfen bei uns: Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Sozialabbau. Wir sagen, daß wir die Einheit der polnischen Gesellschaft in ihrer Ablehnung und Verachtung des staatlichen Repressionsapparates bewundern, und berichten von unseren Erfahrungen mit Auseinandersetzungen mit der Polizei, der Spaltung der Bevölkerung, den ätzenden Gewaltdebatten. Unser polnischer Gesprächspartner vermag unsere Widerstandsbegeisterung nicht so ohne weiteres zu teilen. „Will you die for Poland?“, fragt er uns, als wir auf die vielbeschworene geostrategische Lage Polens zu sprechen kommen. Das ist das schlagendste Argument. Demokratisierung, Arbeiterselbstverwaltung, Pluralismus – das kann die Sowjetunion nicht dulden, das muß sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen in diesem strategisch für sie so bedeutsamen Polen.

Polnischer Nationalismus ist in dieser Lage von vornherein ambivalent. Rußland ist der übermächtige Bedrücker Polens, meistens noch mit Deutschland historisch verschworen. Eine Politik, die die Fortexistenz Polens gewährleisten will, muß gegen Rußland kämpfen, um nicht zerdrückt zu werden, aber sich auch mit Rußland arrangieren, um in dem Kampf, der

arrangieren, um in dem Kampf, der

(allein) nicht gewonnen werden kann, nicht zerrieben zu werden. Beides sind Gebote nicht nur polnischer Staatsräson, sondern auch der „Volksräson“, wenn es sowas gibt. Das gewichtigste Argument der Regierung Jaruzelksi gegenüber dem polnischen Volk ist der Hinweis auf den Umstand, daß eine sowjetische Besatzung und Bürgerkrieg 1000 mal schlimmer wären als das jetzige Regime.

Die Regierung agiert nach dem Motto: „Niemand braucht uns zu lieben, es reicht, wenn ihr begreift, daß nach uns nur der Untergang Polens kommen kann“. In diesem Schema gibt es auch ein Zuckerbrot: Lockerung und Aufhebung des Kriegsrechts. In den Schaufenstern prangen Plakate mit einem Aufruf des Militärrats zur nationalen Versöhnung. Der Aufruf ist unterlegt mit einer klirrenden Fensterscheibe, in die gerade ein Stein fliegt. „Ist das die Antwort?“ und „Wer ist schuld, daß das Kriegsrecht andauert?“ wird polemisch auf dem Plakat gefragt.

Anlässe zu Zusammenstößen gibt es immer wieder. Bestimmte Daten der polnischen Geschichte, Jubiläen jüngerer Ereignisse, der Einführung des Kriegsrechts, Milizmassaker etc. werden oft monatlich begangen. Wir erleben ein typisches mittelgroßes Szenario.

Es findet am 13.9. in der Altstadt von Wroclaw ein Gedenkgottesdienst anläßlich der Einführung des Kriegsrechts vor neun Monaten statt. Es wird der Opfer gedacht, die das Regime bis jetzt auf dem Gewissen hat. Fünfundzwanzig Tote hat die Regierung zugegeben, inoffizielle Zählungen gehen in die Hunderte. Der Gottesdienst ist lang und intensiv. Immer wieder singen, beten, hinknien, aufstehn, segnen und zuhören. Der Priester ruft die Anwesenden zur Zurückhaltung auf und dazu, sich nicht provozieren zu lassen. Es ist schwer zu schätzen, wieviele Menschen da sind; die Kirche ist überfüllt, der Vorplatz ebenfalls, in mehreren Seitenstraßen stehen die Menschen 30 – 40 Meter tief. Vielleicht sind es 10000, vielleicht mehr. Der Gottesdienst ist zu Ende – die Gläubigen werden entlassen. Plötzlich fliegen aus der Menge an mehreren Punkten Flugblätter hoch, alles drängt sich nach ihnen. Sprechchöre kommen auf, für bekannte Solidarność-Mitglieder wird Freiheit gefordert und natürlich die Wiederzulassung der Solidarität. Alle Hände gehen zum V-Zeichen hoch, die Nationalhymne und andere Lieder werden gesungen.

Unsere polnischen Begleiter ahnen, daß was in der Luft liegt. Wir entfernen uns aus der Altstadt über eine der vielen Oderbrücken. Dort kommen uns Kolonnen der Miliz-Sondertruppe ZOMO entgegen. Ein Radschützenpanzer vorneweg, dann Wasserwerfer, Mannschaftsfahrzeuge, Jeeps in zwei Reihen, so daß auf einigen Straßen beide Spuren von ihnen benutzt werden. Sie fahren in die Richtung, aus der wir kamen. Wir gehen an das andere Ufer der Oder, um die Vorgänge gegenüber zu beobachten, aber es kommt nur Tränengasgestank bei uns an. Wir gehen in Richtung Grundwaldskiplatz, um mit der Straßenbahn nach Hause zu fahren. Plötzlich kommen uns Leute entgegengelaufen, wir erkennen hinter ihnen Wasserwerfer. Das Wasser ist nicht das eigentliche Problem, erklärt uns einer unserer polnischen Freunde, es sei jedoch oft mit Farbe durchsetzt, was Flecken auf der Kleidung verursache und zu Identifizierungen von Demonstrationsteilnehmern durch Patrouillen führe.

Wir müssen auch laufen. Die Miliz geht offensichtlich nur von ihren Fahrzeugen aus vor und sitzt nicht ab. Sie sei feige, wird uns gesagt. Wir aber wollen das nicht ausprobieren und flüchten uns zusammen mit anderen Menschen in ein Hotel, das größte am Platze übrigens. Mit ihrer Fahrzeugkolonne fährt die Miliz immer wieder über den Grunwaldkiplatz und spritzt Wasser in alle Richtungen. Autos werden so zum Umdrehen gezwungen,

den so zum Umdrehen gezwungen, | gedrungen und habe den Fahrzeugfüh- | Lastwagen zum Abdrehen zwangen.



Wartende von Straßenbahnhaltestellen gescheucht. Immer wieder wird der Himmer hell erleuchtet durch Leuchtgranaten, erstmals bekannt seit dem Gemetzel der GSG9 in Mogadishu und dann wieder im Frankfurter Startbahnwald verwandt, verwandeln das Szenario in ein imaginäres Schlachtfeld. Die Dinger explodieren wie Bomben oder Panzerkanonenschüsse. Dazwischen das schaurige Geheul der Milizsirenen. Gefährlich wird es, wenn Leuchtraketen waagerecht abgeschossen werden.

Für uns ist an dem Tag keine organisierte Gegenwehr erkennbar. Vielleicht ist das Vorgehen der Miliz eine Art Rachefeldzug für die Schlappen vom 31.8. In fast allen polnischen Städten wurde am 31.8. demonstriert und kam es zu Straßenschlachten. Mehrere Tote gab es durch Schußwaffeneinsatz der Miliz, so auch in Wroclaw. Allerdings gingen auch ZOMO-Fahrzeuge in Flammen auf. Auf der Wroclawer Grunwaldskibrücke haben wir noch die Brandspuren im Asphalt gesehen. Besonders schlecht ergeht es der Miliz immer im sogenannten Bermudadreieck, wo Polizeiausrüstung immer wieder verschwindet zwischen den engen Gassen. Auch am nächsten Tag lesen wir in der Zeitung, daß bei der Durchfahrt durch das sogenannte Bermudadreieck eine Milizkolonne angegriffen wurde. Ein wohlgezielter Blumentopf sei aus einem Hausfenster durch das offene Fenster in die Fahrerkabine eines Gruppenfahrzeuges der Miliz eingedrungen und habe den Fahrzeugführer so sehr verunsichert, daß er einen Unfall baute, berichtet der Nachrichtensprecher im Regionalprogramm ernst. Ob er innerlich lacht, fragen wir uns. Dann aber erzählt er uns noch eine rührende Geschichte: von einem einfachen Milizionär, der nach schwerem Einsatz nach Hause zu Frau und Kind will, aber heimtücksich vor der Wohnungstür überfallen wird.

Ansonsten aber lebt die Miliz nicht schlecht. Ein einfacher Milizionär verdient das doppelte eines Facharbeiterlohnes, gegenwärtig 15000 Zloty, und er kann, was noch viel wichtiger ist, in besonderen Läden, deren Angebot reichhaltiger ist, einkaufen, erhält bevorzugt eine Wohnung und kriegt noch Gefahrenzulage für jeden Einsatz.

Die polnische Gesellschaft befindet sich in einem merkwürdigen Patt. Staatsmacht und Bevölkerung blockieren sich gegenseitig. Symbolhaft deutlich wird das z.B. bei der Ehrentafel für die Entstehung der Solidarität in Wroclaw im Streiksommer 1980. Die Tafel hängt noch und wird mißtrauisch bewacht von den Besatzungen mehrerer Milizfahrzeuge, die Ansammlungen vor der Tafel verhindern sollen. Andererseits sind bisher alle Versuche des Regimes gescheitert, die Tafel zu zerstören. Es wurde uns berichtet, daß ein Lastwagen einmal auf die Tafel zuraste, um die ganze Mauer des Busbahnhofes samt Tafel zu zerstören. Sofort fanden sich Arbeiter, die sich schützend vor die Tafel stellten und den Lastwagen zum Abdrehen zwangen.

Ein anderes Beispiel sind die vielen Gedenkstätten für die jüngsten Opfer des Vorgehens der Miliz. Wir haben auf dem Friedhof in Wroclaw das ca. 10 Tage alte Grab eines Arbeiters gesehen, der am 31.8. von der Miliz erschossen worden war. Mehrere hundert Menschen standen immer jeweils 10-20 Minuten lang um das Grab. Es war ein ständiges leises, unauffälliges Kommen und Gehen. Ein Berg von Blumen liegt auf dem Grab, über 1,50 m hoch, hunderte von Kerzen ergeben die Schriftzüge von Solidarność und andere Widerstandssymbole. Nachts kommt immer die Miliz und räumt alles ab; der Tag aber gehört den Trauernden. So stellt sich hier der Patt dar.

Die Staatsmacht muß auf individuelle Zermürbung setzen. Die Entlassung von vielen tausend Arbeitern ist für jeden einzelnen ein Schlag von vernichtender Härte. Es gibt keine Arbeitslosenunterstützung. Es gibt nur Untergrundsolidarität. Die sorgt für diese Menschen. Individuelle Zermürbung auch gegen die Studentenbewegung. Wir treffen eine Studentin, der vom Fachbereich erklärt wurde, ihre wichtigsten Dokumente seien verloren gegangen. Mit Prüfungsdokumenten ist es in Polen wie mit allen wichtigen Dokumenten: der einzelne hat sie nicht, sondern irgendeine Behörde. Dort kann man sie sich sozusagen ausleihen, gegen Wohlverhalten und Gebühr, so z.B. auch den Reisepaß bei der Miliz.

Die Studentin ist durch das „Verschwinden“ ihrer Dokumente persönlich hart getroffen, mehrere Jahre Studium umsonst, Erlöschen verschiede-

lich hart getroffen, mehrere Jahre Studium umsonst, Erlöschen verschiede-

ner Sozialleistungen ... Es wird vermutet, daß die Repressalien gegen die Studentin damit in Verbindung stehen, daß sie mit einem ehemaligen Redakteur einer Zeitung des verbotenen NZS zusammenlebt.

Immer wieder gerät Bewegung in das polnische Patt, aber immer wieder erstarrt diese Bewegung auch. Eine Seite dieses Patts wird vollständig gedeckt von der Supermacht Sowjetunion. Manchmal scheint es, als würde eine Auflösung dieses Patts nicht gehen, ohne daß vorher die Sowjetunion aufgelöst würde.

Bewegung kommt auf, als sich Polen und Russen beim Fußballspiel Dynamo Moskau gegen Slask Wroclaw (Schlesien Breslau) gegenüberstehen. Ohrenbetäubendes Pfeifen, berichtet uns ein sichtlich noch etwas ramponierter polnischer Schlachtenbummler begeistert, als die Namen der russischen Spieler verlesen werden. Donnernder Beifall für die polnischen Spieler, alle singen unsere Hymne mit und machen das V-Zeichen und rufen „Schlagt Moskau“. Dann beginnt das Spiel. Nach fünf Minuten steht es 2:0 für die Polen. Das Stadion ist nicht mehr zu halten. 40000 polnische Zuschauer toben, 2000 Milizionäre sind im Stadion, weitere tausende werden draußen bereitgehalten. Dann nach dem 2:0 sackt der Elan der polnischen Spieler deutlich ab, die Russen holen auf 2:1, 2:2 auf. Alle sind überzeugt: da war Schiebung im Spiel. Unruhe kommt auf, Sprechchöre, Siegeszeichen. Da greift die Miliz ein, das Stadion wird eingenebelt mit Tränengas, Fans und Miliz stoßen zusammen, einzelne Scharmützel dauern bis Mitternacht.

T.H.

Eine juristische Farce

Aufruf von Adam Michnik vor den Prozessen gegen die Führer des früheren KOR

Nach den Demonstrationen vom 31. August und der Ankündigung der baldigen Eröffnung eines Prozesses gegen die Führer des (früheren) KOR durch die Militärjunta veröffentlichte Adam Michnik, einer der Protagonisten dieser Bewegung, am 2. September aus dem Gefängnis Bialoleka heraus einen „Aufruf an die internationale Gemeinschaft“, den wir im folgenden abdrucken.

Zu dem Zeitpunkt, als Michnik diesen Text schrieb, wußte er noch nicht, daß er gleichzeitig mit Kuroń, Lityński und Wujec – die wie er alle seit dem 13. Dezember interniert sind – und mit Lipski* und Chojecki, die sich zur Zeit im Ausland befanden, angeklagt würde.

„(...) Am 2. September wurde Jacek Kuroń, der im Gefängnis von Bialoleka interniert ist, dem Militärgericht vorgeführt, das seine Verhaftung verfügte. Ein Schritt in Richtung der Inszensierung eines politischen Prozesses mit summarischem Verfahren wurde gemacht. Das wird kein normaler Strafprozeß sein. Es steht den Generälen nicht zu, die materiellen Beweise zu prüfen und darüber zu befinden, was nur Gegenstand einer Entscheidung unabhängiger Richter sein kann. Alles läßt eine juristische Farce von der Art des Prozesses gegen Kirow oder gegen Dimitroff erwarten, der angeklagt wurde, den Reichstag angezündet zu haben.

Wie groß meine Anhänglichkeit gegenüber dem KOR (das nunmehr schon seit einem Jahr aufgelöst ist) sein mag, so muß ich sagen, daß die kühne Behauptung des Militärrats der Nationalen Rettung (WRON), die den seit dem 13. Dezember internierten KOR-Mitgliedern die Organisierung der Demonstrationen des 31. August zuschreibt, deren Fähigkeiten zuviel der Ehre antut. Die Absurdität dieser Beschuldigung läßt keinen Zweifel an der Bedeutung dieses Manövers aufkommen. Niemand kann Vertrauen in eine Justiz haben, die unter dem Diktat der Generäle ausgeübt wird.

Ich schreibe das weder, weil Jacek Kuroń mein Freund ist, noch weil ich befürchte, bald sein Schicksal zu teilen. Ich schreibe es, weil ich meine, daß man die Wahrheit nicht widerlegen kann und daß sogar wir, die Gefangenen des Generals Jaruzelski, ein Recht auf sie haben.

Ich richte einen Hilfsappell an alle ehrlichen Menschen. Ich erlaube mir, die Kanzler Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, die gegenüber unseren Generälen so nachsichtig sind, daran zu erinnern, daß sogar der Kommunist Dimitroff vor einem Gericht Hitlers das Recht auf Anwesenheit internationaler Beobachter hatte.

Damit man mich recht versteht: Ich bin vollkommen solidarisch mit der Führung der Solidarność, die zu den friedlichen Demonstrationen des 31. August aufrief. Ich bin völlig solidarisch mit den Arbeitern, die an diesem Tag auf die Straße gingen, um ihren Willen zu einer gesellschaftlichen Verständigung zum Ausdruck zu bringen. Den Opfern der Gewalttätigkeiten wird mein Land Denkmäler errichten, davon bin ich überzeugt; und die Straßen der polnischen Städte werden eines Tages ihre Namen tragen.

Ich appelliere an Euch, weil ich nicht zulassen kann und will, daß man offen das Gesetz, die Wahrheit und das Recht auf Wahrheit zertritt. Ich bitte Euch, alles in Eurer Macht Stehende zu tun, damit der bevorstehende Prozeß öffentlich abgewickelt wird und damit Beobachter und Juristen aus den demokratischen Ländern zugelassen werden.

Ich appelliere an Euer Gewissen. J. Kuroń und Zbigniew Romaszewski sehen ihrem Prozeß entgegen. Der Nächste bitte ...“

**Jań Jozef Lipski, der sich zur ärztlichen Behandlung im Ausland aufhielt, ist aus eigenem Entschluß („weil ich in dieser Zeit bei meinen Freunden sein muß“) nach Polen zurückgekehrt und sofort nach der Ankunft verhaftet worden.*

Lebhaftes Aussieben

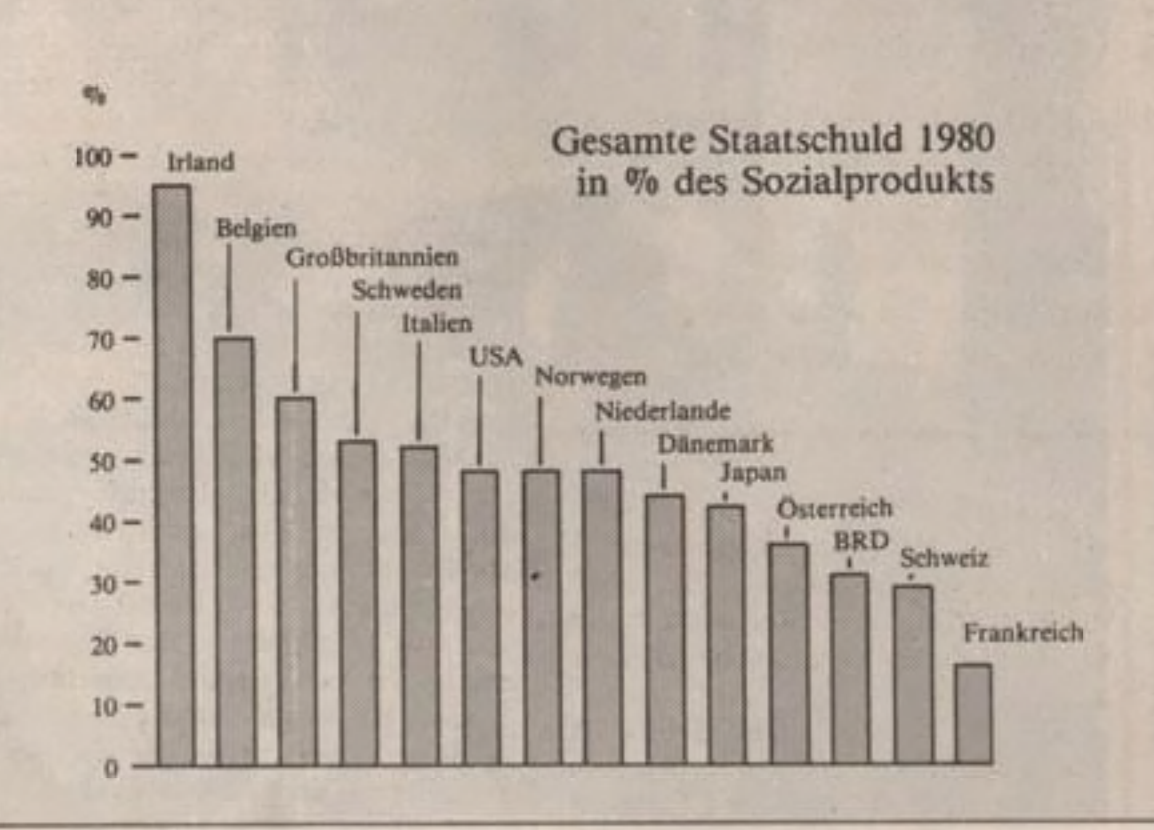
kvz. Die fortschreitende Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt trifft zunehmend auch qualifizierte Arbeitskräfte. Dabei zeigt sich aber, „daß trotz rückläufiger Beschäftigung ein lebhafter Personalaustausch zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur stattfindet", wie die Bundesanstalt für Arbeit in einer Pressemitteilung schreibt. Durch die zunehmende Zahl beruflich gut qualifizierter Arbeitsloser könnten die gemeldeten offenen Stellen jetzt wesentlich schneller besetzt werden, wie die Anstalt in einer vom 25. Mai bis 7. Juni durchgeführten Erhebung von Bewegungsvorgängen auf dem Arbeitsmarkt festgestellt hat.

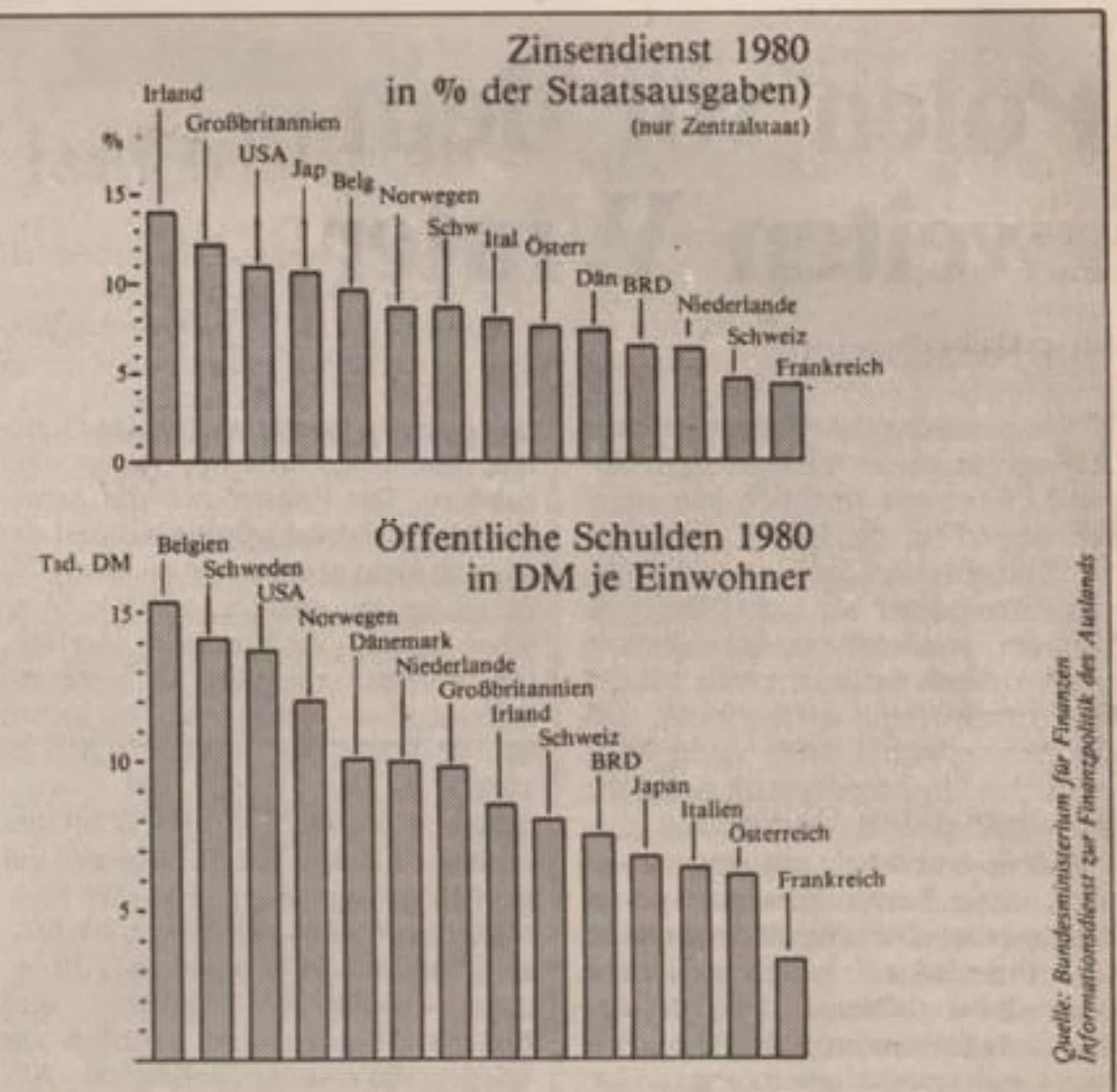
Der Anteil der arbeitslosen Facharbeiter erhöhte sich von 20% im Vorjahr auf jetzt 23%, der der Angestellten, die vor der Arbeitslosenmeldung in gehobenen Tätigkeiten gearbeitet hatten, nahm von 16% auf 19% zu. Allerdings finden die qualifizierten Arbeitskräfte auch eher wieder Arbeit. Von allen Abgängen aus Arbeitslosigkeit entfielen jetzt 28% auf Facharbeiter gegenüber gut 20% vor einem Jahr. Im Netz bleiben Arbeiter mit einfacher oder ohne Ausbildung, während die wiederbeschäftigten Facharbeiter natürlich nicht auch wieder in dieser Stellung beschäftigt werden.

So ist es kein Wunder, daß trotz der regen Bewegung die Dauer der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt gestiegen ist. Sie beträgt jetzt bei allen Abgängen 6 Monate, gegenüber 5 Monate vor einem Jahr. 62% der Arbeitslosen, die ihre Arbeitslosigkeit im Berichtszeitraum beendeten, waren bereits 3 Monate und länger arbeitslos gewesen, im Vorjahr war es die Hälfte gewesen.

In 67% der Fälle, in denen Arbeitslosigkeit beendet wurde, geschah dies durch Aufnahme einer Beschäftigung. Vor einem Jahr waren es 63%. Die Bundesanstalt deutet dies so, daß die Betriebe das große Angebot qualifizierter Arbeitsloser nutzen, um ihre Beschäftigtenstruktur zu „verbessern". 41% der wiederbeschäftigten Arbeitslosen wurden durch die Arbeitsämter vermittelt. Immerhin rund 2,7 Millionen Arbeitslose haben sich seit Jahresbeginn beim Arbeitsamt gemeldet und boten damit ihre Arbeitskraft interessierten Kapitalisten feil.

Staatsverschuldung im internationalen Vergleich





Wieder eine Rekordmarke im Kapitalexport haben die westdeutschen Kapitalisten gesetzt. Wie aus der Halbjahresstatistik des Wirtschaftsministeriums über die deutschen Direktinvestitionen im Ausland hervorgeht, wurden zu diesem Zweck von Januar bis Juni mehr als fünf Mrd. DM ins Ausland geschafft. Ein Jahr zuvor waren es 4,3 Mrd. DM gewesen, 1978 z.B. 2,7 Mrd. DM. Wichtigste Zielländer waren die USA, Großbritannien, Brasilien, Belgien, Argentinien, Frankreich und Kanada. Nach Branchen gegliedert zeichneten sich die Automobilkonzerne an erster Stelle aus.

Ein Verbot von Asbest in allen Bereichen, wo der gefährliche Werkstoff zu ersetzen ist, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Nachdem mehrere Turnhallen in der BRD wegen der Gesundheitsgefährdungen geschlossen werden mußten, die von den verwendeten Asbestisolierungen ausgehen könnten, sei damit zu rechnen, daß aus dem gleichen Grund noch zahlreiche weitere Werkhallen, Versammlungsräume und Turnhallen geschlossen werden müßten.

Ein Angebot für die Fertigung eines deutschen Satellitensystems will die Bundespost von einem Industriekonsortium unter Führung von Siemens einholen. Das Angebot soll Mitte November vorliegen und Grundlage für die Entscheidung über einen Fernmeldesatelliten sein. Als Startdatum ist 1986 vorgesehen, sofern die Trägerrakete Ariane nicht wieder ins Wasser fällt. Der Satellit soll vor allem die geschäftliche Kommunikation verbessern.

Die Woche im Rückblick

Ein Drittel der Energieeinsparungen seit 1973 hat im Bauwesen stattgefunden. Darauf hat das Bauministerium hingewiesen. Die Wärmeschutzverordnung, die Heizungsanlagenverordnung, die Heizungsbetriebsverordnung und die Verordnung über Heizkostenabrechnung hätten zu Einsparungen von zusammen 11,4 Millionen Tonnen SKE geführt, das 4,35 Mrd. Energiesparprogramm zu nochmals 9,2 Millionen Tonnen. Die Hälfte der Wohnungen werde gegenwärtig mit Öl beheizt, 17% mit Gas, 14% mit Kohle, 8% per Fernheizsystem und 6,5% über Stromheizung. Die leitungsgebundene Energie ist in Großstädten überdurchschnittlich vertreten. Seit 1977 sind die Gemeinden aufgefordert, örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte zu erstellen.

Italien und Algerien haben sich über den Preis für das Erdgas geeinigt, das durch die seit fast einem Jahr fertige Leitung unter dem Mittelmeer nach Europa fließen soll. Ausgehandelt wurde ein variabler Preis, der sich nach den Erdölpreisen ausrichtet. Italien konnte das sowjetische Gasangebot preisdrückend in die Waagschale werfen.

Die Atomruine Niederaichbach steht immer noch in der Landschaft. Seit über acht Jahren ist das Kernkraftwerk in der Nähe von Landshut stillgelegt. Nun wollten die niederbayrischen Grünen von Umweltminister Alfred Dick wissen, wann mit dem bereits vor vier Jahren angekündigten Abbruch der „ersten deutschen Atomruine" begonnen wird. Offensichtlich gebe es keine technischen Möglichkeiten zur Beseitigung des Atomreaktors, hieß es in einer Presseerklärung.

Unterbrochen hat die EG-Kommission die Textilverhandlungen mit der Dritten Welt. In den Verhandlungen soll das Welt-Textilabkommen in zweiseitige Verträge gegossen werden. Neun Länder haben in Brüssel die EG-Forderungen zur Beschränkung des Textilhandels zurückgewiesen. Allerdings hat gleichzeitig Indien einem Abkommen zustimmt. Zu der Ablehnungsfront gehört neben Hongkong, das seine Exporte nach Westeuropa um rund 10% vermindern soll, u.a. Südkorea, die Philippinen, Singapur, Malaysia, Indonesien, Brasilien und Argentinien.

AEG-Kanis wird voraussichtlich noch in dieser Woche 2 Kompressoren an die UdSSR liefern. Das Unternehmen folgt damit dem Beispiel britischer, französischer und italienischer Unternehmen, die ebenfalls das Embargo des US-Präsidenten durchbrochen haben. Die USA hatten daraufhin Strafmaßnahmen gegen diese Firmen verhängt. Unterdessen wächst auch in den USA der Druck, das Embargo aufzuheben.

Stoppt den Schnellen Brüter!

Die größte Technologie-Ruine der BRD / Gründe des Widerstands

kvz. Einige zigtausend Demonstranten erwarten die aufrufenden Bürgerinitiativen am 2. Oktober in Kalkar. Gefordert wird vor allem der sofortige Baustopp und baldmöglicher Abriß des Schnellen Brüters in Kalkar und des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm. Zu der Demonstration wird zentral aufgerufen, weil der Schnelle Brüter neben der Wiederaufarbeitung und Entsorgung einer der Eckpfeiler des Atomprogramms ist.

Kurz vor diesem Termin wurden im Bundestag die letzten Weichen gestellt, um das Wahnsinnsprojekt allen finanziellen, technischen und politischen Widrigkeiten zum Trotz zu Ende durchzuziehen. Denn vergangene Woche hat die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik" ihre Mehrheitsempfehlung zum Schnellen Brüter vorgelegt. Auf Antrag der Professoren Häfele und Michaelis sowie des stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Alois Pfeiffer, hat sich die Kommission nach zweitägigen Abschlußberatungen mit 11:5 Stimmen für die Inbetriebnahme des Brüters ausgesprochen.

Daß der Bundestag diese durch die Zusammensetzung der Kommission vorbestimmte Empfehlung übernehmen wird, ist sicher. 1978 hatten sich gerade sechs Abgeordnete im Bundestag bei der Kalkar-Abstimmung enthalten. Immerhin hatte sich der Bundestag der Gesichtswahrung wegen damals vorbehalten, selbst zu einem späteren Zeitpunkt über die Inbetriebnahme zu entscheiden. Ein Vorbehalt, der stets der Kritik der Stromwirtschaft ausgesetzt war. Im Oktober soll es nun soweit sein, die Abgeordneten werden dem Schnellen Brüter freie Fahrt und weitere Milliarden geben. Die Aufgaben der Enquête-Kommission war es, dazu den nötigen wissenschaftlichen Anstrich zu liefern.

Trotzdem verlief die Kommissionsarbeit nicht ganz programmgemäß, und einige der Arbeitsergebnisse werden die Argumentation der Bürgerinitiativen unterstützen. Insbesondere trifft dies für das Gutachten von Prof. Benecke zu, dem Forschungsminister Bülow deshalb auch die Veröffentlichung der Arbeit verboten hat. Denn laut Vertrag entscheidet darüber der Auftraggeber des Gutachtens, und der ist hier das Forschungsministerium. Benecke kommt in seinem Gutachten zum Ergebnis, daß eine Inbetriebnahme des Brüters in Kalkar nicht zu verantworten ist. Das andere Gutachten stammt von der „Gesellschaft für Reaktorsicherheit".

In zehn Jahren Bauzeit hat sich das Debakel um den Schnellen Brüter ständig vergrößert. Das geht los beim Hauptzweck, den ihm seine Befürworter zugedacht hatten. Er sollte sich nach einer Anlaufperiode seinen Brennstoff selbst „erbrüten", sollte mehr Spaltmaterial erzeugen als verbrauchen. Erzeugung von Atomstrom sollte unabhängig von Uranimporten werden und damit außerdem die Handelsbilanz entlasten. Die heutige Planung allerdings sieht zunächst einen Betrieb vor, bei dem der angebliche Brüter mehr Brennstoff braucht, als er gleichzeitig erzeugt. D.h. es muß ständig Spaltmaterial zugeführt werden. Erst später soll der Brüter umgebaut werden und dann Plutonium erbrüten. Die Brutrate wird aber auch dann so niedrig sein, daß es 200 Jahre dauern würde, um den Brennstoff für ein weiteres Kraftwerk zu erbrüten. Und dies bei einer erwarteten Lebensdauer des Kalkar-Brüters von mittlerweile etwa 15 Jahren.

Einen Dämpfer für die hochtrabenden Pläne müßte auch die Erfahrung mit dem englischen Brutreaktor Dounray versetzen. Seit Betriebsbeginn 1976 konnte dieser Reaktor fast immer nur mit einem Drittel seiner thermischen Leistung betrieben werden. Am 25. Februar 1977 erreichte er für kurze Zeit seine volle thermische Leistung, danach wurde er abgeschaltet. In den Jahren 1978 und 1979 war der Reaktor aus den Betriebsdatenblättern der Atomwirtschaft verschwunden. Er war wohl außer Betrieb. Im Jahre 1980 betrug seine elektrische Leistung ganze 4% der Soll-Leistung, 1981 erreichte er dann 12% des Solls.

Ein Milliardengrab

Zweiter Zweck des Brüters sollte die Erzeugung billigen Stroms sein. Auch das ist heute zum bloßen Wunschtraum geworden. Nach ursprünglich veranschlagten 0,5 Mrd. DM lautete die letzte amtliche Angabe für die Baukosten nunmehr 7,5 Mrd. DM. Noch 1980 hatte der damalige Forschungsminister Hauff von 3,4 Mrd. DM gesprochen, ein Jahr später ging v. Bülow von 5,4 Mrd. DM aus. Und der Bonner Energiereport schätzt die Baukosten bereits auf rund 10 Mrd. DM – alles ohne Wiederaufarbeitung und Entsorgung. „Ein Mangel an Planungssicherheit auf praktisch allen Teilbereichen" wird dafür verantwortlich gemacht. Gezahlt wird für die Ruine aus öffentlichen Haushalten und durch Aufschläge auf den Strompreis.

Großdemonstration am 2. Oktober in Kalkar
Eintreffen 10 Uhr in Kalkar
Demonstrationsmarsch zum Brüter 13 Uhr mit Abschlußkundgebung

Ähnlich sieht es bezüglich der geplanten Fertigstellung aus. Prognosen über die Fertigstellung waren

im Jahre 1969 das Jahr 1978
im Jahre 1972 das Jahr 1979
im Jahre 1977 das Jahr 1982
im Jahre 1981 das Jahr 1986
im Jahre 1982 das Jahr 1990.

Sicherheits- und Materialprobleme

Hinsichtlich der *Sicherheitsprobleme* unterscheidet sich der Brüter gegenüber den Druckwasserreaktoren zunächst positiv dadurch, daß das Kühlmittel Natrium mit niedrigem Druck durchgepumpt wird. Andererseits können sich lokale Hitzefelder schockartig im Reaktor fortpflanzen.

Ein Nachteil des Natriums ist seine chemische Reaktionsfreudigkeit mit Luft und Wasser. Das Auslaufen von Kühlmittel, das beim Leichtwasserreaktor zu einer Beendigung der Kettenreaktion führt, weil die Neutronen nicht mehr auf die richtige Geschwindigkeit gebremst werden, kann beim Schnellen Brüter die Reaktivität erhöhen.

Bei einem schweren Störfall bleiben für das Bedienungspersonal nur einige Minuten für Gegenmaßnahmen. Beim herkömmlichen Reaktor bleibt demgegenüber etwas mehr Zeit zur Verfügung. Beim Harrisburg-Unfall, der gerade noch eingedämmt werden konnte, benötigte das Personal 8 Minuten für die Feststellung, welches Ventil seinen Dienst versagt hatte. Diese Zeit stünde bei einem Brüterunfall nicht zur Verfügung.

Ein weiterer Sicherheitsunterschied besteht im Schadenspotential. Ein großer Brüterunfall ist etwa zehnmal so „schlimm" wie der schlimmste Fall der Kernschmelzung im Leichtwasserreaktor. Der Hauptgrund hierfür ist der größere Plutoniumanteil im Kerninventar, der wegen der großen Halbwertzeit des Plutoniums zu entsprechend längeren Verseuchungen und wegen der Giftigkeit des Plutoniums zu entsprechend höheren radioökologischen und strahlenbiologischen Schäden führt.

Demgegenüber hängen alle Abschätzungen der Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls ganz vom Ideenreichtum der Risikowissenschaftler ab.

Schließlich bringt der Brüter zusätzliche *Rohstoff- und Materialprobleme* mit sich. Unter Annahme, daß der gesamte Weltstrombedarf durch Schnelle Brüter gedeckt würde, würden für die benötigten Reaktormaterialien die gesamten Chromvorräte in 200 Jahren und die Molybdänvorräte schon in 16 Jahren verbraucht. Würde derselbe Elektrizitätsbedarf allein durch Kohle gedeckt, reichte die Kohle 300 Jahre.

Materialprobleme entstehen vor allem dadurch, daß gleichzeitig außerordentlich hohe Temperaturen und hohe Strahlenbelastung zu bewerkstelligen sind. Dies hat bereits beim Brüter in Kalkar zum Konflikt mit den erhofften Leistungen bei der Brutrate geführt. Völlig ungesichert sind auch die Nachwirkungen, die die in Kalkar aufgetretene Korrosion am Reaktortank für dessen Sicherheit und Lebensdauer hat.

Natürlich haben all diese Schwierigkeiten auch zu Widersprüchen in der Industrie selbst geführt, und man liebäugelt mit kleineren Brütertypen. Daß die Betreiber trotzdem den Bau mit aller Gewalt durchsetzen wollen, liegt einmal daran, daß bereits 5 Mrd. DM verbaut sind, wovon selbst bei verlustreichem Betrieb wenigstens ein Teil wieder zurückfließen könnte. Weiterhin versprechen sich die Hersteller ein Monopol im Export entsprechender Anlagen. Und schließlich ist der Brüter eben Teil des Atomprogramms, und es geht ums Prinzip, dieses einmal begonnene Programm gegen allen Widerstand durchzusetzen.

Das wirtschaftspolitische Sofortprogramm der GAL Hamburg

Nachdem die Grün-alternative Liste in Hamburg in die Gespräche mit der SPD gegangen war, mußte sie auch „B" sagen. Ein Wirtschaftsprogramm mußte her, das Aussicht hat, mit sozialdemokratischen Stimmen mehrheitsfähig zu werden ohne deren gescheiterten Reformismus fortzusetzen. Namentlich nach der Hessenwahl lohnt sich eine genauere Kenntnisnahme des Papiers.

frb. Der Sprung in die Parlamente hat die grün-alternative Bewegung vor die Aufgabe gestellt, wirtschaftspolitische Programme aufzustellen, die der Masse der Bevölkerung rasch etwas Erleichterung verschaffen und gleichzeitig den bestehenden Strukturen nicht verhaftet sind, sondern über sie hinausweisen. Angesichts der herrschenden parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und der politischen Differenzen links der CDU müssen sie darauf zugeschnitten sein, die sozialdemokratische Basis in Bewegung zu setzen, indem die elementaren Interessen der lohnabhängigen Mehrheit aufgenommen werden. Große Umwälzungen kann man von solchen Programmen kaum erwarten, entscheidend ist, ob sie Ansatzpunkte hierfür liefern und der politischen Bewegung, die allemal außerhalb der Parlamente stattfindet, neue Möglichkeiten eröffnet.

Eher etwas bieder mutet an, was die GAL in Hamburg zu diesem Zweck in den Gesprächen mit der SPD vorgelegt hat. Eine genauere Kenntnisnahme lohnt sich schon deshalb, weil das Papier ja ein Erstlingswerk ist. (Die GAL-Position zur Jugendarbeitslosigkeit haben wir in der vorletzten Ausgabe der KVZ dokumentiert.)

Gegen Arbeitslosigkeit, für bedürfnisorientierte Investitionen, Rücknahme der Sparbeschlüsse, so lauten die



Hinter verschlossenen Türen entscheiden Bankvorstände über das Schicksal von Millionen.

Hinter verschlossenen Türen entscheiden Bankvorstände über das Schicksal von Millionen.

Schlagworte der Hamburger Vorlage. In der Einleitung heißt es:

„Ausgehend von einer überwuchernden Arbeitslosigkeit, der fortdauernden Umweltverschmutzung und dem drastischen Rückgang der Staatseinnahmen fordert die GAL ein erweitertes Investitions- und Beschäftigungsprogramm. Die Bestimmung der Investitionen orientiert sich an bisher vernachlässigten gesellschaftlichen Bedürfnissen wie Wohnen, Fernwärme, Lärmbekämpfung usw."

Gleichzeitig wird die Zurücknahme aller bisherigen und die Ablehnung aller zukünftigen Sparmaßnahmen im Sozialbereich gefordert. Dies soll gewährleistet werden durch ein alternatives Sparkonzept an Stelle öffentlicher Verschwendung und öffentlichem Luxus.

Wie der DGB geht die GAL davon aus, daß eine „Sanierung" der Staatsfinanzen und eine Senkung der Staatsquote sich vorrangig auf die ohnehin zu niedrige Nachfrage der unteren Einkommen auswirkt. Dadurch werde letztlich, wie in den USA und England ersichtlich, der Karren noch weiter in den Dreck gezogen. Langfristig könne nur die Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Staatseinnahmen entscheidend verändern.

Das Papier macht klar, daß diese wirtschaftlichen Vorstellungen die Mindestsubstanz zur Tolerierung eines SPD-Minderheitensenats darstellen. Zudem bedeuten sie „das erforderliche Ende einer uneingeschränkten, qualitätslosen SPD-Wachstumspolitik und das Ende der Verschwendung öffentlicher Gelder für unwirtschaftliche und sinnlose Großprojekte wie Reynolds und die beständige Hafenerweiterung."

Unter der Überschrift *„Umstrukturierung des Investitionshaushalts"* werden vor allem „extreme Wachstumsraten in den umgehend zu verwirklichenden Umweltschutzmaßnahmen" verlangt. Die perspektivlose Erweiterung des Hafens wie die bedingungslose Subventioniererei der gewerblichen Unternehmen sollen gestoppt werden. Dafür könnte die Elbsanierung angegangen und dem Waldsterben Einhalt geboten werden. 400 Mio. DM gibt der Landeshaushalt durch Umstrukturierung her, wenn auf Hafenerweiterung, die neue Polizeieinsatzzentrale, bisherige Wirtschaftsförderung und ähnliches verzichtet wird. Außerdem sollen die Investitionen durch Gebühren nach dem Verursacherprinzip refinanziert werden.

Subventionen sollen künftig an Kriterien wie Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen sowie der Gleichstellung von Frauen gebunden werden.

„Einen besonderen Hebel zur Durchsetzung der genannten wirtschaftlichen Ziele sieht die GAL in der *„Einbeziehung der öffentlichen Betriebe"*. So soll vermittels der senatseigenen HEW die Fernwärmeversorgung bis zum Jahre 2000 auf 50% aller Wohnungen ausgedehnt werden. Die Kosten hierfür werden auf jährlich 275 Mio. DM geschätzt, 6000 Arbeitsplätze wären damit geschaffen. Ob das sinnvoll ist, ist umstritten. Kritiker sagen, ein solches Programm lege einen auf Jahrzehnte fest und verbaue bessere Lösungen des Energieproblems. Tatsächlich ist das Fernwärmeprogramm der einzige konkrete Punkt in Sachen Energie im GAL-Papier.

Die *„Erweiterung des öffentlichen Investitionshaushalts"* zielt vor allem auf eine Erhöhung des jährlichen Bauprogramms von 5000 auf 8000 Sozialwohnungen. Die Ausweitung soll unter „maximaler Mitbestimmung aller Beteiligten" geschehen. „Neben dem Neubau menschengerechter Wohnungen" solle die Altbausanierung gefördert werden. Das alles ist reichlich schwammig und die bloß mengenmäßige Festlegung wird zu Recht kritisiert. Weder an der Finanzierungsweise, die den Banken eine sichere Anlage verschafft, noch an Extremen wie dem Bauherrenmodell wird gerüttelt, obwohl entsprechende Maßnahmen wohl auch ohne Beseitigung des Kapitalismus möglich sind.

Obwohl der Ausgangspunkt eine „bedürfnisorientierte Investitionsplanung" ist, erscheint das Bauprogramm in seiner Einseitigkeit denn mehr als Vehikel einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Versprochen werden bei einem Investitionsvolumen von 400 Mio. DM im Jahr 6000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Weitere Forderungen im Rahmen des Investitionshaushalts sind: Rüstungsausgabenabbau und Rüstungskonversion; Ausweitung der Mitbestimmung in den Behörden und öffentlich kontrollierten Betrieben; exemplarische Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in Hamburger Behörden und öffentlich kontrollierten Betrieben; Berücksichtigung der hohen Arbeitslosigkeit der ausländischen Kollegen bei allen beschäftigungspolitischen Maßnahmen; Abbau der Regionalkonkurrenz und Ausbau regionaler Strukturpolitik.

Den GAL-Forderungen unter dem Stichwort *„Keine Sparmaßnahmen im sozialen Bereich"* hat der SPD-Senat mittlerweile ein kleines Stückchen nachgegeben, insofern er zugesagt hat, den geplanten Personalabbau im öffentlichen Dienst für 1983 auszusetzen. Sonst hätte er die Zustimmung zum 600 Mio.-Kredit nicht bekommen.

Unter Verzicht auf Sparmaßnahmen im Sozialbereich versteht die GAL auch den Verzicht auf Gebührenerhöhungen bei den öffentlichen Unternehmen, sofern sie zu Lasten der Bevölkerung vorgenommen werden. Außerdem wird eine Kürzung der Spitzengehälter und der entsprechenden Altersbezüge im öffentlichen Dienst verlangt. Gekürzt werden soll bei den Beschaffungen für die Polizei, bei den Polizeistellen und bei der Kernforschung.

Fünfter Punkt des Katalogs bildet schließlich die *„Verbesserung der Einnahmen"*. Einschränkend wird wieder vermerkt, daß entscheidend die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Darüber hinaus können die Einnahmen auf Landesebene nur wenig beeinflußt werden, denn die hauptsächlichen Steuereinnahmen sind durch Bundesgesetze begründet. Den-

beeinflußt werden, denn die hauptsächlichen Steuereinnahmen sind durch Bundesgesetze begründet. Den-noch sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Erhöht werden soll der Hebesatz für die Gewerbesteuer. Da kann auch die SPD zustimmen, hat doch Hamburg einen der niedrigsten Steuersätze in der ganzen BRD. Die Gebühren- und Tarifordnungen sollen so verändert werden, daß sämtliche indirekte Subventionen wie z.B. durch die Stromtarife für Reynolds entfallen. Dritter Punkt ist die Eintreibung schuldhaft nicht gezahlter Steuern, die sich in Hamburg um die 800 Mio. DM belaufen. Die Betriebsprüfungen sollen verstärkt werden.

Auf Bundesebene fordert die GAL die Erhöhung der Steuersätze des Einkommensteuertarifs für höhere Einkommen. Als kurzfristige Übergangslösung wird eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer von 6% bei jährlichen Einkommen von 60000 DM für Alleinstehende bzw. 120000 DM für Verheiratete verlangt. Zur Begründung heißt es: „Anstatt daß der Staat sich diese Gelder zu hohen Zinsen auf dem Kapitalmarkt besorgen muß und damit für steigende Defizite sorgt, kann er auf dem Wege einer höheren Besteuerung hoher Einkommen einer steigenden Staatsverschuldung dauerhaft entgegenwirken."

Weiterhin soll sich der Senat auf Bundesebene für eine Erhöhung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Förderzinses für „Windfall-Profite" der Erdölförderungsgesellschaften, die Streichung des Flick-Paragraphen 6b und 6c des Einkommenssteuergesetzes, die grundsätzliche Besteuerung des Grundvermögens, das Verbot von Abschreibungsgesellschaften, den Abbau des Rüstungsetats und für eine grundsätzliche Reform des Steuerrechts, die den Ländern und Gemeinden mehr Autonomie einräumt, einsetzen.

Natürlich ist es leicht, aus der Ferne jene zu kritisieren, die ins Wasser geworfen sind. Dennoch, auch eingedenk des beschränkten Zwecks, den das Programm hat, so sind seine Mängel doch mehr dem Mangel an Zusammenhängen denn der Not des Konkreten geschuldet. Weshalb kein Energieprogramm, das wenigstens die zentralen Punkte benennt, weshalb bloß Ausweitung eines sozialen Wohnungsbaus, der sich bereits als Sackgasse erwiesen hat, weshalb keine einzige positive Forderung bezüglich notwendiger Reformen und der „Entstaatlichung" der Sozialversicherung und Sozialleistungen (auch wenn dies zum Teil die Bundesebene betrifft)? Weshalb überhaupt so verbissene zusammengewürfelte Versuche, zu mehr Staatseinnahmen zu kommen, ohne gleichzeitig wenigstens Ansätze zu liefern, in Staatsform gepreßte gesellschaftliche Tätigkeiten an die Gesellschaft zurückzugeben? Das ist genauso wichtig wie ein paar Seitenhiebe auf den Gewaltapparat, weil grundlegend.

Ein solches Sofortprogramm muß realistisch sein, ja, aber dieser Realismus darf nicht darin bestehen, sich den berühmten Sachzwängen zu unterwerfen. Neben der Beliebigkeit in einzelnen Teilen leuchtet durch das Papier die Gefahr, aus der richtigen Enthüllung reaktionärer Kritik an der „Staatsquote" heraus die Verstaatlichung der Gesellschaft unberührt zu lassen. Das ist ganz und gar nicht die Absicht der Autoren, kann aber leicht in der Praxis herauskommen. Der Hinweis, „daß die Mißverhältnisse in den Grundstrukturen der Wirtschaft und in den konkreten Lebensverhältnissen eine weitergehende Politik erfordert", würde dann zur Utopie.

Daß solche Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt die zentrale Formel, mehr Staatseinnahmen ließen sich nur durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreichen. Das ist erstens ökonomisch oberflächlich, zweitens schleicht es sich um die „Wachstumsfrage" herum und drittens wird so das bestehende Haushaltsvolumen zum Maßstab und Ausgangspunkt gemacht, nicht die gesellschaftlichen Probleme, die sich in den Defiziten der öffentlichen Haushalte ausdrücken.

Ökonomisch oberflächlich ist die Formel schon deshalb, weil maßgebend für die Krise der Staatseinnahmen der Zusammenbruch der Produktion des materiellen Reichtums ist, deren eine Begleiterscheinung Arbeitslosigkeit ist. Das ist technisch so, weil bekanntlich nicht bloß die Lohnsteuerzahlung der Arbeitslosen entfällt, und es ist vor allem der Sache nach so. Dies festzuhalten, ist deshalb von Bedeutung, weil bloß unter kapitalistischen Vorzeichen ein verminderter Zuwachs der materiellen Produktion oder deren Stagnation auf unverändertem Niveau zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit führt. Alternative Wirtschaftspolitik muß unter anderem eben aus diesem Kausalzusammenhang herausführen.

Das führt zum zweiten Fehler, der die Finanzkrise nur als fiskalische sieht. Sachlich liegt dieser Krise doch zugrunde, daß der bisherige Anteil des Staates am Konsum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse – so wie sie sind – nicht mehr ausreicht, weil das Gesamtprodukt nicht mehr wie bisher wächst. Wenn man der Meinung ist, daß zur Befriedigung der öffentlichen und der individuellen Bedürfnisse ein höheres Produktionsniveau notwendig ist, dann soll man das auch sagen. Bedürfnisorientierte Produktion kann nicht die individuellen Bedürfnisse außen vor lassen, in der Hoffnung, das regele sich schon, wenn bloß die Massenkaufkraft dank staatlicher Arbeitsbeschaffung wieder steigt.

Der dritte Fehler mutet an wie ein Versprecher, der aus einem falschen Verständnis folgt. „Eine grundsätzliche Verbesserung der Einnahmesituation wird nur durch eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreicht", das heißt doch im Klartext, die Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden, damit (auch) der Staat wieder zu seinem Geld kommt. So aber wird die Sichtweise verdreht, das kann doch kein Ziel sein. Sondern es geht darum, die Bedürfnisbefriedigung sicherzustellen, auch der öffentlichen Bedürfnisse. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aber führt unmittelbar zur Zurückführung des öffentlichen Haushaltsvolumens, weil weniger Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe usw. gezahlt werden muß. Nicht Sicherung der Einnahmen also, sondern Überflüssigmachen von Ausgaben und so herum Senkung der Staatsquote also.

Scheinbar bloße Schlampigkeiten in der Formulierung können so Ziele vermitteln, die gar nicht gemeint sind.



Nachdem die elementaren Interessen der Lohnabhängigen in den grünen Programmen zunächst unterbelichtet waren, droht nun verschiedentlich die „Arbeitsbeschaffung" zum Selbstzweck zu werden. Investitionsprogramme, vor allem im Bereich des Umweltschutzes, werden dadurch schmackhaft gemacht, daß sie Arbeitsplätze schafften. Dabei ist die Forderung nach Arbeit doch nur der spontane Ausdruck unbefriedigter Bedürfnisse, deren Erfüllung für den Arbeiter im Kapitalismus nur über den Umweg des Verkaufs der Arbeitskraft möglich ist. Es geht aber nicht darum, der Gesellschaft mehr Arbeit zu schaffen, sondern darum, die vorhandenen Produktivkräfte zur optimalen Befriedigung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse zu nutzen und gleichzeitig freie Zeit für alle zu schaffen. Auch ein Sofortprogramm muß von diesen grundlegenden Zusammenhängen ausgehen, sonst werden unreflektierte, flasche Ziele gesetzt und frühere Fehler durch neue ersetzt.



Der Streik der 25000 indischen Textilarbeiter in Bombay *(siehe KVZ 32, S. 12)* dauert an. Verhandlungen werden von der Regierung blockiert, die keine Gespräche zwischen Textilkapitalisten und der nicht anerkannten Maharashtra Girni Kamgar Gewerkschaft unter Vorsitz des Streikführers Samant wünscht. Die Arbeiter, die sich im August beispielsweise einer mehrere Tage dauernden Rebellion von Polizisten in Bombay angeschlossen hatten, sind verbittert. Demonstrationen auch in den letzten Wochen *(siehe Bild)*. Die Regierung hat jetzt eine Kommission zur Untersuchung der Lage in der gesamten indischen Textilindustrie eingesetzt. Runde 9 Mark Lohnerhöhung für die Arbeiter werden von beiden Seiten abgelehnt.

IG Metall-Vorstand für 35-Stunden-Woche

H. Janßen will zurücktreten / nicht zurücktreten / bietet sein Ressort an

geh. Auf der jüngsten Klausurtagung des IG Metall-Vorstandes in Ludwigshafen wurden die tarifpolitischen Weichen für die Lohnabhängigen in der Metallindustrie gestellt. Aber auch über den Bereich hinaus haben die Beschlüsse Signalwirkung.

Sicherung der Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate ist das erklärte Ziel des Vorstandes in der nächsten Tarifrunde. Dem Vernehmen nach soll es sich dabei um eine reine „Prozentrunde“ handeln, jedenfalls ist nicht die Notwendigkeit einer „sozialen Komponente“ angesprochen worden. Geht man nach den üblichen Tarifrunden-Chiffren, so signalisiert dies einen relativ niedrigen Abschluß, der erneut Verluste bei den Realeinkommen hinnimmt. Es scheint, daß jedenfalls ein größerer Kampf in diesem Jahr vermieden werden soll. Oder sollte sich hinter der Vokabel „Ausgleich der Preissteigerungsrate“ tatsächlich der Wille verbergen, einen Abschluß in Höhe der zu befürchtenden Preissteigerungsrate durchzusetzen? Das „Arbeitspapier zur Tarifbewegung 81/82“ stellt ja selbstkritisch fest: „Erstmals seit Beginn der Beschäftigungskrise hat die IG Metall unter der eigenen Preisprognose abgeschlossen, die keinesfalls über den Preisprognosen von anderen lag.“ Und in den Tarifkampf war der Vorstand ja noch nach der tradionellen Tarifformel: Forderung = Preissteigerung + Produktivität gezogen. E. Loderer hat sich gegenüber dem „Handelsblatt“ geweigert, die „Inflationsrate“ weiter zu präzisieren. Also haben jetzt die Belegschaften Möglichkeiten ihre Auffassungen von Erhaltung des Realeinkommens zu präzisieren.

Die klare Festlegung für die 35-Stunden-Woche und gegen die Tarifrente kam allerdings doch etwas überraschend. Auf der Juni-Klausurtagung hatte es noch geheißen: „Die IG Metall wird 1982 und 1983 keine isolierte Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Tarifrente) fordern. Die grundlegende gesellschaftliche Bedeutung einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auch durch Tarifvertrag wird nicht in Frage gestellt.“ Das hatte die Verknüpfung der verschiedenen Konzepte nahegelegt. Insbesondere hatte H. Janßen in einem Exklusiv-Handelsblatt-Interview den Beschluß so interpretiert. Auch hatten sich starke Bezirke, Köln und München, bereits auf das Tarifrenten-Modell öffentlich festgelegt. Das allerdings waren solche Versuche, die Entscheidung der Gesamtorganisation zu präjudizieren. Das war im letzten Vorstandsklausurbeschluß schon kritisiert worden. (vgl. KVZ 36/1982, S. 13) Der genaue Beschluß der jüngsten Klausurtagung liegt noch nicht vor, jedoch hat E. Loderer vor der Presse erläutert, daß selbstverständlich die IG Metall die Kosten dieser Forderung berücksichtigen werde und an ein Stufenmodell bei der Durchsetzung gedacht sei. Soweit der Beschluß bisher zu beurteilen ist, ist er für die Arbeiterbewegung nur nützlich, auch daß die IG Metall auch die Flanke zur Lebensarbeitszeit geschlossen hat. Loderer: „Wir fordern daher die Bundesregierung und den Bundestag erneut mit allem Nachdruck auf, umgehend gesetzliche Initiativen zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze zu ergreifen.“ Sicher hat zu dieser Entscheidung des Vorstandes das Scheitern der SPD/FDP-Regierung in Bonn mit beigetragen. Denn mit dem am 20./21.9. absehbaren Sturz der Sozialdemokraten aus der Regierung schien sich dem Vorstand der Tarifrenten-Pakt zwischen Teilen der Gewerkschaftsführung und der SPD-Fraktion seiner Grundlage beraubt.

Zwischen die Räder war so der „Vater“ der Tarifrente gekommen, H. Janßen. Lediglich er stimmte gegen den 35-Stunden-Beschluß. Wie ein trotziger Bub sprach er dann von Rücktritt, blieb der folgenden Pressekonferenz fern, zog den Rücktritt als Vorstandsmitglied wieder zurück, um dann am letzten Montag erneut sein Amt als „Tarifexperte“ im Vorstand wieder zurückzugeben. Zwar war H. Janßen 1977 gegen den Willen des Vorstands in den Vorstand gewählt worden. Doch die Metaller werden seine ungeschickte Taktik, gezielte Indiskretionen wie bei der letztjährigen Forderungsaufstellung, seine Interviews in denen er vorab schon Teile von Tarifforderungen preisgab, seine gestelzten Reden über seine Erfolge usw. nicht besondern vermissen. Einen „tarifpolitischen General“ wie das „Handelsblatt“ ihn bezeichnete, verliert die Arbeiterbewegung nicht in ihm.

Streiks und Demonstrationen im französischen Stahlrevier

kvz. Die Pläne der französischen Regierung haben sie auf die Straße getrieben – die Stahlarbeiter in Ost- und Nordfrankreich, die am Wochenende eine Kampfansage gegen die Umstrukturierung der beiden größten Stahlkonzerne des Landes, Usinor und Sacilor, formulierten. Nach den Plänen sollen bei der Umstrukturierung 10000 Arbeiter entlassen werden. Bei Sacilor sollen im Rahmen des Modernisierungsplans bis 1986 ca. 6000 von 50000 Arbeitern rausfliegen, davon allein 2300 in dem Werk Pompey in Ostfrankreich. Hier reagierten die Arbeiter mit Demonstrationen und Straßensperren. Stundenlang wurde die Eisenbahnlinie zwischen Straßburg und Paris blockiert. Die Beschäftigten des zum Usinor-Konzern gehörenden Edelstahlwerks La Chiers im nordfranzösischen Ardennen-Ort Vireux Molhain demonstrierten am Freitag und Samstag zusammen mit Gegnern des Kernkraftwerks von Chooz. Auch hier wurden Straßensperren errichtet und scharfe Auseinandersetzungen mit anrückenden Polizeieinheiten geführt. Ausgangspunkt des Kampfes bildet hier der Plan, daß gesamte Werk La Chiers mit seinen 800 Beschäftigten noch im Jahr 1983 stillzulegen. – Der Druck in diesen Kämpfen geht diesmal nicht auf die Kapitalisten, sondern gegen die sozialistische Regierung selber.

zösischen Ardennen-Ort Vireux Molhain demonstrierten am Freitag und Samstag zusammen mit Gegnern des Kernkraftwerks von Chooz. Auch hier wurden Straßensperren errichtet und scharfe Auseinandersetzungen mit anrückenden Polizeieinheiten geführt. Ausgangspunkt des Kampfes bildet hier der Plan, daß gesamte Werk La Chiers mit seinen 800 Beschäftigten noch im Jahr 1983 stillzulegen. – Der Druck in diesen Kämpfen geht diesmal nicht auf die Kapitalisten, sondern gegen die sozialistische Regierung selber.

Denn beide Konzerne, Sacilor und Usinor, wurden erst im November 1980 verstaatlicht (zu 90%). Die Proteste ruhen auch auf dem Hintergrund, daß erst 1977 16000 und dann 1979 weitere 22000 Stahlarbeiter entlassen wurden. Nach den Auseinandersetzungen am Wochenende hat Forschungs- und Industrieminister Jean-Pierre Chevènement großzügig angekündigt, mit Werkschließungen sei aber doch nicht vor 1984 zu rechnen. Dann sollten erst die Alten pensioniert und per Umschulung neue Arbeitsplätze besetzt werden. Noch in dieser Woche will der Minister eine Delegation der Stahlarbeitergewerkschaft empfangen.

Proteste gegen Rationalisierung in Schweizer Uhrenindustrie

kvz. Am letzten Samstag demonstrierten in Biel, einem Zentrum der Uhrenindustrie, über 5000 Gewerkschafter gegen die Rationalisierungsbestrebungen der Schweizer Uhrenkapitalisten. Sie forderten „Stopp des Massakers in der Uhrenindustrie“, staatliche Hilfen für konkurrenzunfähige Betriebe und die Ansiedlung neuer Industriezweige. – Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 2000 Beschäftigte aus den großen Betrieben rausgeschmissen. Aber die wahren Ausmaße der Rationalisierungen kommen erst bei Betrachtung der Entwicklung in den letzten Jahren zum Ausdruck: Von den 1169 Uhrenfabriken des Jahres 1975 produzieren nur noch knapp 800, von den damals 62500 Facharbeitern sind nur noch 39750 in ihrem Beruf tätig. Luc Tissot, Sproß der gleichnamigen Uhrendynastie kündigte nun an, „erst bei rund 25000 Arbeitsplätzen“ käme die Schweizer Uhrenindustrie wieder auf einen grünen Zweig. Das aber würde die Entlassung von weiteren 15000 Beschäftigten in den nächsten Jahren bedeuten. Die Uhrenkapitalisten begründen die schroffen Maßnahmen gegen die Arbeiter im wesentlichen mit der japanischen Konkurrenz auf dem Uhrenmarkt. Noch zu Beginn der siebziger Jahre hielt die schweizerische Uhrenindustrie einen Anteil von 45% am Weltabsatz, doch danach – vor allem mit dem Aufschwung der elektronischen Uhren – ging der Anteil immer mehr zurück. Im Jahr 1981 produzierten die Schweizer nur noch 25,4 Mio. Uhren von 275 Mio. geschätzten weltwelt, also noch knappe 9%. 1974 schworen die Schweizer Uhrenfabrikanten noch Stein und Bein auf die mechanische Uhr: „Die elektronische Uhr ist weit davon entfernt, die mechanische Uhr zu konkurrenzieren.“ Doch damit hatte man sich verrechnet. Die Folgen dieser „Fehlentwicklung“ mußten die schweizerischen Uhrenarbeiter austragen.

Wer „bummelt“, ist ohne Anspruch auf Feiertagsgeld

kvz. Bleibt ein Arbeiter/Angestellter am letzten Tag vor oder am ersten Tag nach Feiertagen der Arbeit unentschuldigt fern, so hat er keinen Anspruch auf Feiertagsbezahlung. So büßt ein Beschäftigter, der bei einer vereinbarten Betriebsruhe zwischen Weihnachten und Neujahr am letzten Arbeitstag vor Weihnachten oder am ersten Arbeitstag nach Neujahr „bummelt“, nicht nur den Lohn für die Weih-

Wer „bummelt“, ist ohne Anspruch auf Feiertagsgeld

kvz. Bleibt ein Arbeiter/Angestellter am letzten Tag vor oder am ersten Tag nach Feiertagen der Arbeit unentschuldigt fern, so hat er keinen Anspruch auf Feiertagsbezahlung. So büßt ein Beschäftigter, der bei einer vereinbarten Betriebsruhe zwischen Weihnachten und Neujahr am letzten Arbeitstag vor Weihnachten oder am ersten Arbeitstag nach Neujahr „bummelt“, nicht nur den Lohn für die Weih-

nachtsfeiertage, sondern auch die Bezahlung für den Neujahrstag ein, hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel in einem jetzt veröffentlichten Urteil festgestellt (AZ: 3 ARZ 1036/79). Diese Regelung – so die Richter – wirke der eigenmächtigen Verlängerung von Freizeit im Zusammenhang mit vom Kapitalisten zu zahlenden Feiertagen entgegen. Der Gesetzgeber habe zwar das Feiertags-Lohnfortzahlungsgesetz im Juni 1975 geändert, die entsprechende „Sanktionsregelung“ jedoch unberührt gelassen. Insofern ist nach Meinung des BAG davon auszugehen, daß er diese Handhabung billige.

Simitis-Studie: Weniger Rechte für KKW-Betriebsräte

kvz. Nach einer Studie des Frankfurter Staats- und Arbeitsrechtlers Professor Simitis haben Betriebsräte in Kernkraftwerken unzulässig weniger Rechte als andere betriebliche Arbeiter- und Angestelltenvertretungen. In weiten Bereichen seien die Rechte quasi gegenstandslos, erklärte Simitis in einem Gutachten, das er für den DGB-Bundesvorstand angefertigt hat. Beteiligungsrechte der Betriebsräte in KKWs würden durch Behördenvorschriften widerrechtlich eingeschränkt. Darunter fielen solche Dinge wie: Sicherheitsüberprüfungen des Personals durch den Verfassungsschutz, keine Befugnisse in Sachen Behördenvorschriften über die fachliche, physische und psychische Eignung von Beschäftigten in Kernkraftwerken. Insgesamt würden die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte in personellen Angelegenheiten weitgehend eingeschränkt. Im Dezember wird jetzt eine DGB-Bundesvorstandskonferenz mit Betriebsräten aus KKWs stattfinden, um die Studie zu beraten.





Der „kleine“ Generalstreik in England

kvz. Am 22. September, dem Tag des „kleinen Generalstreiks“ in Großbritannien, fand in London eine Demonstration mit über 100000 Teilnehmern statt. Mit dem Generalstreik sollte der Kampf der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten für höhere Löhne und gegen Privatisierungspläne der Regierung unterstützt werden. Außerdem hatte der Gewerkschaftsdachverband TUC den Kampf gegen das Tebbit-Gesetz, das u.a. Solidaritätsstreiks Beschäftigter anderer Branchen strafrechtlich verfolgen soll, mit auf die Tagesordnung gesetzt. Die Streikbeteiligung der einzelnen Branchen war unterschiedlich. Es erschienen keine Zeitungen, die Hafenarbeiter streikten 24 Stunden; an einigen Orten fanden Versammlungen während der Arbeitszeit statt und wurden Geldsammlungen zur Unterstützung der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten durchgeführt.

rung unterstützt werden. Außerdem hatte der Gewerkschaftsdachverband TUC den Kampf gegen das Tebbit-Gesetz, das u.a. Solidaritätsstreiks Beschäftigter anderer Branchen strafrechtlich verfolgen soll, mit auf die Tagesordnung gesetzt. Die Streikbeteiligung der einzelnen Branchen war unterschiedlich. Es erschienen keine Zeitungen, die Hafenarbeiter streikten 24 Stunden; an einigen Orten fanden Versammlungen während der Arbeitszeit statt und wurden Geldsammlungen zur Unterstützung der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten durchgeführt.

Neuwahlen in den Gewerkschaften

Rappe soll IG Chemie-Vorsitzender werden / ÖTV wählt Wulf-Mathies

geh. Nachdem durch die Wahl des neuen DGB-Vorstands bei der Deutschen Postgewerkschaft Neuwahlen ins Haus standen, sind durch Rücktritte der jeweiligen Vorsitzenden Neuwahlen auch bei der ÖTV und der IG Chemie zwischen den regulären Gewerkschaftstagen notwendig.

Bei der IG Chemie hatte sich der alte Vorsitzende K. Hauenschild, der eigentlich nicht wieder kandidieren wollte wieder zum Vorsitzenden wählen lassen. Dem war eine heftige Abrechnung mit linken Kritikern des alten Gewerkschaftskurses und die Abwahl ihrer Exponenten aus dem Vorstand auf dem Kongreß vorausgegangen. Nun ist Hauenschild zurückgetreten und will so einen reibungslosen Übergang des Vorsitzes an den bisherigen stv. Vorsitzenden und SPD-MdB H. Rappe erreichen. Dazu soll am 6. Dezember auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag gewählt werden. Es gibt keinen Gegenkandidaten.

Anders ist es bei der ÖTV. Deren Vorsitzender H. Kluncker war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Als seinen Nachfolger hatte er M. Wulf-Mathies, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands, vorgeschlagen. Zwischenzeitlich hat aber auch der bisherige stv. Vorsitzende der ÖTV, S. Mertens seine Kandidatur angemeldet. Der 59köpfige Hauptvorstand der ÖTV konnte sich nicht zu einer Befürwortung des einen oder anderen Kandidaten durchringen.

M. Wulf-Mathies ist im bisherigen geschäftsführenden Hauptvorstand für die Bereiche Sozial- und Gesundheitspolitik, Frauen und kirchliche Mitarbeiter zuständig. Erst rund 10 Jahre in der Gewerkschaft hat sie ihren Weg über die ÖTV-Gruppe im Bundeskanzleramt, wo sie als Referentin für Sozial- und Gesellschaftspolitik bei H. Schmidt arbeitet in den ÖTV-Vorstand gemacht. Sie ist erst 40 Jahre alt.

S. Mertens ist im geschäftsführenden Hauptvorstand für Tariffragen, Transport und Verkehr zuständig. Er hat die Ochsentour in der Gewerkschaft hinter sich: Betriebsratsvorsitzender, Kreisgeschäftsstellensekretär, Bezirkssekretär, Bezirksleiter, ÖTV-Verbindungsstelle Bonn, Hauptvorstand, stellvertretender Vorsitzender.

Vielleicht hat S. Mertens in der Gewerkschaft die stärksten Bataillone hinter sich. Man sagt, es wären die Müllarbeiter, Hafenarbeiter, die LKW-Fahrer. Doch auch M. Wulf-Mathies hat wohl ihre Verbündeten, die Organisierten im Gesundheitsbereich, die Frauen und Büroangestellten. Auf Verdienste können sie auch beide verweisen: S. Mertens rechnet sich die Organisierung des Hafenarbeiterstreiks, des Streiks der Zivilangestellten bei den Alliierten, die Aktionen bei den LKW-Fahrern und die Initialzündung gegen die Kandidatur Pfeiffers zum DGB-Vorsitzenden zu, M. Wulf-Mathies, daß die ÖTV erstmals einen Stand im Gesundheitsbereich, bei der „Konzertierten Aktion im Gesundheitsbereich“ hat.

Ihre Schwächen haben allerdings auch beide Kandidaten: S. Mertens war als „Tarifexperte“ für die Zulagentarifverträge zuständig, bei denen der Bund wegen fehlender Nachwirkungs-Klauseln mit der vollständigen Streichung der Zulagen für die Arbeiter und durch die Anbindung der Angestelltenzulagen an die Beamtenregelungen ebenfalls mit deren Kürzung drohen konnte. Im kirchlichen Bereich führte die von der ÖTV eingeschlagene Taktik, die Auseinandersetzung um Zugang und Tarifrechten vor den Gerichten auszutragen, in eine Sackgasse für die Gewerkschaft.

Vielleicht ist für die westdeutschen Gewerkschaften im Augenblick eine spürbare Veränderung gerade in ihren Führungen günstig, damit die politischen Veränderungen und Bewegungen der Mitgliedschaft und der unteren Funktionärsebenen sich auch als Veränderungen des Kurses der Organisationen niederschlagen können. Das solche Hoffnungen nicht einfach aufgehen müssen, zeigt die bisherige Amtsführung des DGB-Vorsitzenden Breit, der eher noch stärker als sein Vorgänger Vetter den Gewerkschaften ihre traditionelle Rolle gegenüber Parlament und Regierung zugewiesen hat.

Die Delegierten wählten M. Wulf-Mathies mit 326 gegen 304 Stimmen für S. Mertens zur Vorsitzenden. Und, last not least, eine Alibi-Frau ist M. Wulf-Mathies nach einer solchen Wahl ganz bestimmt nicht.

Sanierung: teuer und schädlich



Das vom Vorstandsprecher der Neuen Heimat D. Hoffmann vorgelegte Sanierungskonzept für die Neue Heimat hat erneut in den Gewerkschaften den Unmut über die Neue Heimat, aber auch über die Art und Weise, wie die Gewerkschaftsführungen diese Fragen behandeln, aufflammen lassen.

In aller Stille haben die Aufsichtsräte der Neuen Heimat-Gesellschaften, in denen die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften versammelt sind, bereits das Konzept abgesegnet. Seit Monaten war klar, daß die Sanierung einen gewaltigen Finanzschub für die Wohnungsbaugesellschaften erforderte. Am letzten Wochenende platzte die „Bild am Sonntag" mit der Hiobsbotschaft eines Konkurses der Neuen Heimat heraus. Tatsächlich ist die Neue Heimat-Tochter NH-Städtebau akut gefährdet. Wenn sie nicht bis zum Ende dieses Monats ihre Verluste ausgleichen kann, ist sie zahlungsunfähig. Die Jahresbilanz der NH-Städtebau weist für das Jahr 1981 einen Verlust von 306 Mio. DM im Inlandgeschaft aus, der sich noch um weitere 264 Mio. DM Verluste im Ausland erhöht. Da aus anderen Gewinnen und Rücklagen nur maximal 116 Mio. DM entnommen werden können, sind nach dem Konzept 350 Mio. DM Kapitaleinschuß und weitere 50 Mio. DM als Kapitalaufstockung vorgesehen.

Die Verluste sind vor allem durch gewaltige Spekulationsgeschäfte entstanden, die in den 70er Jahren im In- und Ausland gemacht worden sind. Grundstücke wurden gekauft und Anlagen darauf errichtet. Die dazu notwendigen Gelder wurden durch Kredite finanziert – 3,5 Mrd. DM „Engagement" stehen bei der NH-Städtebau 180 Mio. DM Eigenkapital gegenüber. Im Untersuchungsbericht wird die Situation so beschrieben: bis 1974 sei es kein Problem gewesen „die erforderliche Liquidität im Kreditwesen zu beschaffen und die Rentabilität im Investitionsbereich durch Aktivierung sämtlicher Vorhaltekosten (insbesondere Zinsen) im Vorgriff auf künftige unterstellte Wertsteigerungen herzustellen". Der Abschwung 1974 – 76 habe dann gezeigt, „daß die gesetzten spekulativen Erwartungen nicht erfüllt und Verluste angefallen waren". Die wurden immer weiter durch neue Kredite kaschiert.

Nun sollen Immobilien abgestoßen werden und insbesondere das Auslandsgeschäft mittelfristig aufgegeben werden.

Für die Beschäftigten soll sich ebenfalls was ändern. „Anpassung der Personalkapazität" an die Aufgaben – die Worte sind bekannt aus Sanierungsplänen „normal kapitalistisch" betriebener Unternehmen. Im einzelnen steht eine Verringerung der Belegschaft von 700 auf 500 – 530, davon allein 100 in der Zentrale, auf dem Papier. Das ist aber noch nicht alles. Unter der Losung „Die Reduzierung der persönlichen Kosten hat Vorrang vor dem Abbau der Arbeitsplätze" soll in Verhandlungen mit Betriebsrat und Gewerkschaften eine Kürzung der Pensionsverpflichtungen durchgesetzt werden. Die bisherige Abgeltung der Fahrtzeit soll zumindest verringert werden. Ebenso die bisher über den üblichen tariflichen Regelungen liegenden Sonderzahlungen.

Soweit die NH-Städtebau. Für die Neue Heimat Muttergesellschaft ist die Lage anscheinend noch nicht so dringend. Allerdings sollen auch hier die „Maßnahmen zur Reduzierung der persönlichen Kosten" Anwendung finden. Hier trifft dieser Katalog rd. 5000 Beschäftigte. Ebenfalls, so wird spekuliert, sei ein weiterer Kapitaleinschuß von 50 – 100 Mio. DM bei der NH-Muttergesellschaft im Verlauf des laufenden Rechnungsjahres notwendig. Schon jetzt ist sicher, daß die vorhandenen Immobilien um 1 Mrd. DM nachbeliehen werden müssen, um in diesem Jahr die notwendige Liquidität herzustellen.

Selbst diese Roßkur reicht noch nicht aus. Nach den Plänen der Sanierer sollen 30000 bisherige „Gebrauchtwohnungen", d.h. bisherige Mietwohnungen, verkauft werden. Bisher stand ein Aufsichtsratsbeschluß, daß Mietwohnungen nur an die Mieter verkauft werden dürfen. Der Kreis soll jetzt auf „andere, insbesondere ausgewählte institutionelle Anleger" ausgeweitet werden. Mit dieser Formulierung soll wohl der Eindruck vermieden werden, daß die Wohnungen Spekulanten in die Hände fallen. Doch welche „Institution" hat heute schon Geld flüssig? Da werden die Wohnungen in Ermangelung von solventen Mietern und „Institutionen" doch zur Spekulationsmasse.

Der Bau von Sozialwohnungen soll drastisch reduziert werden, statt dessen soll der „Bestellbau" forciert werden. Im Klartext: zugunsten des sozialen Wohnungsbaus sollen Geschäfte nach dem Bauherren-Modell, das die Baupreise wie auch die Mietpreise in die Höhe betreibt, gefördert werden.

Wenn man diesem Konzept folge, verheißt Sanierer Hoffmann den Gewerkschaftsführern ab 1983 kontinuierlich bessere Betriebsergebnisse, ab 1985 ein „ausgeglichenes Ergebnis" und ab 1986 wieder „volle Dividenden".

Um die Kosten der Sanierung hat es in den Gewerkschaften einigen Wirbel gegeben. Um so mehr, als schon im Frühjahr 250 Mio. DM Kapital von den Gewerkschaften der Neuen Heimat zugeschossen worden war.

Der erweiterte Vorstand der IG Druck erklärte, „aus Gründen der Erhaltung ihrer Kampfbereitschaft und der Sicherung ihrer eigentlichen Aufgaben kann die IG Druck und Papier weder jetzt noch zukünftig eine Kapitalerhöhung, weitere Darlehensleistungen oder Verlustzuweisungen mit vollziehen". Lediglich einen „Solidaritätsbeitrag" von 3 Mio. DM wollte der Vorstand übernehmen. Wie schon bei der ersten Sanierungsaktion will die Gewerkschaft Holz und Kunststoff auch diesmal nicht zahlen. Bislang zögern noch die NGG und die Textilgewerkschaft, letztere will dies auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober entscheiden lassen. Auf die großen – finanzkräftigeren – Gewerkschaften IG Metall, IG Bau, IG Bergbau entfällt, gemäß ihrem Anteil am Stammkapital, der größte Batzen. Sie wollen zahlen. IG Bergbau-Vorsitzender A. Schmidt begründete dies mit einem Vergleich: Die Gewerkschaften seien schließlich die „Arbeitgeber" bei der neuen Heimat. So wie die Gewerkschaften in anderen Fällen die Arbeitgeber „in die Pflicht" nähmen, seien die Gewerkschaften nun gefordert und müßten zahlen.

Für einige Gewerkschaften sind die Zahlungen allerdings zu hoch, als daß sie einfach weggesteckt werden könnten. Der 11,6 Mio. DM-Anteil der IG Druck liegt in der Größenordnung der Ausgaben für den letzten Streik im Jahre 1978. An den damals entstandenen Schulden, die bei der BfG und beim DGB entstanden, zahlt die Gewerkschaft bis heute. Zahlte sie jetzt an die NH, bedeutete dies erneute jahrelange Verschuldung – und weitgehende Kampfunfähigkeit. Ähnlich sieht es bei der GHK aus.

Aber auch die Großen spüren die Folgen. Der Anteil der IG Metall liegt beispielsweise in der Größenordnung der jährlichen Rückstellungen für Kampfmaßnahmen.

Der Unmut in den Gewerkschaften hat sich am Geld entzündet, das die Mitglieder aufbringen müssen, um die Kosten der Spekulationsgeschäfte der Neuen Heimat zu tragen. Es fragt sich darüberhinaus, was auf die Dauer mehr schadet: die Kosten der Sanierung oder die Sanierung, wie sie geplant ist.

Man lege an die Sanierung die Meßlatte des vom letzten DGB-Bundeskongreß im Mai, der ja ganz im Zeichen der Neuen-Heimat-Krise stand, beschlossenen Initiativantrags zu den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften an. Da heißt es: „Gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind als Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeitnehmer weiterhin zu erhalten." Und: „Der Aufbau und die Struktur der Unternehmen sind den sich wandelnden Anforderungen anzupassen. Dies gilt für die Veränderungen, die sich aus der besonderen Aufgabenstellung der Unternehmen und aus der Weiterentwicklung der wohnungs- und städtebaulichen Zielvorstellungen des deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben."

Die Umwandlung von 30000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen wird für die Mieter die Vertreibung oder zumindest Mieterhöhungen zur Folge haben. Da dies fast jede 10. NH-Wohnung trifft, wird dies sicherlich Auswirkungen haben. Dies wird ebenso wie die Entscheidung, den „sozialen Wohnungsbau" zu reduzieren und statt dessen den „Auftragsbau" – sprich Wohnungen als Kapitalanlage zu forcieren – nicht als „Selbsthilfeeinrichtung für Arbeitnehmer" zu verstehen sein. (Höchstens als Selbsthilfeeinrichtung für die Spitzenfunktionäre mit ihren hohen Einkommen, möchte man sagen.) Ebenso wenig sind die Zielsetzungen, die mit der Sanierung verfolgt werden, in den wohnungs- und städtebaulichen Zielvorstellungen der Gewerkschaften zu finden. Überhaupt ist dafür keine besondere, nicht gemeinnützig arbeitende Gesellschaft NH-Städtebau notwendig.

Und die Maßnahmen zum Personalabbau und zur Reduzierung der „persönlichen Kosten" werden demnächst jeder Belegschaft, jedem Betriebsrat und jeder Gewerkschaft, die gegen ähnliche Sanierungspläne kämpfen, um die Ohren gehauen werden.

Weder genügt die Sanierung also den seinerzeit einstimmig beschlossenen Richtlinien noch gehen so von den gewerkschaftlichen Unternehmen positive Impulse aus, wie sich die Arbeiterbewegung die Struktur einer zukünftigen Wirtschaft vorstellt. Notwendig ist einerseits das Ende von Spekulationsgeschäften. Vor allem wäre eine Rückbesinnung auf Elemente der Genossenschaften notwendig: Bestimmung und Kontrolle durch Beschäftigte und „Genossen", d.h. die Gewerkschaften bzw. deren Mitglieder, Umwandlung von Betrieben in tatsächliche Genossenschaften.

Zur Kasse bitte ...
Neue Heimat-Städtebau-Sanierung gesamt (400 Mio. DM)

	Anteil NH in Prozent	Sanierungszuschuß Mio.	pro Mitglied DM
DGB	21,117	84,468	
IG BSE	21,117	84,468	157,08
IGM	21,117	84,468	32,21
IG BE	7,866	31,464	84,64
IG ChPK	5,783	23,132	35,34
ÖTV	5,150	20,600	17,44
NGG	4,133	16,532	62,83
GHK	3,983	15,932	99,55
IG Druck	2,900	11,600	76,42
GdED	2,650	10,600	26,37
GTB	1,250	5,000	17,30
G Led.	1,200	4,800	87,25
DPG	1,033	4,132	9,03
HBV	0,400	1,600	4,38
GEW	0,217	0,868	4,63
GGLF	0,067	0,268	6,29
Gesamt	100%	400,000	

Durchschnittszahlung der Mitglieder: DM 50,27

Konzept „AEG September '82"

Betriebsversammlung bei AEG-Telefunken in Frankfurt

maw. Nachdem am Dienstag der Vergleichsantrag von AEG-Telefunken von den Banken abgesegnet worden war, fand am Donnerstag, dem 23. September, eine außerordentliche Betriebsversammlung der zur Zentralverwaltung Frankfurt gehörenden Abteilungen statt. Beginn 15.00 Uhr. Versammlungsort war aus Sparsamkeit diesmal nicht das Hotel Intercontinental, sondern die Kantine der Zentrale Frankfurt. Bis in die Gänge hinein war es voll. Die meisten mußten stehend per Lautsprecher die Versammlung verfolgen.

Dr. Schieler von der Geschäftsleitung (GL) kam als erster zu Wort. Er sprach von der „für uns alle" ungewöhnlich schwierigen Situation – jetzt im Vergleich. Kurzfristig muß saniert werden, sonst ist „alles aus!". Seine Hoffnungen liegen auf der Konzentration auf den technischen Bereich, Rationalisierung und Sparmaßnahmen in der Zentralverwaltung. „Das hat bedeutende personelle Konsequenzen zur Folge" (alle folgenden Zitate von Dr. Schieler). Auch der Abbau von „Overhead Personal" sei vorgesehen. Im Inland werden Ende des Jahres nur noch 78000 Beschäftigte bei AEG-Telefunken sein. Das sind 13000 weniger, als für 1982 geplant war.

Im Juli 1982 waren in der Zentralverwaltung in Frankfurt 1250 Beschäftigte. „250 – 350 von den 1250 Mitarbeitern sind mit Stabstätigkeiten beschäftigt, die übrigen mit Dienstleistungen. Die Zentrale muß wieder mehr auf Planen, Steuern und Kontrollieren ausgerichtet werden. Deshalb Straffung und Anpassung ..." Jetzt soll und muß halt erst mal schrittweise von 1250 auf 820 „reduziert werden". Zu 30% sind auch AT-Angestellte von den Entlassungen betroffen. Von den insgesamt 430 betroffenen Beschäftigten werden 90 versetzt; bleiben 340, die „freigestellt" werden müssen. Davon wiederum 250 in der Zentralverwaltung in Frankfurt. Die übrigen in den Zentralen Berlin, Stuttgart usw.

Bisher sind dem Betriebsrat in der Zeit zwischen dem 14. und 19. September 141 Kolleginnen und Kollegen auf „Freistellungslisten" übergeben worden. In der 40. und 41. Woche sollen die ersten Kündigungen ausgesprochen werden. – Der Sozialplan läuft Ende 1982 aus. Verhandlungen über einen neuen Sozialplan ab 1983 sind diese Woche begonnen worden. Dr. Schieler dazu: „Wegen der Vergleichssituation wird dieser jedoch wesentlich geringer ausfallen!" Er betont, daß die „Straffung" in den nächsten Jahren weitergehen wird. Auch im Forschungsinstitut in Frankfurt-Niederrad werden 43 Beschäftigte entlassen.

An den Betriebsrat gewandt erklärte die GL, daß es innerhalb eines Vergleichsverfahrens keine „endlosen Diskussionen" geben dürfe. Beide Seiten müßten sich an den engen Terminplan halten! Nach diesen teils geschickt jonglierten Zahlen – Totenstille – kein Beifall für den Sanierer. Die meisten hatten mitgeschrieben, sonst hätte man gar nicht durch den Zahlensalat durchgeblickt.

In der anschließenden Diskussion kamen üble Methoden der AEG-GL bei den vorgesehenen Entlassungen zur Sprache. So hatte ein Kollege, der schon mehr als 30 Jahre bei der AEG ist, auf einmal nur noch ein halbes Jahr Kündigungsfrist, statt eigentlich einem Jahr. Obwohl jahrelang Abteilungsleiter, wurde ihm per Beurteilung zur Begründung der Entlassung bescheinigt, daß er von seinem Sachgebiet überhaupt nichts verstehe und auf diesem Posten total fehl am Platze sei!

Andere Kollegen kritisierten, daß ein Konzept fehle und die Entlassungen immer das einfachste sind. Gegen die, bei der AEG üblichen, ständigen Versetzungen, Umzüge, Re- und Umorganisierungen von Abteilungen sprachen sich mehrere Kollegen aus. Rainer Göbel von der Verwaltungsstelle Frankfurt der IGM forderte eine neue Unternehmenspolitik und betonte, wie üblich, daß die IGM, obwohl bei AEG nur wenige Mitglieder sind, dennoch alles tun wolle, um die Belegschaft zu unterstützen. Dieser Beitrag stieß auf Ablehnung, gefordert wurden Vorschläge, wie es denn weitergehen soll. Von den Rednern wurde immer wieder gefordert, „die da oben zur Verantwortung zu ziehen, die durch ihre Unternehmenspolitik Schuld an der Lage sind". Der Betriebsrat prangerte an, daß der Großteil der von Entlassung Betroffenen Kollegen sind, die nicht mehr als durchschnittlich 2000 DM verdienen. Von Dr. Schieler wurde eine Stellungnahme zum Stand der Diskussion um einen Belegschaftsbetrag bzw. der Eigenbeteiligung der Beschäftigten verlangt. Dieser sprach davon, daß sich schon „von oben herab was tue". Die Vorstandsmitglieder bekämen keine Pensionen mehr. Als nächstes seien die leitenden Angestellten dran.

Auf die Forderung nach der Veröffentlichung eines mehr als 200 Seiten umfassenden Papiers zur AEG-Sanierung bemerkte Dr. Schieler, daß man dies „in geeigneter Form, Stück für Stück, je nach Notwendigkeit, dem Betriebsrat vorlegen" werde. Der Betriebsratsvorsitzende bemerkte daraufhin, daß das, was heute gesagt wurde, wohl das Konzept AEG September 1982 sei und erinnerte an die Situation vor den Entlassungen 1979/80. Die lebhafte Diskussion hätte noch stundenlang weitergehen können, aus Zeitgründen wurde die Rednerliste abgebrochen.

Zum Abschluß schilderte Betriebsratsmitglied Wegmann in einem Beitrag zur Entwicklung der Schließung der Großmotorenfertigung in Berlin, daß die „Politik, die 20 Jahre lang bei der AEG von der GL gemacht wurde, verantwortlich ist für die Verluste. Die Banken haben der AEG nicht geholfen, wie die GL glaubhaft machen will, sondern haben mitgeholfen auf den Weg in die Pleite". – Im Bereich Forschung wurde seit 1970 ca. 10 mal der Leiter gewechselt. Teuer bezahlt wurden diese Wechsel. – Wird die Großmotorenfertigung wirklich dichtgemacht, ist absehbar, daß in wenigen Jahren auch die Regelungstechnik und andere Komponenten nicht mehr absetzbar sind. So gesehen ist das „Konzept" der GL mit der Konzentration auf den Bereich Technik schon jetzt zum Scheitern verurteilt.

Nur kurze Zeit wird es dauern, bis das Komponentengeschäft von Konkurrenzfirmen übernommen sein wird. Die Verantwortlichen bei AEG sind diejenigen, die durch ständige Re- und Umorganisierung alles zerschlagen haben. Ständiges Hin- und Herverlagern von Abteilungen, Aufkauf von Firmenbeteiligungen usw. Die Vorschläge der betroffenen Kollegen wurden nicht beachtet. – Nach diesem Beitrag, es war schon 18.00 Uhr, wurde die Versammlung beendet. Wie es weitergehen soll, wurde nicht geklärt. Man müßte, ähnlich wie in Berlin (s. den Bericht in der KVZ Nr. 36, S. 14) Arbeitsgruppen bilden, in denen man sich gemeinsam Klarheit über Ursachen und Zusammenhänge verschafft, Vorschläge der Beschäftigten aufgreift und Alternativen erarbeitet. Der defensiven Haltung der IGM, die sich für Opfer ausgesprochen hat, „wenn klar sei, daß sie nicht umsonst gebracht würden" (FR v.25.9.82), könnte das entgegenarbeiten.

Werftindustrie:

Entlassungswelle nur der Vorbote

500 Entlassungen und eine allgemeine Herabsetzung der Akkordverdienste um 20% (Bremer Vulkan) / 500 Entlassungen und Einmottung der Schiffbauhalle (Blohm + Voss) / 1300 Entlassungen im Rahmen eines Strukturkonzeptes (HDW) / Weitere Entlassungen bei der AG Weser Bremen und Seebeck Bremerhaven / Kurzarbeit z.T. bis in das Frühjahr 1983 (Flender Lübeck) / Streik auf dem Bremer Vulkan.
Im folgenden soll auf den unumkehrbaren Niedergang des westdeutschen Handelsschiffbaus und seine Ursachen eingegangen werden. Desweiteren am Beispiel Bremens auf die Möglichkeiten, die den Belegschaften bleiben, sich ihrer Haut zu wehren und damit auch eine weitere industrielle Verödung der Küstenregion zu verhindern.

ped.Bremen. Stagnation und Rückgang der Weltwirtschaft muß zwangsläufig zu einem Rückgang im seegehenden Handel führen. Die Verteuerung bestimmter Rohstoffe – hier vor allem des Öls – und der damit einhergehende Minderverbrauch in den entwickelten Ländern bzw. deren Substitution hat die gleiche Konsequenz. Der seegehende Welthandel hat sich von 1976 mit 17057 Mrd. Tonnenmeilen auf 16777 Mrd. 1980 und 15740 Mrd. 1981 verringert. An Handelsschiffen herrscht ein Überangebot, in größerem Umfang werden bereits wieder Schiffe eingemottet, und insgesamt verfallen die Frachtraten. Damit gerät der Handelsschiffbau weltweit in eine neue Krise.

Die spekulativen, kurzfristig orientierten Bocksprünge der Reeder wie der Werftkapitalisten verschärfen diese Krise um einiges. Was am Tankerboom am deutlichsten, spielt sich weiter regelmäßig mit anderen Schiffstypen ab: Mit den billigen Ölpreisen Anfang der 70er, der Unpassierbarkeit des Suezkanals und den technischen Möglichkeiten, Riesentanker bis zu 500000 tdw bauen zu können, wurden damals Supertanker wie wild geordert. Die Werften waren auf Jahre ausgebucht und zogen – jede für sich, um der Konkurrenz eine Nasenlänge voraus zu sein – Produktionsanlagen für den Großschiffbau hoch, die in ihrer Kapazität 1975 ausgereicht hätten, den Tankerbedarf bis ans Jahr 1990 in *einem* Jahr zu produzieren (nach einer Exxon-Studie). 1974 brach der Tankerboom zusammen und mit der damaligen Weltwirtschaftskrise insgesamt der Handelsschiffbau. Die Werftkapazitäten von 1975 mit 22,4 Mio. CBRT waren 1980 auf 19 Mio. CBRT geschrumpft, um 15% gegenüber einem Rückgang des Seehandels von nur 7,7%. Dennoch ist die Überkapazität im Weltschiffbau nicht die Bohne behoben, sieht man, daß 1980 nur 12,6 Mio. CBRT produziert wurden.

Zu dieser absoluten kommt die strukturelle Entwicklung hinzu. Westeuropa, vor allem Großbritannien und die BRD, waren in den 50er Jahren die entscheidenden Schiffsbaunationen. In den 60er Jahren bereits produzierte Japan fast die Hälfte aller Handelsschiffe. In den 70er und 80er Jahren ergibt sich folgendes Bild: Von 1975 bis 80 sinken die Schiffbaukapazitäten in Japan von 40 auf 38%, diejenigen Westeuropas von 38 auf 30%, während der Anteil der „übrigen Welt" von 22 auf 32% ansteigt. Die sogenannten Schwellenländer der Dritten Welt (Brasilien, Taiwan, Südkorea und auch die VR China) haben hinter Japan bereits eine Spitzenstellung in der Schiffbauproduktion eingenommen bzw. sind dabei, es zu tun. Allein Südkorea plant bis 1986 einen Ausbau seiner Schiffbaukapazitäten auf dann 6,5 Mio. BRT, einem Viertel der bisherigen Weltschiffbaukapazität.

Es ist überhaupt nicht absehbar, wie diesen Ländern diese Position realistisch wieder abgenommen werden könnte. Sie besitzen als Ausgangspunkt den Vorteil der niedrigeren Lohnkosten. In dem Maße, wie sie sich diesen Vorteil zunutze machen, kommen sie in den Genuß eines weiteren Vorteils, nämlich der Produktion von Schiffen in Serie, können damit die entwickelte, aber rationell nur in großen Serien einsetzbare Mechanisierung der Schiffbauproduktion anwenden und werden durch diese industriemäßige Schiffbauproduktion ein Stück weit unabhängiger von der Notwendigkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte, die ansonsten in dem traditionell stark handwerklich betriebenen Schiffbau (wengleich auf großer Stufenleiter) unabdingbar sind.

Nichts zeigt diese Entwicklung deutlicher als ein Blick auf die jeweiligen Produktionsanlagen. Ein objektives Gerüst des Arbeitsprozesses in Gestalt von Maschinen, Maschinensystemen ist, ob man nun Blohm & Voss oder den Bremer Vulkan nimmt, äußerst spärlich herausgebildet gegenüber der Automatisierung und dem Transferstraßensystem im Schiffbau etwa Südkoreas. Die Produktivität in diesen Ländern ist höher als auf den Werften Westeuropas.

Nur auf dem engen Markt des Spezialschiffbaus (spezielle Containerschiffe, Fähren, Produkttanker), wo jeder Dampfer ein spezieller und damit auch ein Prototyp ist, wo somit die industrielle Fertigung auf Schranken stößt, können und konnten die westeuropäischen Schiffbauer eine Spitzenposition einnehmen. Gerade in diesem Bereich bekriegen sich die westeuropäischen Freihändler aufs äußerste. Protektionistische Maßnahmen sind die Regel, die Suventionsspirale überschlägt sich. Betragen die Subventionen in Japan für Inlandsaufträge 15% (3% bei Auslandsaufträgen), so sind es bei der BRD 24 bzw. 13%. Die Spitze hält z.Zt. Frankreich mit 57 bzw. 42% der Neubaupreise. Dennoch dominiert die BRD in Westeuropa die Produktion dieser hochwertigen Spezialschiffe und konnte 1981 48% ihrer Jahresproduktion für ausländische Rechnung abwickeln.

Versucht man die wesentlichsten Faktoren zu berücksichtigen, dann kann man als Ausblick für die westdeutsche Werftindustrie zusammenfassen: Die Krise in der Schiffbauproduktion hat erst (durch den produktionsnotwendigen schiffbaulichen Zeitverschub) 1982 eingesetzt und ein Wiederaufschwung des Weltschiffbaus ist vor 1985 gewiß nicht zu erwarten. Bei der Produktion von sog. Massenschiffstypen kommen die Westeuropäer erst zum Zuge, wenn die Großproduzenten dieser Schiffe ausgebucht sind, was nicht der Fall ist und absehbar nicht sein wird. Der enge Markt des Spezialschiffbaus wird umso umkämpfter und protektionistischer werden. Bereits heute ist die Produktion der westdeutschen Werften für 1983 nicht mit Aufträgen abgedeckt, während die Bauten aber in Konstruktion, Bestellung, Vorarbeiten etwa jetzt schon begonnen werden müßten – Kurzarbeit und Entlassungen sind die Folge. Hinzu kommt, daß nach den kurzen goldenen Jahren, im Tankerboom 1972 bis 74, bereits der Niedergang des Schiffbaus 1976 bis 80 die Finanzpolster der Werften aufgezehrt hat. Es gibt keine finanziellen Manövriermassen mehr in ihren Händen – finanziell stehen die Werften mit dem Rücken am Abgrund. Die Küstenländer sind in einigen Fällen von Liquiditätskrisen bereits eingesprungen, haben aber kaum weiter ausreichende Mittel. Und die sozialliberale Bundesregierung verfolgte schiffbaupolitisch bereits eher eine Politik des „Gesundschrumpfens". Ein abschließender Blick auf den Aktienmarkt weist heute etwa die Aktien des Bremer Vulkan, die im Frühjahr 1978 eingedenk der fetten Dividende der Vorvorjahre (bis 45%) noch bei rund 200 DM gehandelt wurden, bei rund 30 DM auf – und das ist kein Einzelfall.

Was wird vom kapitalistischen Gesichtspunkt der Gang der Dinge in den nächsten Jahren sein? Es wird ein großes Werftsterben einsetzen, und es wird zu einer Konzentration des verbliebenen Schiffbaus auf einige wenige Werften kommen.

Ein Teil der kleineren Werften wird u.U. davon ausgeklammert bleiben, denen es verglichen mit den Großwerften in der Regel auch noch besser geht. So entfallen heute nur 25% der vorhandenen Aufträge auf die Großwerften, die aber einen Anteil an der Gesamtkapazität von 50 bis 60% haben. Die kleinen sind Werften, die noch im Frühkapitalismus verharrt zu sein scheinen. Da stammt die Holzbaracke, Schiffbauhalle genannt, noch aus Vorkriegszeiten; die Brennmaschine ist 18 Jahre alt, hat just zwei Austauschgetriebe bekommen und reicht von Hallenwand zu Barackenwand mit einem halben Meter Laufgang für den Bedienungsmann; die Sektionen werden mit alten Treckern zum Helgen geschleppt und der Krantransport ist die reinste Schiffschaukel (von den Büros und Sozialräumen ganz zu schweigen). Hier ist das geringe in Maschinen und Anlagen steckende Kapital schon ein paarmal abgeschrieben, der Produktionsprozeß handwerklich-manuell, die Produkte individuell und handwerklich vom Feinsten und die Preise konkurrenzfähig und gewinnbringend.

Ganz anders bei den Großwerften. Ihr Versuch, mit dem Tankerboom die technische Grundlage der Schiffbauproduktion umzuwälzen, die großenteils ganzheitlichen Arbeitsprozesse zu untergliedern, diese Teilprozesse aus einem zeitlichen Nacheinander in ein abgestimmtes Nebeneinander zu wandeln, Teilprozesse in Maschinenproduktion zu verlagern, Teilprozesse durch Transportmittel zu verbinden und insgesamt eine Fertigungssteuerung wie damit nicht zuletzt die Leistungsentlohnung tatsächlich (und nicht nur der Form nach) durchzusetzen, waren und sind gebunden an Großproduktion und Serialität der Bautypen. Seit dem Tankerbau ist es damit hin, erzielte Produktivitätsfortschritte müssen z.T. zurückgenommen werden. Eine produktivere Produktion setzt die Konzentration der Produkte aller gegenwärtigen westdeutschen Groß- und Mittelwerften auf einige wenige Werften voraus. Einzelkapitale werden dabei untergehen, und so ist denn der bewußte Betreiber dieses Konzentrationsprozesses auch der Staat (als Kapitaleigner der Bund bei HDW und in Bremen die Landesregierung). Zehntausende von Werftarbeitern werden dabei auf der Strecke bleiben und das überdurchschnittliche Arbeitslosenheer an der Küste um ein weiteres vergrößern.

Eine Abwehrstrategie der Belegschaften und der Gewerkschaft kann sich nicht am Erhalt der Arbeitsplätze im Schiffbau orientieren. Das wiederum ist aber auch überhaupt nicht notwendig. Die Arbeitskraft der Werftarbeiter ist hochqualifiziert (Facharbeiter und langjährige Angelernte), sie umfaßt an Tätigkeiten Stahlbau, Metall- und Blechverarbeitung, Holzverarbeitung, Oberflächenbehandlung, Behälterbau, Bau, Montage und Installation von Maschinen, Klimaanlagen, Sicherheitsanlagen, Raumeinrichtungen, Hubeinrichtungen, Rohrbau, Elektronik usw. Alternative Produktionsmöglichkeiten für die für den Schiffbau überzähligen Werftarbeiter und die vorhandenen überzähligen sachlichen Produktionsmittel existieren aus dem Stand im Bau von Müllverbrennungsanlagen, Klärwerken, Giftbeseitigungsanlagen, Wasseraufbereitungsanlagen, Kraftwerke, Öl- und Feuerschutzanlagen, Kesselbau, Bau von Pumpen, Kränen, Pipelines, Motoren- und Maschinenbau, Steuerungsanlagen etc., um nur die von den gesellschaftlichen Bedürfnissen naheliegendsten zu nennen.

Während die Gewerkschaft – hier die IG Metall Bezirksleitung Hamburg wie die Ortsverwaltung Bremen – von solch einem Konzept weit entfernt ist (und im innersten ihres Herzens wohl die Fusionskonzepte der Regierungen zwecks Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit favorisiert), wird in den Belegschaften darüber diskutiert, wenngleich im allgemeinen.

Am Beipiel Bremen. Das vom Senat bestellte Werftgutachten ist raus. Es spricht sich für keine Fusion aus, sondern will den Status quo optimieren, d.h. es sieht Entlassungen auf allen drei untersuchten Bremer Werften vor, die Masse mit 500 beim Vulkan. Zugleich weist es aber keine zukünftige Perspektive, sondern orakelt darüber, daß bei weiterer Verschlechterung der Rahmenbedingungen die Status-quo-Optimierung es auch nicht bringen würde. Vom Senat verlautet, daß er gerade aus diesem Grunde gewillt ist, das Gutachten zurückzuweisen. Für ihn ist eine Fusion – und zwar schnell – lebenswichtig zum Erhalt nicht der *bestehenden* Werften, sondern des Schiffbauplatzes Bremen. Man kann sagen, was man will, aber der Senat hat ein Konzept und nicht das schlechteste innerhalb der kapitalistischen Logik.

Die Belegschaft des Bremer Vulkan – wo die 500 zur Entlassung Vorgesehenen bereits informiert wurden – hat in der vergangenen Woche einen ersten Warnstreik durchgeführt. Am Montag dieser Woche versammelte sie sich traditionell auf der Wiese vor der Werft und beriet über ihre nächsten Schritte, mit dem Ergebnis, daß die Belegschaft der Arbeit fern blieb, um die Entlassungen zurückzukämpfen. In den Stadtteilen an den Werften Vulkan und AG Weser sollen jetzt Komitees gegründet werden, um über die betroffenen Belegschaften hinaus eine Kampffront gegen die Kapitalisten, vor allem aber gegenüber dem Senat aufzubauen. Dabei werden sie gewiß mit großer Unterstützung rechnen können. Die Werftarbeiter wissen, daß der Bremer Senat mit seinem Aktienpaket von über 25% am Vulkan eine Sperrminorität hält, die er zur Verhinderung der Entlassungen einsetzen kann. *Kann,* wenn man ihn entsprechend in die Ecke treibt. Nur, dazu gehört, daß man das Konzept des Senats in der Öffentlichkeit zerpflücken kann, daß man dessen Logik, wie die Profitproduktion auf den Bremer Werften erhalten werden kann, eine andere Logik entgegenstellt, nämlich wie die im Schiffbau überzähligen menschlichen und sachlichen Produktionskapazitäten eingesetzt werden können, um die vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnisse in Bremen durch konkrete Produkte zu befriedigen.

Dafür käme es jetzt darauf an, von allgemeinen Gedanken über alternative Produktionen zu konkreten Plänen über eine alternative Produktion auf den Werften zu kommen. An der Universität, der Arbeiterkammer, den linken Organisationen bis in die SPD und insgesamt der Bevölkerung gibt es fachliche Kräfte, die die Ausarbeitung eines solchen konkreten Plans gewiß unterstützen würden. Ein solch konkretes, wissenschaftliches „Gutachten" wäre eine tatsächliche Alternative gegenüber dem Konzept des Senats. Daß die Bremer Werftbelegschaften eine Kraft sind, haben sie oft genug bewiesen, aber ihre scharfe Waffe für einen solchen Kampf, ein eigenständiges Konzept, muß noch geschmiedet werden.

So wie 1973 zogen am Montag die Vulkan-Beschäftigten vor die Werft. Seinerzeit forderten sie mehr Lohn *(s. Bild)*. Heute richtet sich ihr Protest gegen die Sanierungspläne der Werftkapitalisten. 500 Entlassungen in einer Stadt, in der bei VFW ebenfalls 1000 weitere Metallarbeiter entlassen werden sollen. Kürzung der Akkorde um 20%, womit sich wieder die „Wissenschaftlichkeit" der „Normalleistung" als willfährige Hure der Kapitalisten erweisen wird. Nach den Versammlungen am Montag wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen, stattdessen gingen die Arbeiter nach Haus, Dienstag organisierten die Vertrauensleute und Betriebsräte Branchenversammlungen, auf denen das weitere Vorgehen beraten wurde. Möglicherweise sollen Streikaktionen nach der Betriebsversammlung am Mittwoch folgen.

Anmerkungen:

*CBRT: berücksichtigt im Gegensatz zu BRT = Bruttoregistertonnen den jeweiligen Arbeitsaufwand, der nicht in umbautem Schiffsraum gemessen werden kann.

Literatur:

Jahresberichte des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie, Hamburg, versch. Jahrgänge; Die Krise der Werftindustrie, Sendler 1976 (mit politischen Schwächen und Überspanntheiten, materialreich); Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft, Schumann u.a., EVA Ffm, 1982

Der Alte von Blohm & Voss

Wolf Biermann

auffer Werft macht Arbeit Spaß
– jedenfalls mehr, als den Tach
anne Maschine stehen
inner Fabrik
auffer Werft macht Arbeit Spaß
– sagt der Alte und lacht

immer ist mal kleine Pause
Zeit für'n Spielchen Schiffsbau-Schach
da mach ich mit Kreide 9 mal 9
Felder auffe Bordwand
immer ist mal kleine Pause
– sagt der Alte und lacht

und immer anne frische Luft
und schön sind die langen Wege
nach Material. Und'n Schnack:
zu warm! zu kalt! schön warm! schön kalt!
immer anne frische Luft
– sagt der Alte und lacht

hart wird das für die Jungen
wenn Blohm & Voss mal dicht macht.
Ich bin da von ab. Ich geh in Rente
ich mach sowieso bald schlapp
hart wird das für de Junge
– sagt der Alte und lacht.

Linke Hoffnungen und Realpolitik in der Palästinenserfrage

Eine pessimistische Einschätzung über die Ergebnisse des jüngsten Nahostkrieges herrscht in der Linken vor. Auf der Suche nach neuen Perspektiven für die Palästinenser stößt sie auf die israelische Opposition. Ob das nicht ein Strohhalm ist? Stattdessen hatte ich einen Pakt mit dem Teufel vorgeschlagen. Der Arbeiterkampf kritisierte das, hat aber auch keine Alternative.

Von Theo Mehlen

Vielleicht mit einigen Nuancen in der Gewichtung der einzelnen Faktoren für eine Einschätzung der bisherigen Ergebnisse des neuesten Nahost-Krieges, also z.B. militärische Niederlage und politische Fortschritte für die PLO, scheint sich in der Linken eine pessimistische Beurteilung der Lage der PLO durchzusetzen. Eine derartige pessimistische Beurteilung habe ich in dieser Zeitung ebenfalls vertreten. Michael Stamm schrieb in den Modernen Zeiten: „Die PLO wird es als militärisch relevanten Faktor nicht mehr geben. Von den arabischen Ländern, die bestenfalls ein taktisches Verhältnis zur PLO haben, ist keine wirkliche Unterstützung zu erwarten, zumal israelische ‚Vergeltungsschläge' den gesamten arabischen Raum bedrohen. Wie verschiedene PLO-orientierte Bürgermeister und Ex-Bürgermeister aus den besetzten Gebieten zugaben, kann „Israel weder aus dem Westjordanland noch aus dem Gaza (FAZ, 31.8.82) *vertrieben* werden – schon gar nicht durch eine religiös anmutende ‚letzte Schlacht'.“ (MOZ, 9/82, S. 48) Und der Arbeiterkampf schrieb: „Daß durch den Kriegsverlauf sich die politische und militärische Position der Palästinenser sehr verschlechtert hat, ist mit vernünftigen Argumenten schwer zu bestreiten.“ (AK, 224, S. 2) Durch eine differenziertere Betrachtungsweise kommt der Ak zu der Auffassung, daß die Lage der PLO nicht unbedingt so schlecht ist, weil es sich bei dem israelischen Sieg um eine Pyrrhus-Sieg handelt.

Überspitzte Hoffnungen auf die innerisraelische Oppositionsbewegung

Die Schwächung der PLO, mit der offensichtlich geworden ist, daß der Kampf des palästinensischen Volkes militärisch nicht zu gewinnen ist, wirft für die Linke und für die Solidaritätsbewegung die Frage auf, wie das palästinensische Volk dennoch sein Selbstbestimmungsrecht verwirklichen kann. Ein wenig Ratlosigkeit dürfte wohl schon mitspielen, wenn der Arbeiterkampf schreibt: „Militärisch ist Israel noch längst nicht am Ende seiner Möglichkeiten angelangt. Es dürfte der Regierung Begin aber immer schwerer fallen, von den militärischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Dies umso mehr, weil zu den innenpolitischen Schwierigkeiten noch eine krasse außenpolitische Krise Israels hinzukommt. Vielleicht wird der Libanon-Feldzug Begins und Sharons später einmal als Anfang vom Ende des Zionismus und als Beginn eines neuen Abschnittes in den Beziehungen der israelischen Nation zu den arabischen Nachbarvölkern, vor allem aber zu den Palästinensern betrachtet werden können.“

In dieser Richtung scheinen jetzt auch die Hoffnungen verschiedener Linker zu gehen. Kaum noch ist die Rede davon, daß „die Palästinenser kämpfen und siegen werden“, sondern vermehrt wird darauf gesetzt, daß das israelische Volk kämpft und daß die PLO ihre Taktik ändern soll, um diesen Kampf zu fördern. Stamm schreibt: „Nur eine bewußt *inter-nationalistische* Position, die aktiv um Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung kämpft, kann eine Perspektive eröffnen.“ (MOZ 9/82, S. 48)

Ralf Fücks schreibt in derselben Ausgabe: „Israel als jüdischer Staat ist eine Realität, die anerkannt werden muß, um die auf lange Sicht im Zusammenwirken von palästinensischen Widerstand und antizionistischer Opposition in Israel selbst verändern zu können. Was auf absehbare Zeit für die PLO erreichbar ist, ist allein ein palästinensischer Teilstaat auf dem Westjordanufer und dem Gaza-Streifen. Und auch das ist nur zu haben, wenn die Palästinenser darauf verzichten, diesen Staat als Basis für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen Isael zu nutzen. Für die Palästinenser ist es bitter, daß *sie* den Preis für den deutsch/europäischen Antisemitismus zahlen sollen. Doch ohne Anerkennung des Existenzrechts Israels wird es keine Fortschritte im Existenzkampf des palästinensischen Volkes geben, wird sich die innerisraelische Opposition nicht entfalten können, wird die PLO in Westeuropa keine durchschlagende politische Unterstützung finden.

Heraus aus der Zweideutigkeit: die Juden haben das Recht auf einen eigenen Staat in garantierten Grenzen, und dieser Staat kann heute nirgendwo anders liegen als auf dem Teilgebiet Palästinas. Das ist die Voraussetzung, um den Teufelskreis von Krieg und Vertreibung im Nahen Osten zu durchbrechen und dem israelischen Expansionismus die Antriebskraft zu entziehen.“ (MOZ 9/82, S. 46)

Um gleich keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: es dürfte wohl Konsens sein, daß diese und die folgenden Überlegungen nur Sinn haben, weil es den bewaffneten und politischen Kampf des palästinensischen Volkes gab und weiterhin geben wird, die grundlegende Bedingung für eine gerechte Lösung des palästinensischen Problems. Damit die Palästinenser ihr (wenigstens vorläufiges) Ziel, einen unabhängigen Teilstaat erreichen können, spielen die inneren Entwicklungen in Israel erst recht durch den jetzigen Krieg eine bedeutende Rolle. Allerdings scheint sich ein Teil der Linken hier auf eine Bewegung geworfen zu haben, deren Bedeutung für die palästinensischen Ziele viel zu wenig relativiert wird.

Die letzten, für die Größe der israelischen Bevölkerung gewaltigen, Demonstrationen richteten sich gegen einen bestimmten Krieg. Nämlich gegen einen Krieg, der über das Ziel der Schaffung einer „Sicherheitszone“ an der Nordgrenze Israels hinausschoß. Wäre die israelische Führung bei einem derartigen Kriegsziel geblieben, kaum wäre es überhaupt zu Demonstrationen gekommen. Jetzt bewegt das israelische Volk das Massaker in Westbeirut. Vor allem wird die Absetzung Sharons gefordert, eine genaue Untersuchung, z.T. auch der Rücktritt der Regierung. Im Kern ist diese Bewegung eine Bewegung gegen Auswüchse des Zionismus, wahrscheinlich wird sie zu einer neuen Regierung Peres führen. An dieser Regierung kann der Kampf gegen den Zionismus in Israel ansetzen. Der Wunsch nach einer friedlichen Vereinbarung mit den arabischen Staaten ist unübersehbar. Eine israelische Regierung könnte aufgrund dieser Bewegung zu Zugeständnissen an die Palästinenser in Verhandlungen um die besetzten Gebiete gezwungen werden. Was aber völlig illusorisch wäre ist die Hoffnung darauf, Israel würde von sich aus, unter Druck des palästinensischen Kampfes, der arabischen Staaten und durch entsprechende Resolutionen der Europäischen Gemeinschaft überhaupt in solche Verhandlungen treten und dabei weitgehende Zugeständnisse an die Palästinenser machen. Zu erwarten wäre ein schrittweiser Rückzug aus dem Libanon und eine „nur“ teilweise Annexion der Westbank, vor allem der ländlichen Gebiete sowie ein Angebot an Jordanien, die restlichen dicht bevölkerten Teile zu übernehmen. Ein Angebot, das Jordanien niemals annehmen könnte, weshalb es hier erst einmal beim Status Quo bleiben würde.

Nun könnte man natürlich die Meinung vertreten, daß mit der israelischen Opposition ein Pflänzlein wächst, das langfristig zu einer Entzionisierung führt und zu einer Akzeptierung eines palästinensischen Staates in der Westbank und Gaza. Die Zeit, die den Palästinensern bleibt, auf eine solche Entwicklung zu warten, schätze ich dramatischer ein als wie es in verschiedenen Einschätzungen unreflektiert vorausgesetzt wird. Die bisherige Siedlungspolitik wird bis 1986 zu einer israelischen Bevölkerung in der Westbank von über 100000 geführt haben, heute sind es etwa 30000. Die arabische Bevölkerung beträgt etwa 800000, wobei sie sich aber in bestimmten Gebieten konzentrieren. Diese Siedlungspolitik wird auch von einer sozialdemokratischen Regierung fortgeführt werden, wenn auch modifiziert gegenüber der Likud-Regierung. Bis 1990 werden die geschaffenen Tatsachen in der Westbank die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in diesem Gebiet unmöglich gemacht haben. Deshalb muß ein Weg gefunden werden, wie diese Siedlungspolitik kurzfristig gestoppt wird und noch in diesem Jahrzehnt ein weitgehend vollständiger Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten erfolgt.

Welche Ziele haben die USA? Eine Kritik des Arbeiterkampf

In Artikeln in dieser Zeitung bin ich zu der Auffassung gekommen, daß dieses Ziel nur durch eine internationale Garantie erzielt werden kann. Aufgrund der Machtverhältnisse im Nahen Osten kann dies nur über die USA gehen. Allerdings sprechen die imperialistischen Interessen der USA auch für eine solche Regelung. Ich halte den Reagan-Plan für einen realistischen Weg, über den dann langfristig auch die Ziele der Charta der arabischen Gipfelkonferenz von Fes erreicht werden können.

Daraufhin hat der Arbeiterkampf eine Seite seiner jüngsten Ausgabe der Polemik gegen meine Einschätzung gewidmet. („Viel Positives für die Palästinenser“? Annäherung an Reagan, in: Arbeiterkampf 225, S. 4) Genosse Kt. wendet sich zunächst gegen eine Interpretation des Reagan-Planes, daß dieser die Rückgabe der *gesamten* besetzten Gebiete an Jordanien vorsehe. In Wirklichkeit seien schon viele Siedlungen errichtet. Reagan habe nicht die Auflösung dieser Siedlungen gefordert, weshalb sich sein Vorschlag mit dem der israelischen Arbeiterpartei decke, der eine Teilung der Westbank in israelische und palästinensische Gebiete vorsieht. „Die ‚autonomen' palästinensischen Gebiete würden bei Realisierung des Reagan-Planes ungefähr das Aussehen eines Flickenteppichs haben, mit einer ‚Selbstverwaltung' auf dem Niveau der südafrikanischen Bantustans. Ein *Staat* könnte auf diesem zerrissenen Territorium nicht einmal mit jordanischem Wohlwollen errichtet werden.“

Die Reagan-Rede läßt zugegeben eine solche Interpretation zu. Reagan bezieht sich auf die UNO-Resolution 242. In der englisch-sprachigen Fassung ist dort nur vom Rückzug aus Gebieten, also nicht allen Gebieten die Rede. Und Reagan sagte am 1. September: „Wenn es zu Verhandlungen über die Grenze zwischen Jordanien und Israel kommt, so wird unserer Ansicht nach das Ausmaß, in welchem Israel aufgefordert werden sollte, Territorium aufzugeben, in starkem Umfang von dem Maß an echtem Frieden, Normalisierung und Sicherheitsvereinbarungen abhängen, die im Gegenzug angeboten werden.“ (Amerika Dienst 35, S. 10) Auch ist in der Reagan-Administration die Rede davon, daß Israel nicht vollständig zu den Grenzen von 1967 zurückzukehren brauche. Für die Einschätzung Kt.s gibt es also Anhaltspunkte. Mit einer solchen Einschätzung teilt uns Kt. aber gleichzeitig mit, daß die Reagan-Regierung aus einer Handvoll Idioten besteht, die nichts von den US-imperialistischen Interessen versteht und meint, eine Nahost-Gesamtregelung ließe sich mit propagandistischen Reden erreichen.

Die USA haben einen palästinensischen Staat überhaupt nicht zu fürchten. Sozialismus wird es dort nicht geben, innerhalb der PLO haben die bürgerlichen Kräfte die Oberhand und ohne die Hilfe der arabischen Ölstaaten und der USA wäre ein solcher Staat nicht lebensfähig. Aus den gleichen Gründen ist auch nicht mit einer neuen sowjetischen Bastion zu rechnen. Die Zurückhaltung der USA vor einem Staat entspringt den Interessen, sich nicht mit Israel zu überwerfen. Im Gegenteil müssen die USA daran oder an einem selbstverwalteten palästinensischen Gebiet (Reagan spricht von „voller Autonomie“) in Union mit Jordanien interessiert sein. Die palästinensische Frage bringt immer wieder Unruhe ins US-amerikanische Machtspiel im Nahen Osten. Die SU kann sich immer wieder als Vertreter der Interessen der Araber und der Palästinenser hervortun. Die von Israel vom Zaun gebrochenen Kriege bringen immer wieder unwägbare Risiken für die USA. Wenn die USA die Golfregion beherrschen wollen, müssen sie sich mit den arabischen Staaten arrangieren. Um dort Hegemonialmacht zu bleiben, müssen sie die islamische Revolution verhindern, die aber u.a. durch die ungelöste palästinensische Frage immer wieder Zulauf von den Massen in den arabischen Staaten erhält. Das sieht Kt. und schreibt: „... müssen die USA zumindest dem Anschein nach auch ihre Fähigkeit und Bereitschaft demonstrieren, Israel zu zügeln ...“



Knapp 4000 demonstrierten am vergangenen Samstag in Bonn

Vollständiger Abzug der Israelis?

„Dem Anschein nach“ halte ich für etwas naiv. Die USA müssen etwas bringen und müssen auch interessiert sein, das, was Reagan gesagt hat, zu verwirklichen. Nun ist doch klar, daß wenn die USA wirklich eine 40% : 60% Teilung der Westbank vorhaben, dies überhaupt keine Chance auf Verwirklichung hat. Jedenfalls keine Chance auf Zustimmung von seiten der PLO und der arabischen Staaten. Mit einem solchen Vorschlag können sich die USA ihr Ziel, strategische Allianz mit Israel und den arabischen Staaten, direkt abschmieren. Das ist auch nicht der Stand in der amerikanischen Diskussion. Einen Entwurf für einen fast vollständigen Rückzug der Israelis aus der Westbank hatte Shai Feldman in der Frühjahrs-Ausgabe 1981 der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ dargelegt. Shai Feldman ist Forschungs-Mitglied beim Zentrum für strategische Studien an der Universität von Tel Aviv.

Er hält den fast vollständigen Rückzug Israels unter der Bedingung für möglich, daß 4 Elemente eines neuen Sicherheits-Pakets verwirklicht werden: „Erstens, eine neue Rolle für Israel im westlichen Allianz-System; zweitens, für die Zeit nach dem israelischen Abzug Sicherheits-Vorkehrungen in der Westbank; drittens, eine internationale ökonomische Anstrengung, um sowohl die ökonomische Entwicklung in der Westbank zu maximieren wie auch die gegenseitige Abhängigkeit mit den Wirtschaften Israels und den mehr pro-westlich eingestellten arabischen Staaten zu fördern; viertens, eine ausdrückliche nukleare Abschreckung.“ (Shai Feldman, Peacemaking in the Middle East: The next step in: Foreign Affairs, Spring 1981, S. 756 ff.)

Mit dem ersten Punkt würde die NATO eine Sicherheitsgarantie für Israel übernehmen, mit dem dritten Punkt würde ein sozialistischer Staat unter sowjetischem Einfluß verhindert, mit dem vierten Punkt wäre Israel vor einem arabischen Vernichtungsschlag gesichert.

Zum dritten Punkt hat Feldman folgende Vorstellungen. Israel solle auf einigen Hügeln in der Westbank elektronische Frühwarnsysteme unterhalten dürfen. Die Westbank müsse von schweren Waffen frei bleiben. Ebenfalls sollen an einigen Punkten Boden-Luft-Raketen stationiert sein, um Luftangriffen frühzeitig entgegenzutreten zu können. Auch Waffenlager sollen errichtet werden. Das Territorium hierfür hält Feldman für minimal. Es soll von Jordanien gepachtet werden. Über derartige Zugeständnisse an Israel hält es Feldmann für möglich aber auch von den israelischen Interessen her für wünschenswert, daß bis auf ein minimales Bedienungspersonal für die Frühwarnsysteme alle Truppen aus der Westbank abziehen. Die bestehenden Siedlungen dürften wohl nach diesem Vorschlag unter jordanischer Souveränität weiterexistieren.

Diese Vorstellungen kommen m.E. den amerikanischen Wünschen schon sehr nahe. Ich glaube auch, daß derartiges von Jordanien und den Palästinensern auch akzeptiert werden würde.

Gehen wir einmal von der Verwirklichung eines solchen Konzeptes aus. Einem Revolutionär müssen sich dabei zwangsläufig Magenkrämpfe einstellen, da es sich ja zunächst einmal um nichts anderes handelt als um eine Effektivierung der Machtposition des US-Imperialismus im Nahen Osten. Auf der anderen Seite würde ein palästinensisches Gebilde entstehen, das praktisch gar keinen fortschrittlichen Anschein erweckt. Selbstverwaltet, aber noch kein Staat, kapitalistisch orientiert, vollkommen abhängig vor allem von den Ölstaaten. Aber endlich ein eigenes Territorium für einen großen Teil der Palästinenser mit der Aussicht auf eine Eigenstaatlichkeit. In dieser Position hätten die Palästinenser tatsächlich Zeit, auf innere Umwälzungen in Israel zu warten bzw. sie zu fördern, die schließlich einen solchen Staat erlauben werden. Es ergibt sich also das Dilemma, daß dem palästinensischen Selbstbestimmungsrecht näher gekommen wird auf Kosten eines Machtzuwachses des US-Imperialismus in der Region. Daher spricht Kt. von einer „Strategie der Kapitulation“ und von der „Unterwerfung unter das Friedens*diktat* der USA“.

Es hat aber keinen Sinn, sich diesem Dilemma nicht zu stellen. Entweder es gibt einen anderen Weg für die PLO, der ist bisher im Arbeiterkampf nicht zu finden und er ist m.E. nicht in der israelischen Opposition zu finden, oder es gibt nur diesen Weg, dann bleibt nichts anderes, als die positiven Elemente zu fördern und die negativen zu bekämpfen. Das heißt, international die palästinensische und arabische Verhandlungsposition möglichst stark zu machen und den Imperialismus der NATO zu bekämpfen.

Genosse Kt. hält noch einige weitere Gegenargumente bereit, über die es sich lohnt, eine Auseinandersetzung zu führen. Ggf. werde ich darauf noch einmal zurückkommen.

Henry Jacoby

Davongekommen. 10 Jahre Exil 1936 – 1946

bew. Mindestens zehn Millionen Menschen sind gegenwärtig aus ihren Heimatländern vertrieben und gezwungen,im Exil zu leben. Wieviel Leid und Entbehrung, Anfeindung und behördliche Willkür, tagtäglicher Kampf ums Überleben damit verbunden ist, läßt sich nur schwer nachvollziehen, der dieses Schicksal noch nicht erleiden mußte. Seit der Zeit der faschistischen Barbarei ist aber die „lange Nacht des Exils" für viele Menschen zu ihrer aufgezwungenen Lebensweise geworden, für nicht wenige zu ihrer lebenslänglichen.

Henry Jacoby ist einer von den Zehntausenden, die vom Hitler-Faschismus ins Exil getrieben worden waren. Als Mitglied der verbotenen KPD konnte er nach zweijähriger Zuchthausstrafe erst nach Prag, dann nach Paris fliehen. Es folgten die Einweisung in ein französisches Internierungslager und die Flucht ins unbesetzte Frankreich und später in die USA. In seinem Buch „Davongekommen" schildert er seine Erlebnisse und Begegnungen an den verschiedenen Exilstationen, den alltäglichen Kampf um die nackte Existenz, die politischen Debatten im Exil, die Begegnungen mit führenden Vertretern der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Wir drucken im folgenden einen kleinen Auszug aus dem Buch ab, in dem die Flucht aus einem Internierungslager in Frankreich geschildert wird.

Von Damigny wurden wir nach Domfront in der Nähe der Stadt Bordeaux verlegt. Das neue Lager war im Areal einer nicht fertig gebauten Munitionsfabrik, die die Amerikaner kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges zu bauen begonnen hatten. Unsere Bettgestelle waren in einer riesigen Lagerhalle aufgestellt. Außerdem gab es noch ein Haus, in dem in verschiedenen Räumen Betten standen, die bald nach unserer Ankunft von den inzwischen auch internierten älteren Jahrgängen belegt wurden. Unter ihnen waren bekannte Gesichter und vor allem viele bekannte Namen, wie etwa Georg Bernhard, der ehemalige Chefredakteur der »Vossischen Zeitung«. Ich hatte Gelegenheit, eine Reihe mir bekannter Leute der Linken zu begrüßen. Da waren Franz Pfemfert, Paul Frölich, Heinrich Brandler und der Berliner Arzt Ernst May, der mit Paul Levi aus der KPD ausgeschieden war. Er war der Bruder der Ärztin Minna Flake, mit der wir in Paris Freundschaft geschlossen hatten. Unter den Neuankömmlingen war auch Max Cohen-Reuss, der dem rechten Flügel der SPD zuhört hatte und oft von Franz Pfemfert in seiner »Aktion« zur Zielscheibe sarkastischer Angriffe gemacht worden war. Jetzt gingen beide in großem Bogen umeinander herum ...

Inzwischen änderte sich die Kriegslage gründlich. Die »drôle de guerre«, wie die Franzosen den Krieg zuerst nannten, war in den wirklichen Krieg übergegangen. Die französische Festungslinie hatte sich als bloßes Beruhigungsmittel für die Franzosen und nicht als Abwehr gegen die deutsche Armee erwiesen, die sie einfach umging. Die deutsche Armee rückte in ganz Frankreich vor, und zwar schneller, als die Nachrichten uns erreichten. Immerhin hatte sich der französische Staatsapparat noch vor seinem Zusammenbruch fähig erwiesen, auch die Frauen in das Lager von Gurs am Fuße der Pyrenäen zu bringen, wo damals der größte Teil der spanischen Republikaner interniert war. Eine kurze Nachricht von Frieda teilte mir mit, daß sie vor der Abreise ins Lager den Rest unserer Ersparnisse unserer Freundin Alice Fischer in Paris übergeben hatte, die als Österreicherin frei blieb. Bald darauf schrieb Alice, daß sie sich aus dem bereits bedrohten Paris nach der Stadt Montauban begeben hatte, deren sozialistischer Bürgermeister den füh-

renden österreichischen Sozialisten die
sozialistischer Bürgermeister den füh-

renden österreichischen Sozialisten die Stadt als Zuflucht angeboten hatte.

Schließlich war es so weit, daß wir über den Stand der deutschen Armee keinerlei Nachricht mehr bedurften, denn wir hörten den Kanonendonner von Stunde zu Stunde näher kommen. Wir politischen Emigranten im Lager zweifelten keinen Moment daran, daß mit der deutschen Armee auch die Gestapo im Anrücken war und mit Begierde zupacken würde. Eines Nachts ertönten Schüsse im Lager. Die Wache hatte auf ein tieffliegendes deutsches Erkundungsflugzeug geschossen. Eine Abordnung der älteren Lagerinsassen mit Georg Bernhard als Sprecher begab sich am nächsten Morgen zum Lagerkommandanten und ersuchte ihn, uns Entlassungsscheine auszustellen und allen, die es wünschten, anheimzustellen, zu verduften. Der Kommandant, im Zivilberuf Textilfabrikant, schaute erstaunt drein und meinte: »Meine Herren, ich als Franzose habe keine Angst vor der deutschen Armee, warum denn Sie als Deutsche?« Die Antwort war in ihrer Weltfremdheit entwaffnend. Irgendwie gelang es aber schließlich doch, dem Mann klar zu machen, daß für eine große Zahl der ihm anvertrauten Männer das Eintreffen der deutschen Armee den Tod bedeuten würde. Es wurde bekanntgegeben, daß Entlassungsscheine ausgestellt würden. Vor der Kommandantur bildeten sich lange Reihen, um die Scheine in Empfang zu nehmen, die in einer umständlichen Prozedur ausgestellt und dann vom Kommandanten unterzeichnet wurden. Einzeln und in Gruppen verließen diejenigen, die ihren Schein erhalten hatten, das Lager. In der großen Schlafhalle waren ständig Leute dabei, zu packen, und eine rege Markttätigkeit war im Gange. Diejenigen, die sich davonmachen wollten, verkauften Dinge, die sie nicht mitnehmen konnten. Andere tauschten große Koffer gegen kleine. Unverkäufliches wurde verschenkt oder liegen gelassen.

Die Ausgabe der Entlassungsscheine erfolgte nach dem Alphabet. Bald wußten wir, Heinrich Brandler und

erfolgte nach dem Alphabet. Bald
wußten wir, Heinrich Brandler und

Paul Frölich war die Aushändigung verweigert worden. In ihren Aktenstücken waren sie als politisch gefährlich bezeichnet. Als die Reihe an mich kam, fand sich in meiner Akte der Vermerk »Internierung bis zum Ende des Krieges« dick unterstrichen, so wurde ich zurückgewiesen. Immerhin versicherte man uns, daß auch wir entlassen würden, sobald alle anderen das Lager verlassen hätten. Auch Fritz Opel und seine beiden Freunde erhielten keine Scheine; ihre zu Beginn der Internierung ausgesprochene Weigerung, in die Fremdenlegion einzutreten, war als »feindliche Haltung« eingetragen worden.

Wir gefährlichen Elemente hielten nun Kriegsrat und stimmten darin überein, daß man gehen muß, wenn die Tore offen sind. Wir konnten uns nicht darauf verlassen, daß man uns als letzte entlassen würde, auch war es dann vielleicht schon zu spät und der Kommandant selbst schon ein Gefangener. Am Ende schien uns der Wert des Entlassungsscheines sehr zweifelhaft. So beschlossen wir, das Lager in Richtung Bordeaux beim Morgengrauen zu verlassen. Da Brandler infolge seines Buckels nur sehr langsam gehen konnte, sollte er mit seinem jungen Anhänger B. gehen, während Opel, sein Freund W. und ich mit Paul Frölich, Dr. Ernst May und einem älteren Arbeiter aus der SAP marschieren würden. Wir setzten uns die Stadt Montauban als Ziel, wo wir unsere österreichischen Freunde zu finden hofften und wo ich möglicherweise bei Alice Fischer Nachricht von Frieda haben konnte.

Ich eilte zu meiner Bettstelle, um das Notwendigste in meinen Rucksack zu packen. Eigentlich besaß ich nur »das Notwendigste«, aber es war doch noch mehr, als in den Rucksack hineinging. Ich war außerdem überzeugt davon, daß Beweglichkeit das Wichtigste war und jede vermeidbare Belastung durch Gepäck lebensgefährlich werden konnte. Da es Sommer war, entschied ich rigoros gegen Winterkleidung.

goros gegen Winterkleidung.

Das erste Morgengrauen hatte eingesetzt, als unsere sechs Gestalten den Lagerhof durchschritten und sich dem Tor näherten. Würden die Wachen uns anhalten, Fragen stellen, den Entlassungsschein sehen wollen? Nichts dergleichen. Die Wachen hatten sich daran gewöhnt, daß Gruppen der Insassen davongingen. Ihr Interesse war wohl bereits auf ihr eigenes Schicksal ausgerichtet. Auf alle Fälle hatten wir einige Pakete Zigaretten zur Hand, die bei einer notwendig werdenden Verhandlung helfen sollten. Bald waren wir so auf der Chaussee nach Bordeaux. Von Zeit zu Zeit mußten wir anhalten, um Dr. May mit seinem Köfferchen und Bäuchlein Zeit zum Verschnaufen zu geben. Das Köfferchen konnten wir ihm abwechselnd abnehmen, das Bäuchlein nicht. Beim ersten Tageslicht holte ich sechs abgestempelte Entlassungsscheine aus der Tasche, die ich nach dem negativen Bescheid im Lagerbüro eingesteckt hatte. Wir setzten uns an den Straßenrand und füllten sie sorgfältig aus, und Dr. May unterschrieb sie als Lagerkommandant mit einigen unleserlichen Schnörkeln. Als einziges Ausweispapier in unserer Hand sollte der Schein sich noch als nützlich erweisen.

Es war früher Vormittag, als wir den Bahnhof der Stadt Bordeaux erreichten, auf dem sich eine unübersehbare Menge drängte. Wir erfuhren, daß in Kürze der fahrplanmäßige Zug nach Pau am Fuße der Pyrenäen fahren sollte und daß es wahrscheinlich der letzte Zug sein würde, der noch in Bewegung gesetzt werden würde vor der erwarteten Ankunft der deutschen Armee. Dieser Zug fuhr über Montauban. Ernst May und Paul Frölich erwarben Fahrkarten. Wir anderen beschlossen, gratis zu reisen, weil wir entweder nicht genügend Geld hatten oder diese Ausgabe als unnütz ansahen, da unter den gegebenen Umständen keine Kontrolle von Fahrkarten zu erwarten war. Paul verfiel plötzlich in eine depressive Stimmung. Er schloß aus der Tatsache, daß sich viele Lagerinsassen und desertierte Soldaten für den Zug eingefunden hatten, daß es die Absicht der Behörden wäre, alle diese Leute auf diese Weise in die Internierungslager von Gurs zu bringen; es hätte also gar keinen Sinn, den Versuch zu machen, nach Montauban zu gelangen. Paul bot mir daher seine Fahrkarte an,

Paul bot mir daher seine Fahrkarte an,

er würde gleich im Zug bleiben. Es gelang mir schließlich, ihn zu überzeugen, daß es erst einmal darauf ankäme, in den Zug hineinzugelangen, ob man in Montauban würde aussteigen können, würde sich später ergeben.

Auf dem Bahnsteig drängten sich die Menschen. Jeder wollte in die erste Reihe. Viele sprangen auf den einfahrenden Zug, hängten sich an, um als erste hineinzukommen. In der Menge gab es eine große Anzahl von Männern in Uniform – vielleicht waren es Deserteure oder Urlauber. Da waren Männer in Zivil und Frauen und Kinder – waren es Leute, die nach Hause wollten, oder solche, die von ihrem Wohnort flohen? Suchten sie Zuflucht bei Verwandten und Freunden oder wollten sie nur irgendwohin? Viele waren wohl schon »Flüchtlinge« aus Paris und anderen nördlichen Landesteilen, die nun weiter weg vom Feind wollten. Eingekeilt im Gewirr waren Emigranten aus Deutschland, Polen, Spanien. An dem Wagen, der vor uns hielt, hingen schon Trauben von Menschen, die sich nun ins Innere drängten. Vor mir stand Dr. May, bald nur noch Onkel Ernst genannt, in einer Hand sein Köfferchen, in der anderen eine Wasserflasche. Der Leser wird schwer begreifen können, was eine Wasserflasche für einen Internierten bedeutete. In ihr konnte er einen Wasservorrat oder gar Tee oder Kaffee halten, mit ihr konnte er sich aus der Küche heißes Wasser zum Rasieren, Zähneputzen oder Waschen holen. Mit einem Gegenstand in jeder Hand aber konnte Onkel Ernst nicht in den Zug gelangen. Er drückte mir die Flasche in die Hand, schrie »Verliere sie mir nicht«, und gelangte mit einer Gruppe von Leuten in den Zug. Jetzt aber war die Plattform des Waggons bereits so gefüllt, daß ich die Flasche zu opfern hatte, um mich zu retten, und klirrend fiel sie auf den Perron. Ich klammerte mich mit beiden Händen an die Eisenstange der Plattform, zog mich herauf und wurde nach einiger Zeit von den noch Nachdrängenden in das Innere des bereits prall gefüllten Wagens gedrängt. Der Zug fuhr. Ich stand im Gang fest eingekeilt. Die Luft wurde dick und heiß. Neben mir stand eine junge Spanierin mit einem Baby auf dem Arm, dessen Alter nach Wochen zählen mochte. Ihr Gesicht drückte Angst und Müdigkeit aus. Plötzlich wandte sie sich an mich mit der Frage, ob ich das Kind für einen Augenblick halten würde? Ich hat-

mit der Frage, ob ich das Kind für ei-
nen Augenblick halten würde? Ich hat-

te gerade genügend Zeit, um das kleine Wesen in die Arme zu nehmen, als die junge Frau zusammensackte, fallen konnte sie nicht, und in einen tiefen Schlaf verfiel. Ich war noch nie mit einem Baby im Arm auf die Reise gegangen. Wie sollte ich es halten? Arme und Beine ermüdeten. Die Nacht ohne Schlaf, die hinter mir lag, machte sich bemerkbar. Es schien mir, als ob ich das Kind schon unendlich lange hielt und für die Ewigkeit verdammt war, es zu halten. Irgendwann aber erwachte die Spanierin und nahm das Kind zurück. Anscheinend glaubte sie wirklich, ich hätte es nur für »einen Augenblick« gehalten. Inzwischen waren hier und da Leute ausgestiegen, und es gelang, die Verständigung unter uns herzustellen. Wir wußten, daß der Zug fahrplanmäßig zur frühen Nachtstunde in Montauban halten sollte, und als es soweit war, drängten wir uns rechtzeitig aus dem Zug heraus.



Fernsehtip

Noch einmal sei an dieser Stelle auf die 12teilige Fernsehserie **„Die Pawlaks. Eine Geschichte aus dem Ruhrgebiet"** hingewiesen. Denn sie ist durch ihren Inhalt auch ein Beleg dafür, daß die Expansion des deutschen Kapitals schon früh die „Gastarbeiterfrage" aufgeworfen hat. *Samstag, 2.10., 19.30 Uhr im ZDF; weitere Teile jeweils Samstags um die gleiche Zeit* – Der amerikanische Fernsehfilm **„Shogun"**, nach dem Roman von James Clavell, führt in das Japan zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Japanische Kultur, Regentschaftsstreitigkeiten und die Machenschaften der jesuitischen Missionare stehen – neben der Beschreibung des Helden der sich vom Engländer zum überzeugten japanischen Traditionalisten entwickelt – im Mittelpunkt. Um die historische Atmosphäre zu wahren, verlangte der Autor des Buches, daß die Hauptrollen nicht nur durch Japaner besetzt sondern auch in japanisch gesprochen werden. So bekommt man die Übersetzung der Sprache aus der Sicht des Helden, der auf einen Dolmetscher angewiesen ist. *Termine: Samstag, 2.10., 20.15 Uhr; Dienstag, 5.10., 19.30 Uhr; Donnerstag, 7.10., 19.30 Uhr; Samstag, 9.10., 20.15 Uhr; Dienstag, 12.10., 19.30 Uhr im ZDF* – Die Gleichung: abgetakelter Ganove in einer heruntergekommenen Stadt, beide mit dem Traum zu alter, neuer Größe zu gelangen, ist die Story von **„Atlantic City, USA"**. Ein sympatischer Film mit dem herausragenden Burt Lancaster als alter Gauner Lou, 1980 von Louis Malle in Scene gesetzt. *Samstag, 2.10., 22.20 Uhr im ARD* – Weniger wegen der politischen Position des Films, als der letzten Rolle von Ingrid Bergmann, sei auf den zweiteiligen Fernsehfilm über die israelische Politikerin **„Golda Meir"** hingewiesen. *Sonntag, 3.10., 21.25 Uhr und Montag, 4.10., 21.20 Uhr im ZDF* – In der Reihe „Das Film-Festival" wird der französische Spielfilm **„Die Spitzenklöpplerin"** von Claude Goretta gezeigt. *Freitag, 8.10., 20.15 Uhr im ARD*